



www.MinisterieVanPropaganda.org

WALTER ULBRICHT

LEHR-
BUCH

für den

DEMOKRATISCHEN
STAATS- UND
WIRTSCHAFTSAUFBAU



Walter Ulbricht

WALTER ULBRICHT

LEHRBUCH
für den demokratischen Staats-
und Wirtschaftsaufbau



DIETZ VERLAG BERLIN

1952

Organisations-Ausgabe

Diese Ausgabe wurde zu einem ermäßigten Preis für die Schulungsarbeit der FDJ geliefert und darf nur innerhalb der FDJ abgegeben werden.

5. Auflage • 121.—170. Tausend

Copyright 1949 by Dietz Verlag GmbH, Berlin • Printed in Germany • Alle Rechte vorbehalten • Gestaltung und Typographie: Dietz Entwurf • Lizenznummer 1

Druck: (III/9/1) Sachsenverlag Dresden, Dresden N 23 6297

Zur dritten Auflage

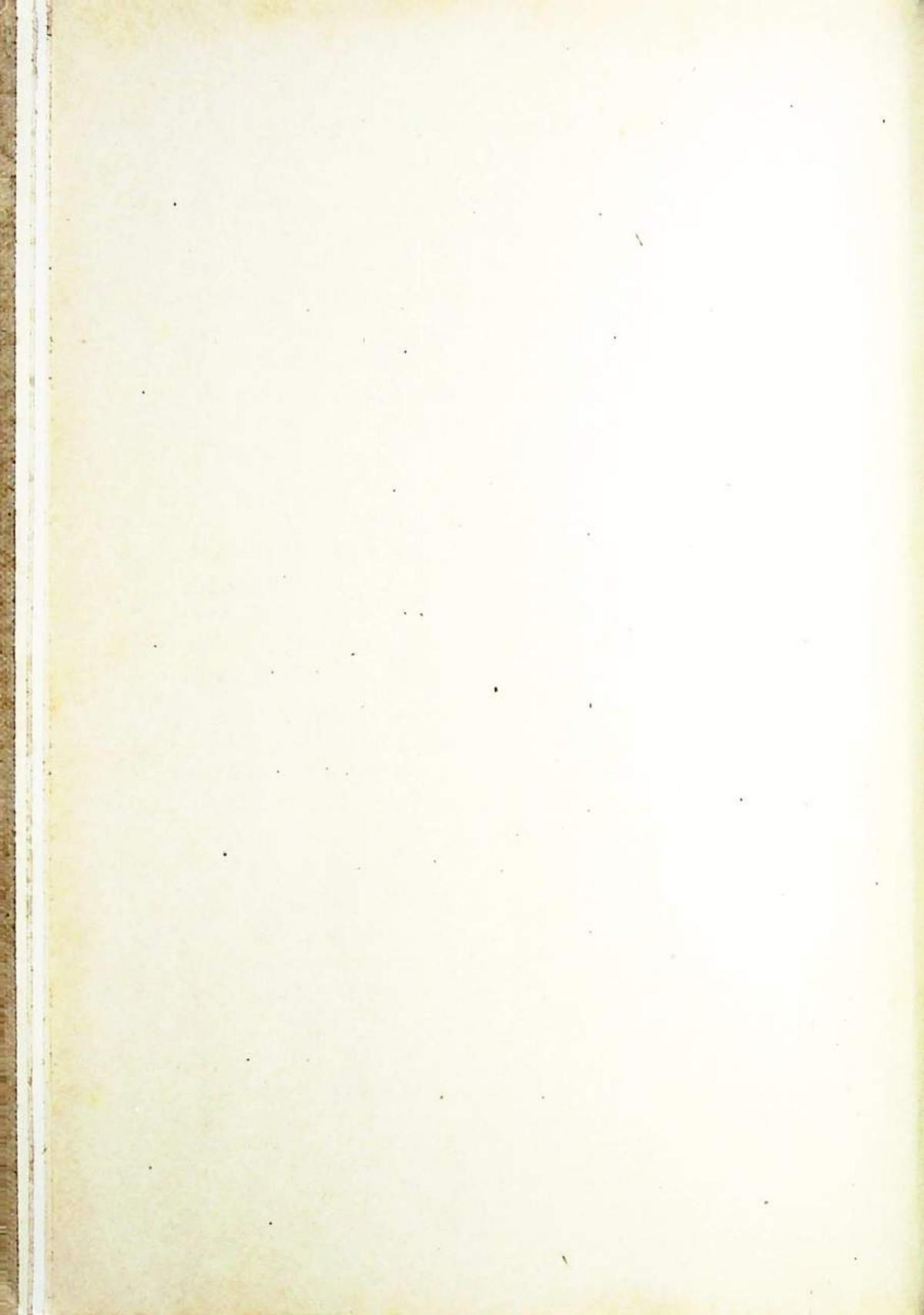
Das vorliegende Buch enthält eine zusammenhängende Darstellung der Probleme der demokratischen Politik auf dem Gebiete der staatlichen Verwaltung, der Industrie, der Landwirtschaft und der Kultur, wie sie Walter Ulbricht seit dem 29. Juni 1948 — dem Tag, an dem er vor dem Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands den ersten deutschen Plan, den Zweijahrplan, begründete — in konstruktiver Weise entwickelt hat. Es schließt ab mit der Rede über den grandiosen Fünfjahrplan, der am 24. Juli 1950 auf dem III. Parteitag der SED beschlossen wurde und mit dem ein neuer Abschnitt in der deutschen Geschichte begonnen hat. Der Leser findet somit Antwort auf alle Grundfragen der Entwicklung in Deutschland.

Dieses Lehrbuch stellt anschaulich die Politik des Friedens und des demokratischen Fortschritts dar, die zur Entfaltung aller Fähigkeiten im deutschen Volk und zu einem solchen Aufschwung des gesamten demokratischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens führt, wie es in keinem kapitalistischen Lande möglich ist. Es ist ein überzeugender Beweis dafür, daß eine solche Politik nur eine Partei entwickeln kann, die sich von der fortschrittlichen Wissenschaft, von den Gesetzen des gesellschaftlichen Fortschritts leiten läßt, wie sie der Marxismus-Leninismus lehrt.

Wenn es in einem Drittel Deutschlands möglich ist, den Neuaufbau aus eigener Kraft durchzuführen, um wieviel eher würde es bei Bestehen der demokratischen Einheit Deutschlands mit Hilfe eines gesamtdeutschen Wirtschaftsplans gelingen, den neuen Weg, den friedlichen, demokratischen Weg zu gehen, der zu einem wirtschaftlich starken, national unabhängigen Deutschland führt, das in Frieden und Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern lebt.

Möge in diesem Sinne das Buch dazu beitragen, auch in Westdeutschland die Erkenntnis zu verbreiten, daß es für das deutsche Volk einen Aufstieg aus eigener Kraft gibt.

Der Verlag



Um die Einheit Deutschlands

Marshallplan — Versklavungsplan

In Deutschland hat sich eine solche Lage entwickelt: Auf der einen Seite wirken die Kräfte, die die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, den Frieden und eine demokratische Ordnung wollen, damit unser Volk aus eigener Kraft ein neues Deutschland erbauen kann, dessen nationale Souveränität politisch und wirtschaftlich gesichert ist. Auf der anderen Seite kämpfen die Spalter Deutschlands, die Vertreter des Dollarimperialismus und des englischen Großkapitals, die dabei sind, in Westdeutschland eine Protektoratswirtschaft zu errichten.

Seinerzeit hatte Dr. Pünder auf Grund des Marshallplans einen sogenannten Hilfsplan für Westdeutschland vorgelegt. Ist das aber Hilfe, wenn die USA-Regierung den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland hintertreibt, um die Okkupation wirklich verlängern zu können? Bedeutet es nicht einen Bruch der feierlichen Versprechungen von Potsdam, wenn die USA mit Hilfe der Währungsreform die Spaltung Deutschlands vollzieht, um eine gesamtdeutsche Regierung zu verhindern? Ist das Hilfe, wenn die USA und England das Ruhrgebiet, das wirtschaftliche Herz Deutschlands, von unserem Vaterlande losreißen, um die Ruhrkohle für die Weltherrschaftsinteressen der USA ausnutzen zu können? Ich wiederhole in diesem Zusammenhang meine Erklärung auf dem Ersten Kongreß der Freien Gewerkschaften:

Das Ruhrgebiet ist deutsch und wird deutsch bleiben!

Wir sind überzeugt, daß die Ruhrarbeiter den Harriman, Dinkelbach, Reusch, Sogemeier und Konsorten zeigen werden, daß sie verstehen, ihre Lebensinteressen zu verteidigen, und daß sie ihrem Bekenntnis zur Einheit Deutschlands treu bleiben.

Jeder fragt sich, wem helfen die USA? Ist es jetzt nicht offensichtlich, daß die Vertreter der USA bisher nicht dem werktätigen Volke, sondern den reaktionären faschistischen Kräften geholfen haben, die 1945 am Boden lagen und sich damals aus Furcht vor der gerechten Strafe in die Mauselöcher verkrochen hatten? Mit allen Kräften bemühen sich die Vertreter der USA, die Macht der Konzern- und Bankherren, die die Leiter der faschistischen Kriegswirtschaft waren, wiederherzustellen. *Sie reden von Freiheit, meinen aber die Freiheit der deutschen Konzernherren und Großgrundbesitzer* und nehmen zugleich dem deutschen Volk die Freiheit, über die Enteignung der Betriebe der Konzernherren und anderer Kriegsverbrecher selbst zu entscheiden und die feudalen Großgrundbesitzer, diese Träger des deutschen Militarismus, zu entmachten. Ja, die Vertreter der USA verbieten sogar die Durchführung von Parlamentsbeschlüssen über das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte.

Heute glauben noch viele an das Wunder der Dollarhilfe. Aber *wie können Dollarkredite Nutzen bringen, wenn Deutschland mit Hilfe des Dollars durchschnitten wird?* Die Vertreter der USA sorgen dafür, daß möglichst viel deutsche Steinkohle ausgeführt wird. Je mehr Kohle die deutschen Bergarbeiter des Ruhrgebiets fördern, desto mehr steigt der Zwangsexport. Je mehr Steinkohle ausgeführt wird, desto stärker wird die Entwicklung der deutschen Industrie gehemmt. Es bringt doppelten Schaden für Deutschland, wenn mit Hilfe deutscher Steinkohle die USA die Wirtschaft anderer westeuropäischer Länder beherrschen und damit ihre politische Machtposition stärken. *Das deutsche Volk ist interessiert an der Schwächung der wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen der USA und Englands in Europa, da eine Stärkung der USA-Position nur verschärfte Kolonisierung für Westdeutschland bedeutet.*

Nach den von Dr. Pünder vorgelegten Ausführungsbestimmungen zum Marshallplan sollte am Ende des ersten Jahres die Produktion 50 Prozent des Standes von 1936 erreichen, während die Produktion von Gütern des Massenbedarfs auf 35 Prozent des Standes von 1936 gebracht werden soll. Das zeigt, daß die USA aus Gründen der Konkurrenz nicht an der Entwicklung der deutschen Wirtschaft interessiert sind. Hinzu kommt, daß durch die Niederhaltung der Rohstofflieferungen nach Westdeutschland die Entwicklung der Fertigungsindustrie gedrosselt wird. Es ist offenkundig, daß *die Marshallhilfe eine Hilfe für das Großkapital der USA ist*, damit es seine Waren und Rohstoffe mit

hohen Gewinnen absetzen kann. Auf diese Weise sucht die USA-Regierung die Entwicklung der Krise in den USA hinauszuzögern und soweit wie möglich die *Arbeitslosigkeit aus den USA nach Deutschland zu exportieren*. Im Zusammenhang mit der separaten Währungsreform wird das schon jetzt in Westdeutschland schmerzlich fühlbar.

Zusammenfassend kann man sagen:

Der Marshallplan ist der Plan der Zerreißung Deutschlands und der nationalen Versklavung der Bevölkerung Westdeutschlands.

Der Marshallplan ist der Plan des Klassenkampfes der ausländischen und deutschen Konzernherren gegen das arbeitende Volk.

Der Marshallplan ist der Plan der Verwandlung Westdeutschlands in eine Basis für den Kampf gegen die demokratischen Länder im Interesse der Weltherrschaftspläne des Dollarimperialismus.

Es wird jetzt von den Anhängern des Marshallplans offen zugegeben, daß dieser Plan vor allem militärstrategische Bedeutung hat. Die Schaffung des Militärbündnisses der Westblockstaaten, bei dem Westdeutschland als Hauptbasis vorgesehen ist, zeigt, daß die Herren der Wallstreet nicht nur die Ruhrarbeiter ausbeuten, *sondern auch die notleidenden Werktätigen zu Landsknechten im Kampf gegen die Demokratie mißbrauchen wollen*.

Die demagogische Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion und die demokratischen Staaten, die Revanchepropaganda gegen die Reparationen und für die Revision der Ostgrenze dienen der Vorbereitung der imperialistischen Aggression des westlichen Monopolkapitals und werden nach der gleichen Methode geführt, wie sie der Hitlerismus und seine Vorläufer seit 1919 angewandt haben. Sogar die Schwarze Reichswehr feiert in Form der schwarzen Polizeitruppen und der „Arbeitsbereitschaften“ ihre Wiederkehr.

Gegenüber den Kolonialmethoden des Marshallplans hat der Deutsche Volksrat den Kampf um den deutschen Plan proklamiert, dessen Grundsätze gegenwärtig in der Ostzone im wesentlichen bereits Anwendung finden.

Das Wesentliche des deutschen Plans des Wiederaufbaus

1. Der deutsche Plan fordert die *Wiederherstellung der Einheit und Souveränität Deutschlands* durch Abschluß eines Friedensvertrages mit nachfolgendem Abzug der Besatzungstruppen. Die Zulassung der freien Initiative der demokratischen Kräfte in der sowjetischen Besatzungszone zur Durchführung des Volksbegehrens für die Einheit Deutschlands ist der Ausdruck dafür, daß die sowjetischen Organe das Recht des deutschen Volkes auf freie Entscheidung über seine nationale Einheit achten. Die Übergabe der Verwaltung der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone an die deutschen demokratischen Organe zeigt, wieweit die sowjetische Besatzungsmacht den Wünschen der fortschrittlichen demokratischen deutschen Kräfte entspricht.

2. Der deutsche Plan, wie er in der Ostzone durchgeführt wird, ist der Plan des Wiederaufbaus der Friedenswirtschaft, *der freien Entwicklung der Produktion für den friedlichen Bedarf*. Die Sicherung dafür wurde geschaffen durch die Enteignung und Bestrafung der Kriegsverbrecher, Konzernherren, Bankherren und militaristischen Großgrundbesitzer.

3. Der deutsche Plan ist ein demokratischer Plan, der ausgeht von den *Lebensinteressen des Volkes* und der vom *Volk durchgeführt wird*.

4. Der deutsche Plan in der sowjetischen Besatzungszone basiert auf dem vollen *Mitbestimmungsrecht und Kontrollrecht des Volkes*. Deshalb erfolgt hier eine gerechte Verteilung der vorhandenen Waren nach dem Plan, während in den Westzonen die Reichen infolge ihrer bevorzugten materiellen Lage sich überreichlich versorgen können.

Zweck und Ziel der Besetzung Westdeutschlands durch die drei Großmächte haben sich geändert. Die USA, England und Frankreich haben nicht nur Deutschland zerrissen und ihre Zusicherungen von Potsdam gebrochen, sie haben auch den Beschlüssen über die Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands entgegengehandelt. Sie tun alles, um das deutsche Volk an der Demokratisierung zu hindern. Das bedeutet, daß sie nicht mehr als Besatzungsmächte im Sinne der Potsdamer Beschlüsse wirken, sondern als Okkupationsmächte, die Deutschland im Interesse ihres imperialistischen Machtstrebens zerstückeln, ohnmächtig daniederhalten und in

eine Halbkolonie verwandeln wollen, wobei sie den deutschen imperialistischen Konzernherren an Rhein und Ruhr helfen, ihre Machtpositionen wiederherzustellen und zu stärken.

Die aggressive Politik der Machthaber in den USA und England ist der Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Die Ausbeutungsgebiete des westlichen Monopolkapitals in Europa und Asien sind enger geworden, so daß das Finanzkapital der USA als Ersatz für seine Verluste in früher abhängigen Ländern und in den Kolonialgebieten sich zum Ziel gesetzt hat, Westdeutschland in ein USA-Protectorat zu verwandeln und unter der Losung der „Vereinigten Staaten Westeuropas“ auch die anderen westeuropäischen Staaten unter ihr Diktat zu bringen.

Das Neue in dem Ringen an Rhein und Ruhr, an der Wasserkante und in Süddeutschland ist die *Entfaltung der nationalen Volksbewegung gegen die Kolonisierung Westdeutschlands.*

Aus der Rede vor dem Parteivorstand der SED
am 29. Juni 1948.

Welchen Erfolg bringt die Einheit Deutschlands?

Erstens: Westdeutschland wäre nicht mehr dem Diktat der amerikanischen und englischen wirtschaftlichen Interessengruppen ausgeliefert. Deutschland könnte zu normalen Weltmarktpreisen Handel treiben. An Stelle der gegenwärtigen Freiheit der Amerikaner zur Drosselung der deutschen Exportindustrie würde Deutschland mit seinen Qualitätswaren am Wettbewerb auf dem Weltmarkt teilnehmen können.

Zweitens: Ein einiges Deutschland ist viel weniger von anderen Ländern abhängig. Die Waren, die Deutschland einführen müßte, könnte es mit Warenexport bezahlen, so daß jede *Verschuldung und politische Abhängigkeit vermieden* würde.

Die Einigung der deutschen demokratischen Kräfte würde die Alliierten zwingen, einen Friedensvertrag zu gewähren. Das würde auch eine bedeutende wirtschaftliche Erleichterung zur Folge haben, denn die unkontrollierten Exporte aus der Bizone fielen dann weg, die Besatzungskosten würden vermindert und zu dem im Friedensvertrag festgesetzten Termin ganz in Wegfall kommen.

Ohne Zweifel sind *alle friedliebenden Kräfte unseres Volkes am Wiederaufbau und an der Einheit Deutschlands interessiert*, mit Ausnahme der Kriegsverbrecher in den Konzernbüros Westdeutschlands und der militaristischen Großgrundbesitzer in Oldenburg, Niedersachsen und Bayern.

Arbeiter, Angestellte und Unternehmer haben ein gemeinsames Interesse im Kampf gegen das Ruhrstatut und gegen die Zerreißung Deutschlands. Der Arbeiter in der Fertigungsindustrie in Solingen oder in den Betrieben des Maschinenbaus in Süddeutschland kann seinen Arbeitsplatz nur erhalten, wenn für die deutsche Industrie mehr Kohle zur Verfügung steht, wenn die Anweisungen der Ruhrbehörde nicht zur Durchführung gelangen.

Arbeiter, Angestellte und Unternehmer sind gleichermaßen daran interessiert, daß die deutsche Qualitätsproduktion entwickelt wird und daß nicht eine solche ausländische Schieberzentrale wie die amerikanische JEIA, sondern eine deutsche Außenhandelszentrale selbständig die Außenhandelsverträge abschließt.

Aus der Rede vor dem Wirtschaftsausschuß
des Deutschen Volksrates am 17. März 1949.

Die gegenwärtigen Aufgaben der demokratischen Verwaltung

Über das Wesen der staatlichen Ordnung

Inhalt und Formen der Verwaltung werden dadurch bestimmt, welche Klasse die Staatsmacht in den Händen hat. Die Verwaltung in der sowjetischen Besatzungszone ist die Ausübung demokratischer Staatsgewalt. Die Verwaltung und ihre Organe stehen im Dienste des werktätigen Volkes. Die Weimarer Republik war stets, auch in ihrer demokratischen Zeit, ein Instrument der kapitalistischen Klasse zur Unterdrückung namentlich der Arbeiterklasse.

„Die Formen der bürgerlichen Staaten“, sagt Lenin, „sind außerordentlich mannigfaltig, ihr Wesen ist aber ein und dasselbe: alle diese Staaten sind so oder so, aber in letzter Instanz unbedingt eine *Diktatur der Bourgeoisie*.“¹

Wir müssen die marxistische Erkenntnis über das Wesen des Staates gegenwärtig besonders hervorheben, da die Schumacherpartei in Westdeutschland systematisch versucht, die bürgerlichen Staatstheorien in die Arbeiterklasse und alle anderen Kreise des werktätigen Volkes einzutragen.

„... die Frage des Staates“, sagt Lenin in seiner Vorlesung an der Swerdlow-Universität, „hat jetzt, zu Beginn der sozialistischen Revolution in der ganzen Welt und gerade während des Sieges der Revolution in einigen Ländern, wo der Kampf gegen das Weltkapital sich besonders verschärft hat, die allergrößte Bedeutung gewonnen und ist, kann man sagen, zu der wundesten Frage, zum Brennpunkt aller politischen Fragen und aller politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart geworden.“²

¹ W. I. Lenin, „Staat und Revolution“, Dietz Verlag Berlin, 2. Auflage 1949, S. 50.

² W. I. Lenin, „Über den Staat“, Vorlesung, gehalten in der Swerdlow-Universität in Moskau, Dietz Verlag, Berlin 1948, S. 19.

Das bestätigt sich heute bei uns besonders: die Frage des Staates ist in der Tat „zum Brennpunkt aller politischen Fragen und aller politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart geworden“. Der Erfolg der sozialistischen Sowjetunion und der volksdemokratischen Staaten nach der Vernichtung des faschistischen deutschen Imperialismus ist in allen Ländern von einem verschärften Kampf des neuen Weltaggressors, des anglo-amerikanischen Imperialismus, begleitet.

Die Gelehrten, Schriftsteller, Journalisten, Juristen, Philosophen des amerikanischen Monopolkapitals unternehmen die größten Anstrengungen, den Staat und die Staatsform des Sozialismus und der Volkdemokratien zu diffamieren und zu entstellen. In keiner Epoche ist von diesen Herrschaften soviel über Demokratie und Freiheit geredet worden wie gerade jetzt. Wir sind Zeugen einer neuen Mystifizierung des Staates, seines Wesens und seines Zweckes. Das soll dazu dienen, die Arbeiterklasse in den bürgerlichen Staaten zu verwirren, um sie von der Eroberung der Staatsmacht abzuhalten und sie mit ihrem bürgerlichen Staat auszusöhnen. Auch in Deutschland erleben wir dieses Schauspiel, und hier sogar mit besonderer Schärfe, weil nur in einem Teil des Staatsgebiets die Macht der Monopolkapitalisten und Großgrundbesitzer bisher beseitigt werden konnte.

Wenn wir heute diese Fragen besonders hervorheben, so deshalb, weil wir uns nicht damit begnügen können, richtige Maßnahmen in der Verwaltung durchzuführen, sondern weil wir auch den Zeitpunkt für gekommen erachten, uns mit den gegnerischen Staatsauffassungen auseinanderzusetzen.

Die Arbeiterklasse erkennt, daß jede Lehre, die das Wesen des Staates nicht mit der Methode des dialektischen Materialismus untersucht, zu einer verlogenen Darstellung der gesellschaftlichen Funktionen des Staates führen muß und das wahre Wesen des Staates nicht erklären kann. Einzig die Arbeiterklasse ist in der Lage, mit Hilfe des historischen Materialismus die gesellschaftliche Rolle jedes Staates wissenschaftlich zu untersuchen. Die Untersuchung ist eine wissenschaftlich objektive, weil die Arbeiterklasse eine höhere, die sozialistische Gesellschaftsordnung und die Beseitigung der Klassen erstrebt.

Bürgerliche Staatstheorien

Die in Westdeutschland propagierten Staatstheorien sind Klassentheorien der Bourgeoisie. Sie gelangen zu dem Resultat, daß die Ursachen für Not und Elend, für Krieg und Faschismus nicht in den kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnissen und nicht im Charakter des bürgerlichen Staates liegen, sondern jenseits dieser Umstände in von der Natur gegebenen Urtrieben der Menschen, im Charakter oder in der Rasse zu suchen sind oder gar mit dem Auftreten von Sonnenflecken zu tun haben. Auch die Ideologen der Schumacherpartei, die Tarnow, Weißer, Sering, Klaus Peter Schulz und andere, versuchen die Entstehung und den Bestand des Staates losgelöst von der Klassenspaltung der Gesellschaft und vornehmlich aus psychologischen Gründen zu erklären.

Der Berliner Sozialdemokrat Dr. Pamperrien, seinerzeit Leiter des Presseamtes beim Berliner Magistrat, ließ 1947 ein Buch „Mensch und Staat“ veröffentlichen, worin er den Staat aus den Erkenntnissen des menschlichen Seelenlebens ableitet und erklärt, daß es ein Irrtum sei, wenn man meint, daß sich die Menschen bei völliger Freiheit wohlfühlen.

Die sozialdemokratischen sogenannten Theoretiker, wie Tarnow, Sering und andere, bleiben in der formalen Demokratie stecken. Es ist interessant, daß Tarnow und Sering in letzter Zeit die Meinung vertraten, daß es möglich sei, ohne Veränderung der ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft zum Sozialismus zu kommen.

Wichtig ist, daß wir uns in diesem Zusammenhang auch mit den Staatslehren auseinandersetzen, die gegenwärtig an verschiedenen Universitäten vorgetragen werden.

An der Berliner Universität vertritt der Staatswissenschaftler Professor Peters die traditionelle Klassentheorie der Bourgeoisie. Der Staat ist nach ihm ein natürlicher Organismus, der der Gemeinschaft und der Vollendung des Lebenszweckes des einzelnen dient, er ist die Herrschaftsorganisation eines Volkes auf bestimmten Gebieten im Dienste umfassender gemeinsamer Ziele. Peters ignoriert, daß Gesellschaft und Staat nicht miteinander identisch sind. Er ignoriert die Existenz antagonistischer Gesellschaftsklassen, der herrschenden und der von ihr unterdrückten Klasse.

Die beiden Klassen haben keine gemeinsamen Ziele. Die herrschende Klasse erstrebt die Verewigung ihrer Herrschaft und deshalb

die Verewigung des Klassenstaates als Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer politischen und ökonomischen Macht. Die Arbeiterklasse hingegen verfolgt das Ziel ihrer Befreiung von der Unterdrückung und beseitigt mit ihrer Unterdrückung die gesamte Klassengesellschaft, um das Produkt der gesellschaftlichen Arbeit jedem Mitglied der klassenlosen Gesellschaft zuzuführen.

Aus dem historischen Widerspruch der Ziele beider Klassen ergibt sich, daß der Staat als Herrschaftsorganisation einer Klasse nicht gleichzeitig im Dienste beider Klassen stehen kann. Professor Peters hingegen löst die Existenz des bürgerlichen Staates aus seiner natürlichen Umgebung, der bürgerlichen Gesellschaftsformation, heraus und gelangt so zur Beschreibung eines abstrakten Staates, der in der Wirklichkeit gar nicht besteht.

Man kann das Wesen des Staates nur verstehen, wenn man ihn im Zusammenhang mit der jeweiligen Gesellschaftsformation untersucht. Die Abstrahierung des Staates aus seiner natürlichen Umgebung, von seiner Lebensbasis ist unwissenschaftlich und führt nicht zur Erkenntnis seines wirklichen Wesens. Die Abstrahierung des Staates ist die Klassenmethodik der Bourgeoisie. In der Abstraktion liegt die Anerkennung des Staates als ewige, notwendige und immer bestehende Einrichtung. Nur die bürgerliche Klasse hat ein Interesse daran, die gesonderte Existenz des Staates über der Gesellschaft als ewig notwendig hinzustellen.

Daß die formale bürgerliche Demokratie Klassenherrschaft ist, hat sogar der Schöpfer der Weimarer Verfassung, Dr. Hugo Preuß — ich möchte sagen — gefühlt. Es ist sehr interessant, daß er bei der Motivierung zu den Grundrechten der Weimarer Verfassung folgendes ausführte:

„Diesen von den Volksbeauftragten einmütig vertretenen Wünschen nachgebend, nahm ich eine Anzahl von Grundrechten in den Verfassungsentwurf mit, die sich freilich mit vorsichtigster Zurückhaltung auf einige möglichst unverfängliche Sätze beschränkten und die Austragung der gefährlichen Streitfragen der Einzelgesetzgebung einer Zeit überlassen wollten, da die nationalpolitische Organisation des Reiches selbst erst mal glücklich unter Dach gebracht wäre. Freilich zeigt sich gerade hierbei die natürliche Schwäche dieser Gesetzgebungsart, daß sie sich mit der Aufstellung sehr allgemeiner Sätze begnügen muß; so wenn zum Beispiel im Artikel 120 die Erziehung des Nachwuchses zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit als oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern bezeichnet wird, über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht, so ist dieser Grundsatz ebenso schön wie einwandfrei, aber einen greifbaren Inhalt

bekommt er erst durch eine ausführende Gesetzgebung und darauf gestützte Verwaltung.“

Preuß sagt weiter :

„Eine Reihe solcher unmittelbar anwendbarer Rechtssätze enthält auch der zweite Teil der Verfassung, aber in der Mehrzahl der Fälle zieht er wieder den Wechsel auf die Zukunft. Daher kann es nicht ausbleiben, daß durch den vielverheißenden Wortlaut Erwartungen geweckt werden, denen dann beim Versuch der Anwendung die Enttäuschung folgt.“

Dr. Hugo Preuß hat die weitere Entwicklung richtig vorausgesehen. Er selbst sagt, daß die Weimarer Verfassung gewisse Grundrechte andeute, aber niemand es mit der Verwirklichung ernst nehme. Hierin gerade liegt der Unterschied zwischen der formalen Demokratie der Weimarer Verfassung und der höheren Form der Demokratie, wie wir sie jetzt in der sowjetischen Besatzungszone verwirklichen. Da Preuß kein Marxist war, konnte er nicht erklären, daß die Weimarer Verfassung mit ihrer Formulierung den Zweck verfolgte, das Volk über die tatsächliche Klassenherrschaft, über die Herrschaft des Monopolkapitals in der Weimarer Republik zu täuschen. Deshalb konnte es in der Weimarer Verfassung keine wirkliche Garantie für die Grundrechte geben.

Die Erfahrungen in Deutschland bestätigen nur, daß die bürgerliche Demokratie die gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterklasse ist. Unsere demokratische Ordnung fördert die Entwicklung aller demokratischen Kräfte und wendet im Interesse des werktätigen Volkes Zwang zur Ausschaltung der ehemaligen Monopolkapitalisten, Großgrundbesitzer und anderer Kriegsverbrecher an, die als Feinde der Demokratie ausgestoßen worden sind und werden. Somit ist unsere Demokratie eine höhere Form der Demokratie: sie wendet den Zwang im Interesse der Mehrheit gegen die Minderheit an. Die höchste Form der Demokratie und ihre volle Entfaltung ist allerdings erst im Sozialismus möglich.

Das ist die marxistisch-leninistische Erkenntnis über das Wesen der Demokratie. Wie hoch steht die marxistische Erkenntnis vom Wesen des Staates über den Interpretationen der bürgerlichen Wissenschaft! Professor Peters hat nicht mehr zu sagen, als daß Demokratie Beteiligung an Wahlen, eine politische Geisteshaltung und Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit sei.

Verschärfung des Klassenkampfes

Die enteigneten Monopolkapitalisten und Großgrundbesitzer denken keineswegs daran, die vollzogenen Veränderungen freiwillig anzuerkennen. Bei der Begründung des Zweijahrplans haben wir besonders hervorgehoben, daß die Festigung und Entwicklung der demokratischen Ordnung und die Durchführung der Wirtschaftsplanung keineswegs eine Abschwächung des Klassenkampfes bedeutet. Im Gegenteil, die geschlagenen Kräfte des Gegners, die an Zahl abnehmen, werden mit um so schärferen Mitteln den Kampf gegen die neue Ordnung führen.

Wir können uns hier zur Lehre nehmen, was Lenin im Oktober 1919 in einem Aufsatz über Ökonomie und Politik schrieb:

„Die Ausbeuter sind geschlagen, aber nicht vernichtet. Ihnen ist eine internationale Basis, das internationale Kapital, geblieben, dessen Filiale sie sind. Ihnen sind zum Teil einige Produktionsmittel geblieben, ist Geld geblieben, sind gewaltige gesellschaftliche Verbindungen geblieben. Die Energie ihres Widerstandes ist gerade infolge ihrer Niederlage aufs Hundert- und Tausendfache gewachsen. Die ‚Kunst‘ der Staats-, der Militär-, der Wirtschaftsverwaltung gibt ihnen ein äußerst großes Übergewicht, so daß ihre Bedeutung unvergleichlich größer ist als ihr Anteil an der Gesamtzahl der Bevölkerung. Der Klassenkampf der gestürzten Ausbeuter gegen die siegreiche Avantgarde der Ausgebeuteten, d. h. gegen das Proletariat, ist unermeßlich erbitterter geworden.“¹

Was Lenin hier sagt, trifft auf unsere heutige Situation um so mehr zu, als wir noch keine volksdemokratische, geschweige denn sozialistische Ordnung, dagegen aber einen umfangreichen kapitalistischen Sektor in der Wirtschaft haben und bei uns die Kräfte der früheren Staatsverwaltung verhältnismäßig stark waren und heute noch in den Verwaltungen, ich möchte sagen, tagtäglich ihre Wirksamkeit zeigen. Das ist ungleichmäßig: im Innenministerium tritt dieser Zustand weniger hervor als in der Finanzverwaltung. Aber die Wirksamkeit dieser alten Kräfte ist überall bei uns täglich und oft sehr unangenehm fühlbar.

Wie ist die Lage bei uns? Viele faschistische Großkapitalisten und Großgrundbesitzer flohen in die Westzonen. Mit Hilfe des anglo-amerikanischen Großkapitals, mit Hilfe des in Westdeutschland nicht ent-

¹ W. I. Lenin, „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Moskau 1946/47, Band II, S. 622/623.

eigneten Monopolkapitals und der Großgrundbesitzer führen sie mit allen Mitteln den Kampf gegen die neue Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone. Bei uns finden sie Unterstützung bei reaktionären Elementen in den bürgerlichen Parteien, deren Existenz früher vom faschistischen Staatsapparat, von den Monopolkapitalisten und Großgrundbesitzern abhing. So vollzieht sich Aufbau und Festigung der demokratischen Ordnung bei uns inmitten eines verschärften Klassenkampfes und einer zunehmenden Auseinandersetzung mit den geeigneten faschistischen Großkapitalisten und Elementen, die monopolistische oder formaldemokratische Verhältnisse restaurieren möchten. Deshalb besteht eine der Funktionen der Staatsgewalt in der Niederhaltung dieser Kräfte. Wer aber anders als die Arbeiterklasse und die demokratischen, antifaschistischen Werktätigen können diese Feinde niederhalten? Es gibt keine anderen Gesellschaftsgruppen, die diese Aufgabe durchführen können.

Die Staatsgewalt im Dienste des Fortschritts

Aufgabe der Staatsgewalt ist es, den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern. Worin kommt die Förderung des gesellschaftlichen Fortschritts gegenwärtig zum Ausdruck? In der Förderung des volkseigenen Sektors der Wirtschaft, in der Entwicklung der Planung, in der Förderung der Maschinen- und Geräteausleihstationen und der wirtschaftlichen Einrichtungen der VdgB, in der staatlichen Organisation des Großhandels, in der Besserung der materiellen Lage der Werktätigen, in der bevorzugten Versorgung der Arbeiter und Werktätigen in den Betrieben, in der besonderen Förderung der kulturellen Entwicklung und dem Näherbringen einer fortschrittlichen Kultur an die Arbeiter und Werktätigen, in der Entwicklung neuer Kräfte aus den Reihen der Aktivisten und ihrer Schulung, in der Entwicklung einer neuen Intelligenz aus den Reihen der Werktätigen, in der Festigung des demokratischen Staates und in der Schaffung einer Ideologie der Freundschaft zur Sowjetunion und zu den volksdemokratischen Staaten in den Kreisen des werktätigen Volkes.

In der bürgerlichen Presse wird es unserer Partei zum Vorwurf gemacht, daß sie den Wirtschaftsplan vorgeschlagen und die Arbeiterklasse als die entscheidende Kraft bei seiner Verwirklichung bezeichnet

hat. Wir möchten grundsätzlich all denen, die diese Fragen stellen, sagen: Wer anders als die Arbeiterklasse kann bei der Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Ostzone den Aufbau der Friedenswirtschaft leiten? Wer anders kann den entscheidenden Schritt für die Erfüllung der Wirtschaftspläne tun als die Arbeiter, die Werktätigen, die werktätigen Bauern und die antifaschistisch-demokratischen Mittelständler, die an der Vorwärtsentwicklung unserer Wirtschaft und Staatsordnung interessiert sind? Nur eine fortschrittliche Entwicklung gibt die Gewähr für eine bessere Lebenshaltung und für einen größeren Schutz der Werktätigen. Die Arbeiterklasse im Bunde mit den werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz ist die entscheidende Kraft, die die Garantie für eine Verhinderung der Wiederherstellung der alten kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse und der alten kapitalistischen Staatsordnung geben kann. Es ist deshalb weder Zufall noch gar Anmaßung, wie es bürgerliche Vertreter nennen, wenn unsere Partei die Initiative bei der Ausarbeitung des Wirtschaftsplans ergriffen hat. Nur unsere Partei konnte diese Aufgabe lösen, weil sie den bewußtesten Teil der Arbeiterklasse in ihren Reihen hat, weil sie als einzige Partei von einer wissenschaftlichen Theorie geleitet wird und innerlich einheitlich ist, während in den bürgerlichen Parteien kapitalistische Kräfte großen Einfluß haben, und weil die kapitalistischen Interessen nicht mit den Interessen des Volkes und der Lösung solch großer Aufgaben wie der Durchführung des Zweijahrsplans in Einklang zu bringen sind.

Der Wirtschaftsplan als Staatsaufgabe

Der Wirtschaftsplan ist aber nicht nur der Plan der Arbeiterklasse. Er ist das Aufbauprogramm des gesamten schaffenden Volkes. Er ist zu einer staatlichen Aufgabe geworden. Ich möchte sagen: Die Durchführung des Zweijahrsplans ist die wichtigste Aufgabe der staatlichen Verwaltung in der Gegenwart. Durch den Beschluß der Deutschen Wirtschaftskommission, den Zweijahrsplan der SED als Arbeitsgrundlage anzunehmen, ist klargestellt, daß sich jetzt alle staatlichen Organe mit dem Plan zu beschäftigen, ihn durchzuarbeiten, Initiative zu entfalten und alle verfügbaren Reserven für die Erfüllung der großen Aufgaben zu mobilisieren haben, daß sie den gesamten Verwaltungs-

apparat auf die Lösung dieser Aufgaben vorbereiten und entsprechend einstellen müssen.

Im übrigen sind wir für den freien Wettbewerb zwischen Parteien und Massenorganisationen. Jede Partei, jede Massenorganisation soll zeigen, was sie kann. Momentan hält die Freie Deutsche Jugend im Wettbewerb die Spitze. Die anderen Massenorganisationen können sich also bemühen, die Freie Deutsche Jugend von diesem Platz zu verdrängen. Am Ende des zweiten Halbjahres wollen wir eine Bilanz ziehen und feststellen, welche Parteien und Massenorganisationen die meisten Aktivisten gestellt und die größten Anstrengungen in der Erfüllung und Übererfüllung des Halbjahrplans unternommen haben. Ein solcher Wettbewerb soll jetzt beginnen. Am Ende des Jahres soll dann die Bevölkerung aus der Bilanz ersehen, wer am meisten gearbeitet, wer die besten Aktivisten gestellt, wer die fortschrittlichsten Ideen entwickelt hat, welche Männer Erfindungen gemacht, welche Organisationen die Arbeit verbessert haben, wie die Gewerkschaften geholfen haben, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen usw. Man sollte also jetzt den Blick nach vorn richten und an die Arbeit gehen. Wahrscheinlich ist es möglich, sich über viele Fragen leichter zu verständigen, wenn der Prozeß der Arbeit weiter fortgeschritten ist, als es gegenwärtig noch der Fall ist.

Der Zweijahrplan gilt für die gesamte Zone. Wir bauen also nicht Länderwirtschaften auf, sondern wir betreiben den Aufbau auf der Grundlage einer einheitlichen Wirtschaft.

Der Befehl 32 übertrug der Deutschen Wirtschaftskommission als zentraler deutscher Instanz die politische und damit die gesetzgebende und administrative Verantwortung für die wirtschaftlichen Aufbaumaßnahmen.

Die Deutsche Wirtschaftskommission ist deshalb das oberste wirtschaftliche Verwaltungsorgan, dem die zentrale Leitung und die Kontrolle bei der Durchführung des Plans obliegt. Die Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und Beschlüsse der Deutschen Wirtschaftskommission sind für alle Regierungs- und Verwaltungsinstanzen der sowjetischen Besatzungszone und für alle Einwohner rechtsverbindlich. Das bedeutet, daß der Zweijahrplan, der jetzt vom Plenum der Deutschen Wirtschaftskommission als Arbeitsgrundlage angenommen wurde, zur gesetzlichen Arbeitsgrundlage der ganzen Zone wurde und nun unmittelbar die Arbeit auf der Grundlage dieses Plans beginnen muß.

Beseitigung bürokratischer Mißstände in der Verwaltung

Unsere Verwaltung muß sich von der früheren staatlichen Verwaltung auch dadurch unterscheiden, daß sie weniger bürokratisch ist. Wir aber wissen, daß manche unserer Genossen, die neu in die Verwaltung gekommen sind, sich ausgerechnet die Untugenden alter Verwaltungsangestellter angeeignet haben. Der alte Verwaltungsapparat, der klassenmäßig zu den Interessen des Volkes im Gegensatz stand, mußte bürokratisch sein. Das war anders gar nicht möglich. Aber unter den heutigen demokratischen Bedingungen braucht dies nicht der Fall zu sein. Wir müssen gegen die bürokratischen Mißstände offen den Kampf führen. Was ist hierzu nötig? Das bedeutet in erster Linie, daß die Verwaltungsangestellten am politischen Leben der Massenorganisationen, der Gewerkschaften usw. teilnehmen, sich als Funktionäre dieser Organisationen betrachten. Diese Zusammenarbeit von Verwaltung und Massenorganisationen wird es uns vor allem erleichtern, das Aufkommen bürokratischer Methoden zu verhindern oder bestehende falsche Arbeitsmethoden zu beseitigen.

Neue Methoden der Arbeit in der Verwaltung werden nicht hinter verschlossenen Türen erfunden, sondern im wirklichen Leben entwickelt, in engster Zusammenarbeit mit den Vertretern der Massenorganisationen. Aus diesem Grunde halten wir es für notwendig, daß innerhalb der Verwaltung eine feste Parteioorganisation der SED mit einer eisernen Parteidisziplin geschaffen wird. In diesen Parteigruppen müssen alle wichtigen Fragen, sei es der Politik, sei es der Arbeit, durchgearbeitet und durch die BGL in Belegschaftsversammlungen der Verwaltungsangestellten behandelt werden. Die Parteigruppen müssen sich dafür einsetzen, daß auch in den Verwaltungen abteilungsweise Arbeitsberatungen durchgeführt werden, genauso wie die Gewerkschaften in den Betrieben Produktionsberatungen durchführen. Es ist Aufgabe der Gewerkschaftsleitungen, dafür zu sorgen, daß in diesen Beratungen Fragen des Geschäftsganges, des Kampfes gegen die Bummellei, der Qualifikation der Angestellten, der Kurse für die Angestellten behandelt werden. Wir müssen erreichen, daß alle Verwaltungsangestellten nicht nur eine höhere fachliche Qualifikation, sondern auch eine höhere politische und demokratische Qualifikation erwerben. In den Angestelltenapparat der Verwaltung muß ein neues Bewußtsein hineingetragen werden. Es sitzen dort noch vielfach Leute, die ihre Aufgaben formal erledigen und das Publi-

kum ganz bürokratisch behandeln. Die Arbeitsberatungen sollen diesen Zustand ändern.

Ausgangspunkt für diese Änderung der Arbeitsmethode ist die Änderung der Ideologie des Verwaltungsangestellten, und das gilt für alle Angestellten, für die SED-Mitglieder wie für die Parteilosen und für die Angehörigen anderer Parteien. Nur ein Teil unserer Genossen in der Verwaltung sind bewußte Sozialisten. Gegenwärtig sind viele noch nominelle SED-Mitglieder. Durch hartnäckige Arbeit müssen wir sie zu bewußten Sozialisten erziehen. Unter ihnen werden wir dabei sicherlich einige Feinde unserer Partei feststellen. Wir werden sie dann entfernen. Aber zuerst gilt es, diese Mitglieder zu erziehen, sie systematisch zu beeinflussen, zur Arbeit heranzuziehen und in ihrer Arbeit zu kontrollieren. Dieses Problem müssen wir energisch in Angriff nehmen und es nicht als Geheimnis behandeln. Wir sollen offen in der Wandzeitung der betreffenden Verwaltung diese Frage stellen. Das neue Verhältnis zur Arbeit muß auch in der staatlichen Verwaltung, und dort an erster Stelle, seinen Ausdruck finden.

Die Angestellten in der Verwaltung müssen in den Augen der Volksmassen keine Bürokraten wie im alten kapitalistischen Staatsapparat sein. Der Bevölkerung muß zum Bewußtsein kommen, daß es dieselben für eine neue Ordnung kämpfenden Menschen sind, wie sie auch im Betrieb bei der Erfüllung des Wirtschaftsplans stehen. Diese Angestellten dürfen nicht mehr als Gegner angesehen werden. Sie müssen in ihrer Arbeit so in Erscheinung treten, daß die Arbeiterklasse und die Bevölkerung im allgemeinen sagt: Dies sind die Vertreter der neuen Intelligenz in unserem neuen Staate.

Dieses Ziel müssen wir erreichen. Wir können es erreichen, wenn wir uns anstrengen und im Zusammenhang mit den großen Aufgaben des Plans die ganze Arbeitsgrundlage ändern.

Unser Kampf um die Festigung der Demokratie

Gestattet nun noch eine kurze Zusammenfassung einiger Probleme. Bei der Diskussion auf einigen Konferenzen hatte ich den Eindruck, daß nicht überall in unserer Partei die demokratische Grundaufgabe, die in dieser Periode zu lösen ist, klar ist. Worin besteht das Wesentliche dieser Aufgabe?

Lenin hat das in einigen seiner Arbeiten sehr treffend dargelegt. In „Was tun?“, dem Werk, in dem Lenin die Theorie von der Partei als Vorhut, als Avantgarde der Arbeiterklasse entwickelt, sagt er:

„... der ist kein Sozialdemokrat, der in der Praxis vergißt ..., daß wir ... verpflichtet sind, vor dem ganzen Volke die allgemein demokratischen Aufgaben darzulegen und hervorzuheben, ohne auch nur einen Augenblick lang unsere sozialistischen Überzeugungen zu verheimlichen. Der ist kein Sozialdemokrat, der in der Praxis seine Pflicht vergißt, in der Aufrollung, Zuspitzung und Lösung jeder allgemein demokratischen Frage allen voranzugehen.“¹

„In der Aufrollung, Zuspitzung und Lösung jeder allgemein demokratischen Aufgabe voranzugehen“, das ist die Aufgabe, die Lenin vor der Arbeiterklasse stellte und die heute auch für uns gilt.

In seiner Rede über die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten sagte er folgendes:

„Allein das Proletariat kann — und muß nach seiner Klassenlage — bis zuletzt konsequent demokratisch und ein entschlossener Feind des Absolutismus sein, zu keinen Zugeständnissen und Kompromissen fähig. Allein das Proletariat kann der Vorkämpfer für die politische Freiheit und die demokratischen Institutionen sein.“²

Der Vorkämpfer der Demokratie muß also das Proletariat sein. In „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ sagt er:

„Ein konsequenter Kämpfer für die Demokratie kann nur das Proletariat sein. Ein siegreicher Kämpfer für den Demokratismus kann das Proletariat nur unter der Bedingung werden, daß sich die Masse der Bauernschaft seinem revolutionären Kampf anschließt.“³

Lenin stellt also hier die Aufgabe, das Bündnis mit der Bauernschaft zu schaffen und zu festigen.

Warum stelle ich diese Aufgaben an den Beginn meiner Schlußbemerkungen? Deshalb, weil in der jetzigen Periode der Kampf um die Demokratie das Entscheidende ist. Es kommt jetzt nicht darauf an, Methoden der Sequestrierung oder Enteignung anzuwenden, sondern die Grundaufgabe besteht jetzt darin, die Überlegenheit der volkseigenen Wirtschaft zu beweisen. Es kommt darauf an, die Kräfte zu entwickeln, die in der Lage sind, die volkseigene Wirtschaft zu

¹ W. I. Lenin, „Was tun?“, Dietz Verlag, Berlin 1946, 3. Auflage, S. 114f.

² W. I. Lenin, „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. I, S. 160.

³ W. I. Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, Dietz Verlag, Berlin 1947, 3. Auflage, S. 55.

leiten. Diese Kräfte sind aus der Arbeiterklasse zu entwickeln; sie sollen die neue technische Intelligenz bilden.

Die Massenorganisationen als Träger der neuen Ordnung müssen Schulen der Demokratie und des Sozialismus werden. Die Gewerkschaften haben damit bereits begonnen. Aus ihren Reihen sind schon einige Wirtschaftler hervorgegangen. Aber das war erst der Anfang. Jetzt müssen die Gewerkschaften zu wirklichen Schulen der Demokratie und des Sozialismus werden. Die VdGB müssen neue Kräfte aus den Kreisen der Söhne und Töchter der Neubauern auswählen, sie fördern und auf Schulen schicken, damit sie in den landwirtschaftlichen Genossenschaften und anderen Organen arbeiten und dort die alten Gutsverwalter ersetzen. Das gilt auch für die Söhne und Töchter von Kleinbauern. Selbst viele unserer Genossen greifen bei Vorschlägen für die Schulen auch jetzt noch immer wieder auf Söhne und Töchter der Großgrundbesitzer zurück. Diese falsche klassenmäßige Einstellung muß korrigiert werden.

Wir müssen eine neue Intelligenz aus den Kreisen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes entwickeln. Wir werden trotz aller anderen Meinungen aus gegnerischen Kreisen in noch stärkerem Maße antifaschistische Arbeiter und Werktätige auf die Hochschulen und Universitäten schicken. Diese wichtige Aufgabe müssen wir in dieser Periode lösen. Leider bietet der Lehrkörper noch keine Garantien für einen fortschrittlichen, wissenschaftlichen Unterricht. Dieser Zustand muß geändert werden, nicht auf bürokratische Weise, sondern dadurch, daß wir demokratisch die ideologische Auseinandersetzung beginnen. Warum setzen wir uns nicht mit den Herren Professoren auseinander? Mögen sich einige Professoren mit von uns geschulten Arbeitern aus den Betrieben auseinandersetzen. Wir wollen sehen, wer dabei gewinnt! Die Änderung der Verhältnisse an den Hochschulen und Universitäten ist eine Frage des ideologischen Kampfes auf längere Sicht und nicht in erster Linie die Frage der Entfernung von Lehrkräften oder eine Frage von Zwangsmaßnahmen.

Der Gegner führt den Kampf mit allen Mitteln. Wir erlauben uns deshalb, uns auf diesen Kampf vorzubereiten. Der Gegner in Berlin organisiert die Bewaffnung illegaler Gruppen, er verschärft den Klassenkampf. Dementsprechend müssen wir unsere Polizeiorgane festigen. Das bedeutet, daß es keine kommunalen oder kreismäßigen Anweisungen an die Polizei gibt. Es besteht eine einheitliche Polizei-

behörde. Wir festigen die Polizei und werden ihr Waffen geben, damit sie nicht hilflos dasteht. Das ist notwendig. Wir sollen diese Maßnahmen nicht vor der Bevölkerung oder der Arbeiterklasse verheimlichen. Zur Sicherung der demokratischen Ordnung gehört die Verbesserung der Arbeit der Volkspolizei.

Bewußte Freundschaft zur Sowjetunion und den Volksdemokratien

Zur Festigung der Demokratie gehört weiter, daß in der Bevölkerung, in den Massenorganisationen und in den staatlichen Verwaltungen die Stimmung dahingehend geändert wird, daß ein bewußtes Freundschaftsverhältnis zur Sowjetunion und den volksdemokratischen Staaten Platz greift. Leute mit antisowjetischer Einstellung gehören nicht in den Staatsapparat. Im Staatsapparat, unter den öffentlichen Angestellten müssen unsere Beziehungen zur Sowjetunion, der Kampf der Sowjetunion für den Sozialismus, die Frage der volksdemokratischen Staaten und der Verrat der Titoclique in Jugoslawien und ihr Übergang in das Lager des anglo-amerikanischen Imperialismus offen diskutiert werden. CDU- und LDP-Leute werden vielleicht anderer Meinung sein. Dann mögen sie es sagen! Wir sind an der ideologischen Festigung interessiert und müssen dazu übergehen, Leute mit antisowjetischer Einstellung aus dem Staatsapparat zu entfernen. Eine andere Lösung gibt es nicht.

Kampf um die Demokratie als die Grundaufgabe

Ich fasse zusammen: Die grundlegende Aufgabe ist gegenwärtig der Kampf um die Demokratie und die Erfüllung des Wirtschaftsplans. Darum müssen wir die Kräfte aus der Arbeiterklasse und aus den werktätigen Massen entwickeln, die imstande sind, den Staatsapparat zu leiten. Darum müssen wir aus der Arbeiterklasse die neue Intelligenz, die fähigen Leiter des Staats- und Wirtschaftsapparates schaffen. Wir müssen beweisen, daß die volkseigenen Betriebe den privatkapitalistischen überlegen sind. Wir müssen die Genossenschaften entwickeln, ihre Arbeit qualifizieren. Wir treten in einen Wettbewerb mit den alten kapitalistischen Kräften ein und müssen diesen Wettbewerb gewinnen. Wir verändern wirtschaftlich

das Kräfteverhältnis nicht mit Enteignungsmaßnahmen, sondern durch den Wettbewerb, wobei wir selbstverständlich dem Staat die Aufgabe stellen, dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen und dafür Sorge zu tragen, daß das spezifische Gewicht des volkseigenen Sektors in der Wirtschaft größer wird, daß die Maschinen- und Geräteausleihstationen besonders gefördert werden, daß die volkseigenen Güter ihre Arbeit verbessern, daß der Einfluß der kapitalistischen Kräfte zurückgedrängt wird und daß besonders auf dem Gebiete des Großhandels Maßnahmen getroffen werden, damit die Versorgung der Bevölkerung gesichert und das Arbeitsprodukt der Arbeiter nicht durch Schiebungen großkapitalistischer Händler der werktätigen Bevölkerung entzogen wird.

So bitte ich im Zusammenhang mit dem Zweijahrplan die staatlichen Aufgaben aufzufassen.

Referat auf der ersten staatspolitischen Konferenz
der SED in Werder am 23. und 24. Juli 1948.

Die nächsten Aufgaben der staatlichen Verwaltung

Die großen Aufgaben des Neuaufbaus können nur mit Hilfe einer fortschrittlichen Verwaltung gelöst werden. *Die staatlichen Organe haben heute höhere Aufgaben als im alten bürgerlichen Staat.* Die demokratischen Verwaltungsorgane der Ostzone sind die leitenden Organe bei der Ausarbeitung und Durchführung des Zweijährplans, bei der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung, bei der Erziehung und Schulung der Masse der Werktätigen, bei der Entwicklung einer fortschrittlichen Kultur. Die Ausarbeitung und Durchführung eines solchen großen wissenschaftlichen Werkes, wie des Plans für 1949, erfordert ein hohes demokratisches Bewußtsein und fachliche Qualifikation der Angestellten.

Jetzt kommt es darauf an, daß die demokratischen Verwaltungsorgane die *lebendige Leitung für die Durchführung des Zweijährplans verwirklichen.* Dazu ist ein ständiger Kampf in der Verwaltung um die Verbesserung der Arbeitsweise, um die Vereinfachung und Sparsamkeit, um die engste Verbundenheit mit dem werktätigen Volk und seinen demokratischen Massenorganisationen notwendig.

Gleichzeitig ist es notwendig, die demokratische Ordnung durch die Wachsamkeit der Bevölkerung gegenüber feindlichen Handlungen, aber auch durch die Verbesserung der Schulung der Volkspolizei zu sichern. Notwendig ist es vor allem, den Arbeitsenthusiasmus, wie er sich in der Hennecke-Bewegung zeigt, auch in den Verwaltungen zu entfachen. Wir sprechen den Wunsch aus, daß die demokratischen Verwaltungsorgane sich streng an die Gesetze der demokratischen Ordnung halten. Die Beschlüsse der Deutschen Wirtschaftskommission, die von Vertretern der Parteien des demokratischen Blocks beschlossen werden, sind allgemeingültige Gesetze. Unsere demokratische Justiz hat die hohe Aufgabe, diese Gesetze gegenüber den Spekulanten und Schiebern und anderen Wirtschaftsverbrechern und gegenüber jenen Elementen anzuwenden, die die friedliche Aufbauarbeit des Volkes schädigen.

Als nächste Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der staatlichen Verwaltungsorgane schlagen wir vor:

1. *Systematische Durchführung von Arbeitsberatungen zur Vereinfachung des Geschäftsganges und zur besseren Organisation der Arbeit.* Der Plan der Arbeitsorganisation muß in allen Verwaltungen überprüft werden. Das Nebeneinander der Abteilungen gilt es durch einheitliche Leitung und bessere Koordinierung der Arbeit zu überwinden. Hier haben die Mitglieder der SED-Betriebsgruppen und die Mitglieder der Industriegewerkschaften eine große Aufgabe. Es ist Zeit, daß auch in der Verwaltung die zahlreichen Verbesserungsvorschläge verallgemeinert werden.

2. *Größere Sparsamkeit.* Der Plan über die Einsparung von 20 Prozent der Personalkosten wurde nicht in der vorgesehenen Weise erfüllt. Durch diesen Plan sollte erreicht werden: Senkung der Verwaltungskosten, um die Senkung der Steuern zu ermöglichen; Vereinfachung des Verwaltungsganges durch Verminderung der Angestelltenzahl; Freimachung von Arbeitskräften für wirtschaftlich notwendige Aufgaben. Die Einsparungen betragen bisher: in Brandenburg 16,5 Prozent, in Mecklenburg 16,6 Prozent, in Sachsen-Anhalt 8,5 Prozent, in Sachsen 14,6 Prozent, in Thüringen 13,9 Prozent. Es ist notwendig, den Abbau der Personalausgaben fortzusetzen, um ihre 20prozentige Verminderung zu erreichen.

Mir liegt eine Statistik über den Personalabbau im Lande Brandenburg vor. Danach wurden gekündigt:

623 Mitglieder der SED
192 Mitglieder der CDU
142 Mitglieder der LDP
3 Mitglieder der Bauernpartei
1 Mitglied der Nationaldemokratischen Partei
übrige: Parteilose.

Diese Zahlen zeigen, daß, parteimäßig gesehen, in der Mehrzahl SED-Mitglieder entlassen wurden.

Der Hebel zur weiteren Senkung der Personalausgaben ist nach unserer Meinung die Änderung der Arbeitsmethoden und die Vereinfachung der Organisation. Dazu gehört die Vereinfachung der Berichterstattung. Wenn ein Kreisrat den Verwaltungsapparat vereinfachen soll, kann von ihm nicht verlangt werden, daß er weiterhin monatlich Hunderte von Berichten an die Landesregierung schickt. Eine Aufstellung des Kreisrats von Bernau zeigt, daß seine Abteilun-

gen monatlich 321 der verschiedensten Berichte einreichen müssen. Eine Rationalisierung der Berichterstattung und Statistik ist daher eine dringende Notwendigkeit. Damit der Verwaltungsapparat ernsthaft verkleinert wird, schlagen wir die Bildung einer besonderen Kommission aus Vertretern der Verwaltung für Inneres, der Deutschen Wirtschaftskommission und der Zentralen Kontrollkommission vor, die in einem halben Jahr die Aufgabe lösen muß. Es handelt sich nicht nur etwa darum, die Verwaltung zu zwingen, ihre Arbeitsmethoden zu verbessern. Es handelt sich hier auch um ein wesentliches Problem der Kosteneinsparung. Denn ohne die Senkung der Verwaltungskosten können die Steuersenkungen, die wir für notwendig halten, nicht in dem Maße durchgeführt werden, wie es die Bevölkerung wünscht. Deswegen schlage ich vor, daß die drei Organe Sonderbeauftragte zur Verfügung stellen, das heißt zuverlässige, objektiv denkende und unabhängige Leute, die auch gegenüber Ministern den Plan der Sparmaßnahmen durchsetzen werden.

3. *Engere Verbindung der Verwaltungsangestellten mit der Bevölkerung.* Alle Verwaltungsangestellten müssen sich dem Volk verantwortlich fühlen. Deshalb ist es notwendig, daß die Verwaltungsangestellten selbst aufmerksam prüfen, wie sich ihre Anweisungen und die Maßnahmen zur Durchführung der Gesetze in der Praxis auswirken, damit Unzulänglichkeiten und Fehler sofort korrigiert werden können. Nicht nur der Betriebsdirektor, auch der Verwaltungsangestellte muß operativ arbeiten. *Wichtig ist, daß die Angestellten der wirtschaftlichen Verwaltungen öfter in die Betriebe gehen und sich die Arbeit der unteren Verwaltungen von Handel und Versorgung oder der Finanzen selbst ansehen.* Es darf nicht mehr sein, daß leitende Verwaltungsangestellte in die Betriebe kommen und, wie es jetzt der Fall ist, nur mit dem Direktor oder Abteilungsleiter sprechen, ohne sich mit den Arbeitern und ihren Funktionären zu besprechen.

Die Mitglieder der Regierungen, der Kreisräte, der Gemeindeverwaltungen sollten regelmäßig vor der Bevölkerung über ihre Arbeit berichten, die Maßnahmen bei der Durchführung des Wirtschaftsplans, auf dem Gebiet des Schulwesens und anderen Gebieten erläutern und einen öffentlichen Meinungsaustausch herbeiführen. Wenn die Staatsfunktionäre so arbeiten, dann werden die Mitglieder der Massenorganisationen aktiver mitarbeiten. Zu den Kreisausschüssen und Gemeindeausschüssen sollten mehr einfache

Leute aus dem Volk, vor allem jüngere Kräfte und mehr Frauen, herangezogen werden, damit in dieser ehrenamtlichen Arbeit neue Mitarbeiter heranwachsen.

Diese nächsten Aufgaben der Angestellten der staatlichen Verwaltungen können nur mit Erfolg durchgeführt werden, wenn die noch oft vorhandene Selbstzufriedenheit überwunden wird und wenn auch in den staatlichen Verwaltungen, genauso wie in der Industrie, Kritik und Selbstkritik zur Methode der Auswertung von Erfahrungen und der Überwindung von Fehlern werden.

Wir begrüßen, daß die Zentrale Kontrollkommission eine Reihe Verwaltungen gründlich überprüft hat. Der Bericht über die Arbeit einiger Ministerien der Thüringer Regierung war Gegenstand einer öffentlichen Diskussion. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß die Thüringer Freunde der Kritik der Zentralen Kontrollkommission ernste Beachtung geschenkt und sie zur Veranlassung genommen haben, die bestehenden Mißstände zu beseitigen. Wir halten es für notwendig, daß alle Landesregierungen dazu übergehen, selbst ihre Verwaltungen zu überprüfen und eine solche öffentliche Selbstkritik zu üben, bevor die Zentrale Kontrollkommission kommt.

Jeder Angestellte in der Verwaltung muß durch Selbststudium seine eigene Qualifikation erhöhen und kritisch seine Arbeit und die Arbeit im Verwaltungsapparat überprüfen, damit sie verbessert wird.

Die Tätigkeit der Zentralen Kontrollkommission

Wir sind uns bewußt, daß es in einer solchen Übergangszeit wie heute, wo auf manchem staatlichen Angestellten bürokratische Traditionen und reaktionäre Auffassungen aus der Hitlerzeit lasten, nicht jedem leicht fällt, auf neue Weise zu arbeiten. Außerdem haben wir auch noch manche Karrieristen im Verwaltungs- und Wirtschaftsapparat.

Auf dem II. Parteitag der SED hatte ich deshalb den Vorschlag des Parteivorstandes begründet, eine Zentrale Kontrollkommission bei der Deutschen Wirtschaftskommission und Landes-Kontrollkommissionen zu bilden, die die Aufgabe haben, die staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltungsorgane zu kontrollieren, Verstöße gegen die Gesetze aufzudecken und bürokratische, schädliche Arbeitsmethoden zu überwinden. Die inzwischen gebildete Zentrale Kontrollkom-

mission hat eine große Arbeit geleistet, sie hat geholfen, größere Sauberkeit im Wirtschaftsapparat herbeizuführen und bürokratische Mißstände zu beseitigen.

Als die Untersuchungsergebnisse von Glauchau-Meerane veröffentlicht wurden, hat mancher gedacht, die Kontrollkommission beschäftige sich hauptsächlich mit solchen sensationellen Fällen. So wichtig die Aufdeckung der Korruptionsfälle war, so besteht das wichtigste Ergebnis der Arbeit der Kontrollkommission doch darin, daß sie *die Fehler in der Organisation des Wirtschaftsapparates und des Handelsapparates aufgedeckt* und aufgezeigt hat, welch langen Weg die Waren gehen, wie sie dadurch verteuert werden und vielfach verschwinden. Wir begrüßen es, daß die *Zentrale Kontrollkommission bei ihrer Arbeit von der Kontrolle der Durchführung der Planungsaufgaben ausgeht*. Sie stellt fest, ob zum Beispiel der Produktionsplan in der Landmaschinenindustrie richtig durchgeführt wird, ob der Handelsapparat die richtige Verteilung der Waren gewährleistet, ob volkseigene Betriebe richtig geleitet werden, ob die volkseigenen Güter ihre landwirtschaftlichen Aufgaben richtig erfüllen und den werktätigen Bauern der Umgebung die notwendige Hilfe erweisen. Bei diesen systematischen Kontrollen ist zugleich die größte Gewähr gegeben, Korruptionserscheinungen und andere Mißstände aufzudecken. Die Zentrale Kontrollkommission kann ihre große Aufgabe nur erfüllen, wenn sie sich auf die Massen des werktätigen Volkes stützt. Deshalb ist es notwendig, daß die *Volkskontrollausschüsse in den Kreisen und Orten* unter Leitung des Kreis-Kontrollbeauftragten der Landes-Kontrollkommissionen systematischer als bisher arbeiten und für ihre verantwortungsvolle Arbeit noch besser als bisher geschult werden. Wir begrüßen auch den Beschluß der Zentralen Kontrollkommission, daß sie *Beschwerdestellen* schafft, wo jeder Arbeiter, Bauer, Intellektuelle, Gewerbetreibende usw. Beschwerden vorbringen kann. Nach gründlicher Prüfung soll den Beschwerdeführenden geantwortet werden. Die Tätigkeit der *Zentralen Kontrollkommission zeigt, daß sie eine wichtige demokratische Institution ist, ein Organ des Volkes zur Sicherung der Durchführung der großen demokratischen Aufgaben in Staat und Wirtschaft*.

Aus dem Referat auf der Ersten Parteikonferenz der SED
in Berlin vom 25. bis zum 28. Januar 1949.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus und Deutschland

Die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg

Eine der bedeutendsten Leistungen J. W. Stalins ist die Theorie von der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Sie beruht auf der marxistischen politischen Ökonomie, die Lenin zur Theorie des Imperialismus als des höchsten Stadiums des Kapitalismus weiterentwickelt hat. Stalin hat in seiner Rede auf dem XVI. Parteitag der KPdSU (B) zusammenhängend die Theorie von der durch den ersten imperialistischen Weltkrieg hervorgerufenen allgemeinen Krise des Kapitalismus begründet. Er charakterisiert darin die allgemeine Krise des Kapitalismus wie folgt:

„Das bedeutet vor allem, daß der imperialistische Krieg und seine Folgen die Verwesung des Kapitalismus verstärkt und sein Gleichgewicht erschüttert haben, daß wir heute in der Epoche der Kriege und Revolutionen leben, daß der Kapitalismus nicht mehr ein *einziges* und *allumfassendes* System der Weltwirtschaft darstellt, daß neben dem *kapitalistischen* Wirtschaftssystem das *sozialistische* System besteht, das wächst, das gedeiht, das dem kapitalistischen System entgegengesetzt ist und das schon allein durch die Tatsache seines Bestehens die Fäulnis des Kapitalismus demonstriert und seine Grundlagen erschüttert.

Das bedeutet weiter, daß der imperialistische Krieg und der Sieg der Revolution in der Sowjetunion die Grundpfeiler des Imperialismus *in den kolonialen und abhängigen* Ländern erschüttert haben, daß die Autorität des Imperialismus in diesen Ländern schon untergraben ist, daß er nicht mehr die Kraft hat, in diesen Ländern in der alten Art und Weise zu wirtschaften.

Das bedeutet weiter, daß während und nach dem Kriege in den kolonialen und abhängigen Ländern ein eigener junger Kapitalismus entstanden und herangewachsen ist, der mit den alten kapitalistischen Ländern erfolgreich auf den Märkten konkurriert und dadurch den Kampf um die Absatzmärkte verschärft und kompliziert.

Das bedeutet endlich, daß der Krieg der Mehrheit der kapitalistischen Länder ein schweres Erbe in Gestalt der *chronischen Unterbeschäftigung*

der Betriebe und des Bestehens von *Millionenarmeen Arbeitsloser* hinterließ, die sich aus *Reservearmeen* in *ständige Arbeitslosenarmeen* verwandelten, was für den Kapitalismus noch vor der jetzigen Wirtschaftskrise eine Menge von Schwierigkeiten schuf und die Dinge während der Krise noch weiter komplizieren muß.“¹

Es ist nun die Frage zu beantworten: Wie hat sich die allgemeine Krise des Kapitalismus seit Beendigung des zweiten Weltkrieges weiterentwickelt, und worin kommt die Verschärfung der allgemeinen Krise zum Ausdruck? Diese Frage ist von grundlegender Bedeutung für eine richtige Stellung zu den volkswirtschaftlichen Problemen der Gegenwart, besonders in Deutschland, dem Lande, wo in einem Drittel die Ursachen der Krise weitgehend beseitigt sind, während ein Teil Deutschlands infolge der Okkupation durch die USA und der Einbeziehung in den Marshallplan unmittelbar der allgemeinen Krise des Kapitalismus ausgeliefert wurde. Diese Eigenart der Lage in Deutschland macht es besonders notwendig, bei Behandlung der Fragen der politischen Ökonomie von der Analyse der allgemeinen Krise des Kapitalismus auszugehen.

Der zweite Weltkrieg war das Resultat sowohl der Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten wie auch der Gegensätze zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Lager. Der Kampf zwischen dem aggressiven deutschen Imperialismus und den anderen imperialistischen Großmächten um die Neuaufteilung der Erde verquickte sich mit dem Kampf des faschistischen deutschen Imperialismus gegen die sozialistische Sowjetunion, die die Achsenmächte zu ihrem Kolonialgebiet machen wollten. Das Ergebnis des zweiten Weltkrieges war der Sieg der Sowjetunion über den deutschen Imperialismus und seine Verbündeten. Die Sowjetunion erbrachte den Beweis, daß sie im Kampfe eines gegen einen politisch, militärisch und ökonomisch der stärksten imperialistischen Militärmacht überlegen war.

Im Ergebnis des Sieges der Sowjetarmee und des Sowjetvolkes über die faschistisch-imperialistischen Angreifer wurden in Polen, in der Tschechoslowakei und auf dem Balkan volksdemokratische Staaten errichtet, das chinesische Volk befreite das gewaltige chinesische Territorium von den reaktionären Platzhaltern des amerikanischen Imperialismus, und in Deutschland wurden die Grundlagen einer

¹ J. Stalin, „Politischer Bericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU (B)“, Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 13/14.

neuen demokratischen Ordnung und schließlich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik geschaffen. Dieser Sieg der Sowjetunion und der Ausfall zahlreicher Länder aus dem kapitalistischen System führten zur Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Es erfolgte eine grundlegende Änderung des Kräfteverhältnisses zwischen den imperialistischen Mächten und den Ländern, in denen die Wurzeln des Imperialismus vernichtet wurden und eine neue Ordnung erbaut wurde.

Das Sowjetvolk war nicht nur imstande, die Folgen des Krieges in wenigen Jahren zu überwinden, sondern es gelang ihm auch schon im Oktober dieses Jahres, die durchschnittliche Monatsleistung der gesamten Industrie um mehr als 50 Prozent gegenüber 1940 zu steigern. Wie aus der Rede von Malenkow am 6. November 1949 hervorging, stand die Industrie der UdSSR bereits in diesem Jahre auf einem höheren Niveau, als das im Fünfjahrplan für das Jahr 1950 vorgesehen war. Selbst in den von der feindlichen Besetzung zerstörten Gebieten des Landes wurde das Vorkriegsniveau im September 1949 erreicht. Innerhalb von drei Jahren und neun Monaten des Nachkriegs-Fünfjahrplans wurden über 4600 staatliche Industriebetriebe wiederhergestellt beziehungsweise erbaut und in Gang gesetzt. Die Bruttogetreideernte überstieg 1949 bereits die Ernte von 1940. Die Landwirtschaft erhielt von der Maschinenindustrie in diesem Jahre drei- bis viermal soviel Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen wie im Vorkriegsjahr 1940. Dazu kommt, daß die Sowjetunion große Erfolge auf dem Gebiet der Technik zu verzeichnen hat, darunter solche wie die Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke. So wurden durch den Sieg der Sowjetunion über den faschistischen deutschen Imperialismus die weisen Worte bestätigt, die J. W. Stalin am zehnten Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution sprach:

„Die Oktoberrevolution ist nicht bloß eine Revolution im ‚nationalen Rahmen‘. Sie ist vor allem eine Revolution von internationaler, von Weltbedeutung, denn sie bedeutet eine grundlegende Wendung in der Weltgeschichte der Menschheit, die Wendung von der alten, der kapitalistischen Welt zu der neuen, der sozialistischen Welt...“

Eben deshalb bedeutet der Sieg der Oktoberrevolution eine grundlegende Wendung in der Geschichte der Menschheit, eine grundlegende Wendung im historischen Schicksalslauf des Weltkapitalismus, eine grundlegende Wendung in der Befreiungsbewegung des Weltproletariats, eine grundlegende Wendung in den Kampfmethoden und den Organisationsformen, in der

Lebensart und den Traditionen, in der Kultur und Ideologie der ausgebeuteten Massen der ganzen Welt.“¹

Zur gleichen Zeit vollzieht sich eine weitere starke Machtverschiebung innerhalb der imperialistischen Mächtegruppierung. Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der imperialistischen Großmächte vergrößert sich. Die USA haben keine nennenswerten Verluste durch den Krieg erlitten. Die Rüstungslieferungen an England und Frankreich und zur Versorgung des eigenen Heeres führten zu einer bedeutenden Erhöhung der Produktionskapazität in den USA. Die Erweiterung des Produktionsapparates wurde überwiegend vom amerikanischen Staat finanziert. Nach Kriegsende aber wurden diese großen Rüstungswerke vom amerikanischen Staat für geringe Summen an die amerikanischen Monopolherren verkauft. Dadurch wurde die Macht der kapitalistischen Monopole vergrößert. Die Konzern- und Bankherren bereicherten sich nicht nur, sondern konnten auch durch die monopolistische Beherrschung der Industrie eine Herabsetzung der Preise und Gewinne verhindern, indem sie Teile der Industrie stilllegten.

Die Entwicklung der Wirtschaftskrise in den USA im Rahmen der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus

Der Index der USA-Industrieproduktion zeigt folgende Entwicklung:

1936	100	1947	179
1943	230	1948	185
1946	163	Mitte 1949	160

Es ist bezeichnend, daß seit dem Jahre 1943, nachdem die Rote Armee die entscheidenden Schläge gegen den Hitlerfaschismus geführt hat, ein Absinken der USA-Produktion zu verzeichnen ist. Trotz einer gewissen Produktionssteigerung in den Jahren 1946 bis 1948 hat die USA-Industrieproduktion den Stand von 1943 nie wieder erreicht.

Ogleich die Industrieproduktion eingeschränkt wurde, konnte das amerikanische Monopolkapital höhere Profite realisieren. So be-

¹ J. Stalin, „Der internationale Charakter der Oktoberrevolution“, in „Fragen des Leninismus“, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 215.

tragen nach Angabe amerikanischer Gewerkschaftsorgane die unversteuerten Profite der USA-Monopole:

im Jahre	Milliarden Dollar	im Jahre	Milliarden Dollar
1939	6,5	1944	24,3
1940	9,3	1945	20,4
1941	17,2	1946	21,8
1942	21,2	1947	29,8
1943	24,5	1948	30,5

Es zeigt sich also, daß trotz des Absinkens der Industrieproduktion in den Jahren 1947 und 1948 die Profite in diesen Jahren die des Jahres 1943 bei weitem übertreffen. Dies ist nur bei einem starken Ansteigen der Preise und gleichzeitigem Zurückbleiben der Löhne möglich.

Durch diese Statistiken wird der parasitäre Charakter der kapitalistischen Herrschaft unterstrichen. Bei Senkung der Produktion und Beschränkung der wirtschaftlichen Entwicklung sichert sich das Monopolkapital durch die monopolistische Beherrschung der Wirtschaft und die Unterdrückung der Werktätigen höhere Profite. Die Entwicklung ist also charakterisiert durch die Bereicherung des Monopolkapitals bei gleichzeitiger Verelendung der Arbeiterklasse, die vor allem durch das starke Ansteigen der Preise bewirkt wird. Das findet seinen Ausdruck in der Zunahme der Streikbewegungen in den Jahren 1945 bis 1949. Diese Verschärfung der inneren Widersprüche und des Klassenkampfes in den USA findet ihren Ausdruck in der Annahme des Anti-Streikgesetzes, in Prozessen gegen die Gewerkschaftsführer, in Prozessen gegen die Führung der Kommunistischen Partei sowie im Einsatz der Gangsterorganisationen gegen streikende Gewerkschaftsmitglieder. Das alles sind charakteristische Erscheinungen, wie wir sie in der Zeit der großen Krise in Deutschland erlebten, die Genosse Stalin folgendermaßen charakterisierte:

„Man muß ihn (gemeint ist der Faschismus. W. U.) auch als Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie betrachten, als Zeichen dafür, daß die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, mit den alten Methoden des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zu herrschen, und in Anbetracht dessen gezwungen ist, in der Innenpolitik zu terroristischen Regierungsmethoden zu greifen, — als Zeichen dafür, daß sie nicht mehr imstande ist, einen Ausweg aus der jetzigen Lage auf dem Boden einer friedlichen Außenpolitik zu finden.“¹

¹ J. Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag“, in „Fragen des Leninismus“, S. 522.

Das USA-Monopolkapital sucht das Tempo der Entwicklung der Krise zu bremsen durch Erhöhung der Rüstungsproduktion, durch Erhöhung des Exports von Waren des Massenbedarfs nach Europa mit Hilfe des Marshallplans, durch Verhinderung der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen und durch Blockade gegen die volksdemokratischen Staaten. Durch Erschwerung des innerdeutschen Handels suchen die USA Westdeutschland nicht nur in politische Abhängigkeit zu bringen, sondern auch den Absatz ihrer eigenen Waren zu erhöhen, während sie gleichzeitig den Warenexport aus den volksdemokratischen Ländern nach Westeuropa abzdrosseln suchen. Nachdem in den Jahren 1945 und 1946 die Rüstungsausgaben im USA-Haushalt bedeutend beschnitten wurden, betrug sie im Haushaltjahr 1947/48 bereits wieder 11 Milliarden Dollar, das heißt das Elffache des Vorkriegshaushalts. Im Jahre 1948/49 wurden sie auf 15,2 Milliarden Dollar erhöht. Der Export von Rüstungsmaterial in die Marshallplanländer wurde erhöht, und auch die Schaffung der „Luftbrücke“ bedeutete nichts anderes als die Aufrechterhaltung der Rüstungsproduktion und eine Vorübung zur Durchführung aggressiver Ziele.

Auf die Wirtschaftspolitik der USA kann man vollständig jene Voraussage anwenden, die Genosse Stalin in seinem Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag in bezug auf Hitlerdeutschland machte :

„...: was heißt es, die Wirtschaft eines Landes auf das Geleise der Kriegswirtschaft überleiten? Das heißt, der Industrie eine einseitige, auf den Krieg eingestellte Richtung geben, die Produktion von Gegenständen für den Kriegsbedarf, die mit dem Verbrauch der Bevölkerung nichts zu tun haben, maximal erweitern, die Produktion und besonders die Belieferung des Marktes mit Massenbedarfsartikeln maximal einschränken, folglich also, den Verbrauch der Bevölkerung einschränken und über das Land eine Wirtschaftskrise heraufbeschwören.“¹

Eine andere Maßnahme, die Entwicklung der Krise zu bremsen, ist, wie bereits gesagt, die Bestrebung, mit Hilfe des Marshallplans den Export amerikanischer Erzeugnisse zu erhöhen. Anders ausgedrückt, die USA-Regierung unternimmt alle Anstrengungen, die Arbeitslosigkeit und die Krise in die anderen kapitalistischen Länder zu exportieren. Denn der angestrebte Export bringt nur dann die ersehnte Wirkung, wenn es den USA gelingt, den Warenimport von ihren Handelspartnern auf ein Minimum hinabzudrücken.

¹ J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, S. 683.

Andererseits sind die USA an der Bezahlung der von ihnen exportierten Waren in Gold interessiert beziehungsweise bestrebt, den Kapitalexport zu erhöhen, oder auch durch langfristige Kredite andere Länder zu verschulden, um sie ihren politischen und militärischen Zielen dienstbar zu machen. Die USA exportierten im Durchschnitt der Jahre 1921 bis 1939 4,3 Prozent der Bruttonproduktion des Landes, im Jahre 1946/47 bereits 5,8 Prozent. Der Import sank in der gleichen Zeit von 3,4 auf 2,4 Prozent.

Daß die Monopolherren der USA sowohl die Entwicklung der Rüstungsproduktion und den Export von Rüstungsmaterial als auch den Export von Massenbedarfsartikeln in die Marshallplanländer als Weg zur Verlangsamung der krisenhaften Entwicklung betrachten, zeigt auch die Erklärung im Bericht des Wirtschaftsrates beim USA-Präsidenten Truman für das erste Vierteljahr 1948, wo es heißt:

„Der europäische Wiederaufbauplan und der Verteidigungsplan müssen gemeinsam betrachtet werden, da sie gleichartige Folgen nach sich ziehen.“¹

Trotz der Erhöhung des Exports von Waren des Massenbedarfs konnte die neue Wirtschaftskrise in den USA nicht aufgehalten werden. Sechs Millionen Vollarbeitslose, elf Millionen Kurzarbeiter, Warenvorräte, die sich gegenüber 1946 verdoppelt haben — all das ist der Ausdruck dafür, daß sich die Krise unausweichbar entwickelt. Davon zeugt auch die Tendenz des Rückganges der Ausfuhr. Und das kann nicht anders sein, denn der Export der Arbeitslosigkeit in die Länder des Marshallplans muß dazu führen, daß diese Länder sich gegen den Export amerikanischer Waren schützen, um die Stilllegung ihrer eigenen Industriebetriebe zu vermeiden. Unter der Losung der Handelsfreiheit und Abschaffung der Zollsysteme suchen die USA mehr Waren in anderen Ländern, vor allem in Westeuropa, abzusetzen und beschleunigen dadurch nur die Entwicklung der Krise in diesen Ländern.

Die Verschärfung der Gegensätze zwischen den USA und Großbritannien

Im Ergebnis des zweiten Weltkrieges hat sich die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der großen kapitalistischen Länder noch weiter verschärft. Während die USA vom Kriege nicht in Mitleidenschaft

¹ Leontjew, „Der Marshall-Plan im Lichte der Wirklichkeit“.

gezogen wurden und die Möglichkeit hatten, während des Krieges ihre Produktionskapazität bedeutend zu erhöhen, ist Großbritannien von den Kriegsereignissen unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen worden. Es kommt hinzu, daß es alle Kriegslieferungen der USA voll bezahlen mußte, wodurch es etwa 40 Prozent seiner Kapitalanlagen in seinen Kolonien und im übrigen Ausland einbüßte. Im Jahre 1938 war englisches Kapital in Höhe von rund 17 Milliarden Dollar nach dem damaligen Kurs im Ausland angelegt, und die USA verfügten über rund 12 Milliarden Dollar Kapitalanlagen im Ausland. Nach dem zweiten Weltkrieg verminderten sich die englischen Kapitalanlagen im Ausland um 40 Prozent, während sich die amerikanischen Kapitalanlagen auf etwa 35 Milliarden Dollar erhöhten. Dabei ist besonders wichtig, daß während des Krieges das USA-Kapital in die britischen Dominien und Kolonien eindrang, die im Handel mit den USA ein Defizit von durchschnittlich 500 Millionen Dollar im Jahr hatten. Während England im Kriege einen großen Teil seines Schiffsraumes verlor, hatten die USA nur geringe Verluste und steigerten die Tonnage ihrer Handelsflotte ganz bedeutend. Dadurch büßte England seine Oberherrschaft zur See ein. Großbritannien wurde zu einem von den USA ökonomisch abhängigen Land.

Der Export der Krise aus den USA in die schwächeren kapitalistischen Länder hat dazu geführt, daß sich das Dollardefizit der sechs westeuropäischen Länder von 4807 Millionen Dollar im Jahre 1946 auf 6297 Millionen Dollar im Jahre 1947 erhöhte. Indem das USA-Monopolkapital mit Hilfe des Marshallplans die auf dem amerikanischen Markt unverkäuflichen Waren nach Europa exportierte und die Bestände der Reservelager aus der Kriegszeit den marshallisierten Ländern aufzwang, führte es einen schweren Schlag gegen die kapitalistische Wirtschaft der westeuropäischen Länder. Die westeuropäischen Marshallplanstaaten wurden gezwungen, die Produktion in bestimmten Industriezweigen einzuschränken. So wurde in Österreich die Automobilproduktion verboten, in Westdeutschland die Produktion von synthetischem Benzin eingestellt und die Herstellung von Autoreifen aus synthetischem Kautschuk verboten, in England und in anderen Ländern der Schiffsbau gedrosselt usw. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern Europas ist die unvermeidliche Folge dieses Druckes von seiten des USA-Monopolkapitals. Die in Stuttgart erscheinende „Wirtschaftszeitung“ vom 5. November 1949 kommt zu folgender Schlußfolgerung:

„Die nicht mehr verheimlichte Krise des Marshallplans und der Mißerfolg der Währungsabwertungen haben eben das Problem Westeuropa in seiner ganzen Tiefe für Amerika aufgerollt.“

Die ökonomische Knebelung der kapitalistischen Staaten Westeuropas durch den USA-Imperialismus bedeutet zugleich die politische Knechtung. Der USA-Imperialismus exportiert nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch das Gangstertum, um mit terroristischen Mitteln die friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte niederzuhalten. Die USA-Imperialisten haben ein ganz besonderes System ausgearbeitet, um mit Hilfe einer Haßpropaganda, die die Goebbels-Propaganda noch übertrifft, mit Hilfe eines Netzes von Agenten, mit Hilfe terroristischer Gruppen, durch den Kauf führender Politiker, durch Schaffung von Splitterparteien und durch politische Splittergruppen, durch Spaltung der Gewerkschaftsbewegung und Korruption von Gewerkschaftsführern ihre Herrschaft zu erhalten und die Einigung der friedliebenden demokratischen Kräfte zu verhindern. Von besonderer Bedeutung ist dabei, daß es dem USA-Imperialismus gelungen ist, den Führer der größten westdeutschen Partei, Adenauer, und eine Reihe Führer der Sozialdemokratie wie Reuter und andere in seinen Dienst zu stellen. Durch den Export ihrer Boogie-Woogie-Unkultur und ihrer barbarischen Sexualpropaganda suchen die amerikanischen Imperialisten die Bevölkerung über das Heranwachsen der Krise zu täuschen.

Der hervorragende britische Wissenschaftler und Professor am Birkbeck-College, London, J. D. Bernal, charakterisierte in einem Brief an die britische Zeitschrift „New Statesman and Nation“ die Folgen dieser Politik wie folgt:

„Unsere Industrie verstrickt sich mehr und mehr in das Netz der wirtschaftlichen Unmöglichkeiten; unsere Kultur versinkt in einen düsteren Pessimismus. Die Völker der westlichen Industriestaaten und die weit größere Zahl der Menschen in den rückständigen Gebieten sehen immer weniger und weniger Grund, ein System zu unterstützen, das ihnen nur endlose Perioden der Verarmung bringt.“

Eben aus diesem Grunde suchen diejenigen, die Interesse haben, dieses System zu erhalten, in einem Krieg die letzte Zuflucht. Krieg, dieses einzige Mittel zu voller Produktivität und zum Profit, ist für die Häupter der Industrie eine Notwendigkeit. Natürlich würden sie vorziehen, ohne ihn zu ihren Zielen zu gelangen; aber wir werden nicht von ihrem Gewissen, sondern von ihren Handlungen betroffen. Krieg ist keine Notwendigkeit für die Völker des Westens und Südens. In letzter Instanz wird die Frage von Krieg oder Frieden dadurch gelöst werden, ob die Macht des Geldes, die

sich in Propaganda ausdrückt, gegen die allgemeine Entschlossenheit, sich nicht in einen Krieg hineinziehen zu lassen, überwiegt.“

Das Wachsen der Friedensbewegung zeigt, wie stark diese Entschlossenheit bereits ist.

Die Wirkung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in den Kolonien

Während des zweiten Weltkrieges mußten die Alliierten die kapitalistische Produktion in den Kolonien entwickeln, um größere Mengen Kriegsmaterial herstellen zu können. In Ägypten, in Indien wurde eine industrielle Basis geschaffen. Auch in Kanada und in den lateinamerikanischen Ländern wurde die industrielle Produktion erheblich gesteigert. Die Mobilisierung kolonialer Streitkräfte gegen den faschistischen deutschen, italienischen und japanischen Imperialismus führte zur Entwicklung einer antiimperialistischen Bewegung in den Kolonien, und die Autorität der imperialistischen Großmächte wurde tief erschüttert. Der Sieg der Volksrevolution in China ist der Ausdruck dafür, daß eine neue Periode des nationalen Befreiungskampfes der kolonialen und halbkolonialen Völker begonnen hat. Die Kämpfe in Indochina, in Indonesien, in Birma gegen die imperialistische Unterdrückung zeigen, daß die fortgeschrittenen Kräfte auch in diesen Ländern bereits zum bewaffneten Kampf gegen die Kolonialtruppen der imperialistischen Länder übergehen.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus und die Zukunft Deutschlands

Auf Deutschland wirken sich die allgemeine Krise des Kapitalismus und die Aggressivität bestimmter Kreise der USA am stärksten aus. Westdeutschland erhält die relativ geringsten Lieferungen auf Grund des Marshallplans, es erfährt die schärfste Drosselung seiner industriellen Entwicklung und die härteste politische Knebelung, die im Ruhrstatut, im Besatzungsstatut, in der Verweigerung eines Friedensvertrages für das deutsche Volk durch die USA ihren Ausdruck findet. Der westdeutsche Export wurde mit Hilfe der JEIA, der amerikanischen Außenhandelsgesellschaft in Westdeutschland, stärk-

stens eingeengt. Die Ausführquote für Walzwerks-Fertigerzeugnisse wurde beschränkt, die Konkurrenzbetriebe werden demontiert.

Wenn die USA Lebensmittel und andere Waren des Massenbedarfs nach Westdeutschland liefern, so nicht deshalb, um der Wirtschaft in Westdeutschland zu helfen, sondern um die westdeutsche Bevölkerung für die Unterstützung der imperialistischen Pläne der USA gefügig zu machen. Die USA stellen nur genauso viele Mittel für Westdeutschland zur Verfügung, wie nötig sind, um den amerikanisch orientierten Politikern in Westdeutschland zu ermöglichen, einen größeren Teil der Bevölkerung für die USA-Politik zu gewinnen, damit er später als Kanonenfutter verwendet werden kann. Großbritannien und Frankreich, die mit ihren eigenen wirtschaftlichen Nöten zu kämpfen haben, haben nicht diese politische Manövrierfähigkeit. Während das USA-Monopolkapital am Ankauf gewisser westdeutscher Industriewerke interessiert ist, sind die englischen und französischen Monopolkapitalisten aus Konkurrenzinteressen an der Demontage interessiert. Daher die Demontage eines Teils der westdeutschen Stahlwerke, chemischen Werke und die Drosselung der westdeutschen Qualitätsindustrie.

In Deutschland zeigt sich deshalb am schärfsten der Gegensatz zwischen der Politik des friedlichen Aufbaus aus eigener Kraft, wie sie von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik durchgeführt wird, und der kolonialen Abhängigkeit und Versklavung, wie sie der USA-Imperialismus in Westdeutschland betreibt. Das deutsche Volk, das von seinen imperialistischen Machthabern schon zweimal in die Katastrophe getrieben wurde (1914 und 1939), das deutsche Volk, das die furchtbarsten kapitalistischen Krisen, vor allem die Krise von 1929 bis 1932, erlebte, steht jetzt vor entscheidenden Entschlüssen, die die ganze Zukunft der Nation betreffen.

Das deutsche Volk steht vor der Lebensfrage, die Einigung aller Gutwilligen in einer Nationalen Front für die Einheit Deutschlands, für die Schaffung der Grundlagen einer friedlichen, demokratischen Entwicklung in ganz Deutschland und für einen gerechten Friedensvertrag herbeizuführen und feste Freundschaft mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern zu schließen, oder die Zukunft der Nation preiszugeben. Jeder Deutsche soll sich bewußt sein, daß jede Nachlässigkeit, jede Passivität, jede Sorglosigkeit gegenüber den Plänen des USA-Imperialismus und seiner westdeutschen Helfershelfer die Gefahr des Auseinanderlebens des deutschen Volkes,

der Zerstörung der wirtschaftlichen Einheit und der kulturellen Eigenart des deutschen Volkes, das heißt die Bedrohung seiner ganzen nationalen Zukunft, bedeuten würde. Die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland waren und sind sich dieser großen Gefahr bewußt und haben deshalb durch die Schaffung der Nationalen Front und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Kampf um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden, den Kampf um die Sicherung der nationalen Zukunft des deutschen Volkes aufgenommen.

Der Führer des Sowjetvolkes und aller friedliebenden Menschen in der Welt, Stalin, sagte in seinem Begrüßungsschreiben an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, und an den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl:

„Wenn diese beiden Völker (das Sowjetvolk und das deutsche Volk. W. U.) die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten.“

Und J. W. Stalin wünscht dem deutschen Volk, seinem Präsidenten und seiner Regierung „Erfolg auf diesem neuen, glorreichen Wege“.

Das deutsche Volk muß die Lehren aus der Geschichte ziehen und auf Grund der Analyse der allgemeinen Krise des Kapitalismus und des neuen Kräfteverhältnisses in der Welt einen neuen Weg, den Weg der friedlichen Arbeit, des demokratischen Aufbaus und der festen Freundschaft mit der Sowjetunion beschreiten. Welche geschichtlichen Tatsachen zwingen zu dieser Schlußfolgerung?

1. Zwischen den Interessen des USA-Imperialismus und den nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen des deutschen Volkes besteht ein unüberbrückbarer Gegensatz. Politisch ist das USA-Monopolkapital daran interessiert, Deutschland zu zerstückeln und ohnmächtig zu machen, um aus Konkurrenzgründen die deutsche Produktion weitgehend vom Weltmarkt auszuschalten und das westdeutsche Gebiet in ein militärisches Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion zu verwandeln. Während in der Periode des Imperialismus vom Beginn dieses Jahrhunderts an der Hauptgegensatz in Europa der Gegensatz zwischen dem englischen und deutschen Imperialismus war, ist jetzt England selbst in Abhängigkeit von den USA geraten, während der Hauptgegner Deutschlands, der die deutsche

Nation vernichten will, die aggressiven Kreise des USA-Finanzkapitals sind.

2. Mit der Entwicklung der Wirtschaftskrise innerhalb der allgemeinen Krise des Kapitalismus werden die imperialistischen Westmächte immer mehr dazu übergehen, je nach dem Grad der Schärfe der Krise die größeren Lasten auf die deutsche Westzone abzuwälzen. Die Korrumpierung von Funktionären politischer Parteien in Westdeutschland und die Organisierung eines Schaufensterwohlstands können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß durch den Marshallplan die Produktion der deutschen Exportindustrie gedrosselt wird und daß infolge der Bindung der führenden bürgerlichen und sozialdemokratischen Politiker an die USA-Politik die Erwerbslosigkeit in Westdeutschland zunimmt und die Not der werktätigen Massen vergrößert wird. Daraus ergibt sich, daß nicht nur die Arbeiter in zunehmendem Maße unter Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit, Not und Unterdrückung leiden, sondern auch Unternehmer und Handwerker unmittelbar vom USA-Monopolkapital in ihrer Existenz bedroht sind.

3. Zum Unterschied von der Zeit nach dem ersten Weltkrieg gibt es jetzt eine Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die mit ihrer Politik des Friedens, der Demokratie und der Arbeit zeigt, daß es für das deutsche Volk einen Ausweg aus eigener Kraft gibt, daß die nationale Rettung nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist. Die Übergabe der Verwaltung durch die sowjetischen Besatzungsorgane an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, der Austausch von Botschaftern mit den fortgeschrittensten Staaten der Erde, die Entsendung von Handelsmissionen in die Länder des wirtschaftlichen Aufschwungs, in die Länder, die nicht von Krise und Arbeitslosigkeit bedroht sind — wie die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und das große China —, eröffnen die größten Perspektiven für die Zukunft Deutschlands, wenn es in enger Freundschaft mit der Sowjetunion lebt. Wenn schon die deutsche demokratische Regierung diese Erfolge aufweisen kann, um wieviel größer würde der Erfolg für das deutsche Volk sein, wenn ein einheitliches demokratisches Deutschland bestände.

4. Unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus und der Entwicklung der Wirtschaftskrise liegt es im Interesse des

deutschen Wirtschaftsaufbaus und der Herbeiführung eines besseren Lebens der Bevölkerung, Deutschland gegen die Wirkungen von Krise und Arbeitslosigkeit, die aus den USA kommen, zu schützen. Ein einiges, unabhängiges Deutschland, das auch gegenüber England und Amerika als selbständiger, gleichberechtigter Staat auftreten könnte, brauchte seine Rohstoffe und Lebensmittel nicht zu überhöhten Dollarpreisen einzuführen, sondern könnte seine wirtschaftlichen Aufgaben mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern planmäßig abstimmen und im Westen nach eigenem Ermessen die günstigsten Bedingungen für den Außenhandel ausnutzen.

Die erste Aufgabe aller friedlich und demokratisch gesinnten Kräfte in Westdeutschland muß deshalb darin bestehen, den innerwirtschaftlichen Verkehr mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu fördern. Es liegt im Interesse jedes einzelnen, den Kampf gegen die Demontage westdeutscher Betriebe zu führen, die Einfuhr unnötiger und minderwertiger amerikanischer und englischer Waren abzuwehren, gegen die Eingriffe der amerikanischen Handelsgesellschaften und Besatzungsbehörden zur Verhinderung des Exports deutscher Qualitätswaren entschlossen aufzutreten und gegen die Diktatur der westdeutschen Monopolherren und der Separatisten vom Schlage der Adenauer, Blücher & Co. den Kampf um die Demokratisierung, für die Rechte des Volkes zu führen. Dabei muß sich die Bevölkerung Westdeutschlands bewußt werden, daß jede Unterstützung der Hetze gegen die Sowjetunion, gegen das Land, das den Kampf um die nationale Einheit Deutschlands unterstützt, die Position der friedlich und patriotisch gesinnten Kräfte in Westdeutschland schwächt und den USA-Finanzherren nutzt.

Die Herstellung normaler Beziehungen zu den USA, England und Frankreich ist nur möglich, wenn das Ruhrstatut und das westdeutsche Besatzungsstatut beseitigt werden, wenn die westlichen Großmächte endlich dem Wunsche des deutschen Volkes nachkommen und den Vorschlag der Sowjetunion auf Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland annehmen und wenn nach Abschluß des Friedensvertrages die Besatzungstruppen abgezogen werden.

5. Das deutsche Volk muß sich bewußt werden, daß seine nationale Zukunft und der wirtschaftliche Aufschwung des Landes nur in enger Freundschaft mit dem Lande gewährleistet sind, das dem

deutschen Volke half, in einem Teil Deutschlands die Grundlagen einer friedlichen und demokratischen Ordnung zu schaffen, mit dem Volk, dessen führender Staatsmann, J. W. Stalin, auf allen internationalen Konferenzen den Kampf gegen die amerikanisch-englischen Vorschläge auf Zerstückelung Deutschlands führte und jetzt das deutsche Volk im Kampf um die Einheit Deutschlands und um einen gerechten Friedensvertrag unterstützt. Deutschland kann nur in Frieden leben, wenn es sich von den egoistischen Interessen amerikanischer, englischer und französischer Finanzherren unabhängig macht. Ein friedliches, demokratisches, einiges und unabhängiges Deutschland, das mit den Ländern der Zukunft, mit den Ländern ohne Krise und Ausbeutung verbunden ist, könnte Ungeheures leisten, um durch die Produktion hochwertiger Erzeugnisse der optischen Industrie, des Maschinenbaus, der Elektroindustrie und durch den Export ganzer Industrieanlagen den volksdemokratischen Ländern und dem großen China zu helfen und damit das deutsche Volk selbst zum Wohlstand zu führen.

Wenn das deutsche Volk diese entscheidende Wendung durchführt, dann ist, wie J. W. Stalin sagt, der Frieden in Europa gesichert. Dieser glorreiche Weg führt zu einer glücklichen Zukunft des deutschen Volkes. Möge das deutsche Volk zeitig genug verstehen, daß es verhängnisvoll ist, sich mit den Ländern des niedergehenden, verfaulenden Kapitalismus, den Ländern der allgemeinen Krise zu verbinden, und daß es notwendig ist, sich mit den Ländern des geschichtlichen Fortschritts, den Ländern der Blüte von Wissenschaft und Technik, mit den Ländern, denen die Zukunft gehört, zu verbinden, und vor allem mit der großen, siegreichen, sozialistischen Sowjetunion, an deren Spitze der weise Führer der Völker, J. W. Stalin, steht.

Aus einem Artikel in „Neue Welt“
Nr. 24 vom Dezember 1949.



Der Zweijahrplan und seine Bedeutung

Die gesellschaftlichen Veränderungen in der sowjetischen Besatzungszone als Voraussetzung für den Neuaufbau

Die Vorlage des Wirtschaftsplans für 1949/50 ist von großer geschichtlicher Bedeutung. Zum ersten Male in der deutschen Geschichte wird der Bevölkerung ein Wirtschaftsplan unterbreitet, der dem Neuaufbau und der Herbeiführung eines besseren Lebens unseres Volkes dient. Mit der Ausarbeitung dieses Planes erfüllt die SED das auf dem II. Parteitag gegebene Versprechen, einen Aufbauplan vorzulegen, der zeigt, was zu tun ist, um zu einem besseren Leben zu kommen. So wie im Jahre 1945 die Initiative zur Normalisierung des Lebens bei der Vorhut der Arbeiterklasse lag, so hat auch jetzt die fortschrittlichste Kraft unseres Landes, die SED, die Initiative ergriffen und diesen Zweijahrplan ausgearbeitet. *Diesen Plan zur Sache aller Schaffenden, aller demokratischen Parteien und Massenorganisationen zu machen, ungeachtet ihrer eigenen Ziele oder besonderen Weltanschauung, muß unser Ziel sein.*

Bei der Ausarbeitung des Planes haben wir aus der Vergangenheit die Lehre gezogen, daß es notwendig ist, eine demokratische Grundlage zu schaffen, die es ermöglicht, das *Recht auf Arbeit* zu verwirklichen, die Entstehung von Krisen, die früher so ungeheures Elend über das arbeitende Volk gebracht haben, zu verhindern und die *friedliche Arbeit des Volkes* zu sichern. Der Plan für die Jahre 1949/50 ist ein Programm der friedlichen Arbeit und der freundschaftlichen Beziehungen mit allen demokratischen Völkern. An die Stelle der imperialistischen Politik der Eroberung fremder Länder und ihrer Ausraubung durch das deutsche Konzern- und Bankkapital soll die friedliche Arbeit unseres Volkes treten.

Der vorliegende Zweijahrplan beantwortet alle Grundfragen des Neuaufbaus. Es werden die Lehren aus der Vergangenheit ge-

zogen, und es wird gleichzeitig dargelegt, auf welcher neuen gesellschaftlichen Grundlage der Plan beruht, wer die Initiatoren und die tragende Kraft des großen Aufbauwerkes sind und mit welchen neuen Methoden es durchgeführt werden soll. *Der Übergang zur weitsichtigen Planung bedeutet den Übergang zu einer bewußten Lenkung des gesellschaftlichen Fortschritts.*

Der vorliegende Plan bezieht sich zunächst nur auf die sowjetische Besatzungszone, weil Deutschland durch die Beschlüsse von London und Frankfurt gespalten wurde und weil es längerer Zeit bedarf, die treibenden Kräfte dieser Spaltung, die reaktionären, halbfaschistischen Kräfte des Konzern- und Bankkapitals und ihre Helfershelfer in Frankfurt und an der Ruhr, aus ihren Machtpositionen zu vertreiben. *Unser Ziel bleibt jedoch ein gesamtdeutscher Plan des Neuaufbaus.* Richtlinie unseres Handelns ist nach wie vor der Beschluß des Deutschen Volkskongresses, der einzigen Repräsentation des deutschen Volkes:

„Die Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden will eine unabhängige Friedenswirtschaft eines einigen demokratischen Deutschlands erkämpfen.“

Der Inhalt dieser Wirtschaftspolitik ist in der Entschließung des zweiten Volkskongresses ausführlich dargelegt, und wir sehen unsere Aufgabe darin, im Rahmen dieser vom Volkskongreß beschlossenen gesamtdeutschen Wirtschaftspolitik in der sowjetischen Besatzungszone zu handeln. Die Durchführung unseres Zweijahrplans wird dem ganzen deutschen Volk beweisen, daß der demokratische Weg des Deutschen Volksrates zum Erfolg führt, daß die Wirtschaftsordnung, wie sie in der sowjetischen Besatzungszone verwirklicht ist, der kapitalistischen Wirtschafts-anarchie Westdeutschlands überlegen ist und damit *für ganz Deutschland ein lebendiges Beispiel gibt.*

Voraussetzung für die Planung sind solche gesellschaftlichen Veränderungen, durch die die Arbeiterklasse im Bunde mit den werktätigen Bauern, der fortschrittlichen Intelligenz und den demokratischen Kräften des werktätigen Mittelstandes die Staatsmacht in ihre Hände genommen und die Macht des Monopolkapitals und der Großgrundbesitzer gebrochen hat. Man kann nicht planen, ohne die Hauptpositionen der kapitalistischen Klassenherrschaft beseitigt zu haben.

Der Entwurf unseres Wirtschaftsprogramms enthält genaue Angaben über die tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Ver-

änderungen seit Mai 1945. Es wird festgestellt, daß die wirtschaftlichen Schlüsselstellungen in der sowjetischen Besatzungszone in die Hände des Volkes übergegangen sind. In den volkseigenen Betrieben werden etwa 40 Prozent der Produktion der wichtigsten Industrien der gesamten Zone erzeugt. Ebenso befinden sich das Verkehrswesen sowie das Bank- und Versicherungswesen in den Händen des Volkes. Mit Stolz kann das werktätige Volk sagen, daß in der sowjetischen Besatzungszone kein Betrieb mehr den Großaktionären der Konzerne von Siemens und AEG, den Kuponabschneidern des Flickkonzerns oder den Bankherren der Dresdner Bank gehört. Die Herren Großgrundbesitzer, die vom Schweiß der Landarbeiter lebten, können nicht mehr die Landarbeiter peinigen und der Bevölkerung ihres Gebietes ihren politischen Willen aufzwingen.

Es wäre unrichtig, diese gesellschaftliche Umwälzung als „Reformwerk“ zu bezeichnen. Der Kapitalismus wurde nicht reformiert, sondern die entscheidende kapitalistische Kraft, die Konzern- und Bankherren, wurden entmachtet. Der Staat wurde nicht reformiert, sondern durch die in den Länderverfassungen festgelegte staatliche Ordnung wurde eine neue höhere demokratische Ordnung geschaffen. Die Staatsgewalt dient nicht mehr der Sicherung der Ausbeutung des Volkes durch die Großkapitalisten und Großgrundbesitzer, sondern sie liegt in den Händen der Arbeiterklasse und der anderen fortschrittlichen demokratischen Kräfte.

Die Staatsmacht dient dem Volke, dem Neuaufbau der Wirtschaft und der Kultur, sie dient der Niederhaltung der alten faschistischen und reaktionären Kräfte und der Unschädlichmachung der Saboteure.

Diese gesellschaftliche Umwälzung erfolgte im Ergebnis der Katastrophe Deutschlands und seiner militärischen Niederlage. Da die deutsche Arbeiterklasse nicht die Kraft aufzubringen vermocht hatte, durch große Kampfaktionen entscheidend zum Sturze der faschistischen Herrschaft beizutragen, mußte *die Schaffung der Grundlage einer friedlichen Ordnung mit Hilfe der Sowjetarmee erfolgen*. Das deutsche Volk ist den Arbeitern und Bauern, den Technikern und Ingenieuren der sozialistischen Sowjetunion zu großem Dank verpflichtet, die als Offiziere und Soldaten durch die Vernichtung der Macht der Kriegsverbrecher und Militaristen, der Konzernherren und Großgrundbesitzer *die Bahn frei gemacht haben für eine fort-*

schrittliche Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Weil durch die brüderliche Hilfe der Sowjetarmee diese sozialen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen ohne opferreichen Kampf der deutschen Arbeiterklasse möglich waren, deshalb ist vielen die Bedeutung dieser Veränderungen noch nicht genügend bewußt geworden. Es kommt hinzu, daß diese gesellschaftliche Umwälzung unter den Bedingungen der tiefsten Krise Deutschlands, der größten Zerstörungen, der Desorganisation der Wirtschaft erfolgte, so daß viele Werktätige nur die ungeheuren Schwierigkeiten sehen, die als Folgen der faschistischen Herrschaft und des Hitlerkrieges auf dem deutschen Volke lasten. Sie haben noch nicht genügend freien Blick gewonnen, um das Neue, Fortschrittliche zu sehen, das sich zwischen den Trümmern entwickelt hat.

Es ist deshalb notwendig, in Verbindung mit dem Wirtschaftsplan vor allem in den Betrieben und Dörfern und in den Massenorganisationen zusammenhängend zu zeigen, welcher große demokratische Fortschritt bereits erreicht wurde, der die Voraussetzung für die Erringung eines besseren Lebens bildet.

Im Wirtschaftsplan wird hervorgehoben, daß infolge der Bedeutung der volkseigenen Betriebe und nach der demokratischen Umgestaltung des Staates *die Arbeiter* und mit ihnen auch die Angestellten sowie die Geistesarbeiter in Industrie und Verkehrswesen die Hauptkraft, *die führende Kraft in der demokratischen Entwicklung* sind. Indem die Arbeiter und Werktätigen im Staate zur führenden Kraft wurden und die wichtigsten Betriebe in die Hände des Volkes übergingen, wurden *die alten kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse in den volkseigenen Betrieben beseitigt.* Die Werktätigen in den volkseigenen Betrieben arbeiten für sich, für das eigene Volk, für den Neuaufbau. Mit den Werktätigen der Industriezentren und Städte geht die werktätige Bauernschaft Hand in Hand, die nunmehr zur Hauptkraft auf dem Lande geworden ist. *In der sowjetischen Besatzungszone tragen die werktätigen Menschen selbst die Verantwortung für die Wirtschaft.* Sie sind die lebenspendende Kraft, von deren Initiative, von deren Verantwortungsbewußtsein der Neuaufbau und die Verbesserung der materiellen Lage des Volkes abhängt.

Ergebnisse der Wiederherstellung der Friedenswirtschaft

Die Wiederherstellung der Friedenswirtschaft geht unter großen Schwierigkeiten vor sich. Zwölf Jahre lang wurde die Wirtschaft desorganisiert und ruiniert. Dazu kam nach der Beseitigung der Hitlerherrschaft die zonale Aufteilung Deutschlands. Die westlichen Alliierten lehnten auf der Potsdamer Konferenz die Bildung einer vorläufigen deutschen Regierung ab, so daß der Aufbau unter den Bedingungen der wirtschaftlichen und politischen Spaltung durchgeführt werden mußte. Rheinland-Westfalen, das im deutschen Außenhandel 1936 einen Aktivsaldo in Höhe von 973 Millionen RM erbrachte und damit die Passiven des übrigen Deutschlands im Außenhandel deckte, wurde gezwungen, die Steinkohle nach den westlichen Ländern zu liefern, wodurch der Aufbau der deutschen Wirtschaft schwer geschädigt wurde. Andererseits muß Westdeutschland Benzin und Kautschuk zu Dollarpreisen bezahlen, während die Produktion in der sowjetischen Besatzungszone vollständig ausgereicht hätte, ganz Deutschland mit diesen Erzeugnissen zu versorgen. Es kommt hinzu, daß die weitgehende industrielle Arbeitsteilung durch die Zonengrenzen aufgehoben wurde, so daß bei uns in völlig unrentabler Weise Maschinen und Ersatzteile in Betrieben hergestellt werden mußten, in denen bisher keine Voraussetzungen dazu vorhanden waren. So vollzieht sich in Deutschland der Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft unter besonders schweren und widerspruchsvollen Bedingungen.

Der Aufbau der Wirtschaft konnte in den ersten Jahren nach dem Mai 1945 nicht nach einem einheitlichen Plan erfolgen, da die Wirtschaft deformiert war und der Aufbau auf völlig neuer Grundlage erfolgen mußte. Man begann also mit Produktionsanweisungen für einzelne Betriebe und Industriezweige. Die faschistische Zwangswirtschaft mußte liquidiert und völlig neue Methoden der Bewirtschaftung mußten ausgearbeitet werden, die es bisher in Deutschland noch niemals gegeben hatte. Zu diesem Zweck fanden eingehende Beratungen mit den Bauern, mit Agrarwissenschaftlern, mit den Gewerkschaftlern usw. statt.

In diesen ersten Jahren der Nachkriegszeit hing buchstäblich alles von der Initiative der Arbeiter und Ingenieure, der Bauern, der Landräte und jener antifaschistischen und zur Mitarbeit bereiten Fachleute ab, die neue Wirtschaftsorgane schufen. Durch die Initiative

und Opfer der Arbeiterschaft und vieler Werktätigen hat sich die Arbeiterklasse das Recht auf die führende Rolle in Staat und Wirtschaft erworben. *Die aktiven Kräfte der Arbeiterklasse, der werktätigen Bauern und der technischen Intelligenz haben in der sowjetischen Besatzungszone neues Leben erweckt und es entwickelt.* Als Beweis dafür will ich nur an einige Tatsachen erinnern: Nur wenige Betriebe arbeiteten in der zweiten Hälfte des Jahres 1945, aber Ende 1947 arbeiteten bereits rund 40 000 Betriebe. Die größte Leistung haben die Bergarbeiter vollbracht, die schon 1947 98,5 Prozent der Förderung von 1936 erreichten. Trotz Fehlens von Förderbändern und Ersatzteilen erfüllten sie die ihnen gestellten Aufgaben. Die Eisenbahner vollbrachten Leistungen in bezug auf Beschleunigung des Wagenlaufes, die in keinem Gebiet Deutschlands erreicht wurden. 1947 beförderte die Eisenbahn 20 Prozent mehr Güter als 1946. 1761 Kilometer Strecke wurden wiederhergestellt. In der Binnenschifffahrt wurden 1947 47,5 Prozent mehr Güter befördert als 1946. Und ich möchte nicht unterlassen, hervorzuheben, daß die Ärzte und Angestellten im Gesundheitswesen in dieser schweren Zeit mutig den Kampf gegen die Epidemien und für die Entwicklung des Gesundheitsschutzes geführt haben.

Obwohl die Ernährungslage der Bevölkerung schwer war, so konnte doch durch die Landwirtschaftsplanung, für die bereits im Sommer 1945 die Vorbereitung begann, eine regelmäßige Versorgung der Bevölkerung gesichert werden. Im Jahre 1947 erreichte die Anbaufläche 93 Prozent des Standes von 1938.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß die Industrieproduktion in der sowjetischen Besatzungszone im Jahre 1947 111 Prozent im Vergleich zu 1946 und 59 Prozent im Verhältnis zu 1936 betrug.

Die Wirtschaftsverwaltung der Bizone mußte demgegenüber feststellen, daß sich die Wirtschaft in Westdeutschland nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 noch nicht erholt hat. Nach diesem Bericht betrug die industrielle Produktion der Bizone im Jahre 1947 nur 39 Prozent von der des Jahres 1936. Beachtenswert ist dabei, daß der Anteil der Verbrauchsgüter an der Gesamtproduktion wesentlich niedriger als in den Vorkriegsjahren ist.

Der große Fortschritt in der sowjetischen Besatzungszone bestand darin, daß nicht nur gearbeitet wurde, um die Kriegsschäden zu be-

seitigen und wieder normale Lebensbedingungen herzustellen, sondern daß im Kampf um die Beseitigung der Folgen des Hitlerkrieges auch der Aufbau der Friedenswirtschaft auf der Grundlage einer neuen demokratischen, staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung begonnen wurde. Das hat eine gewaltige Bedeutung für ganz Deutschland. In diesem Zusammenhang möchte ich an meine Rede auf dem II. Parteitag unserer Partei im September 1947 erinnern, wo ich sagte:

„In der gegenwärtigen Periode ist kein Opfer zu groß, um die Wiederholung des verhängnisvollen Weges der Zeit nach dem ersten Weltkrieg zu verhindern. Es geht zur Zeit zweifellos um die Verbesserung der unmittelbaren Lebenslage unseres Volkes, aber zugleich — und das mit allem Nachdruck — um die Sicherung einer Zukunft, die keine Arbeitslosigkeit und keine Wirtschaftskrisen kennt, einer Zukunft, in der die Wirtschaft im Dienst des Volkes steht und des Volkes Wille oberstes Gesetz ist.“

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 1948

Ich gehe nun zu den wirtschaftlichen Aufgaben des Wirtschaftsplanes 1948 über, deren Lösung die Voraussetzung für eine schnellere Wiederherstellung und Entwicklung der Wirtschaft in den Jahren 1949 und 1950 ist. Im Jahre 1948 soll eine Steigerung der Industrieerzeugung um mindestens 10 Prozent im Verhältnis zu 1947 erreicht werden. Das erfordert große Anstrengungen. Vor allem ist es notwendig, nachdem der Plan für das zweite Halbjahr 1948 von der Deutschen Wirtschaftskommission beschlossen worden ist, in den Betrieben und Gewerkschaften, in der Freien Deutschen Jugend, in den Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe, im Demokratischen Frauenbund Deutschlands und in den Konsumgenossenschaften eine *umfassende Aufklärung* über das Neue in der Wirtschaft und über die gestellten Aufgaben durchzuführen.

Im Jahre 1948 ist ein gewisser Umschwung in der Lage festzustellen. Die Tätigkeit der Sequester- und Entnazifizierungskommissionen wurde beendet, die Säuberung des Staatsapparates weitgehend vorgenommen und die endgültige Aufteilung des Großgrundbesitzes durchgeführt. *Die neue Periode des Aufbaus wurde durch die In-*

itiative der Belegschaften von einer Reihe Bergbau- und Metallbetrieben eingeleitet, die unter der Losung „Mehr produzieren, besser leben“ die Arbeitsproduktivität steigerten. Damit waren die Grundaufgaben klargestellt:

- Erhöhung der Produktivität der Arbeit;
- Verbesserung der Qualität der Arbeit;
- Sicherung einer geordneten Verteilung, damit das werktätige Volk besser leben kann.

In zahlreichen volkseigenen Betrieben und SAG-Betrieben haben die Aktivisten bewiesen, daß die alten Normen der früheren kapitalistischen Betriebe nicht mehr maßgebend sein können, sondern daß durch neue Erfindungen und durch bessere Organisation der Arbeit höhere Leistungen zu erreichen sind. Als Schieber und Schwarzhändler die Produktion zu lähmen und die Verteilung zu desorganisieren suchten, antworten die fortschrittlichsten demokratischen Kräfte mit der Organisierung der *Volkskontrolle*.

Im Kampf um die Produktionssteigerung und um die Erfüllung des Planes verändert sich auch die Rolle der Gewerkschaften. Den Gewerkschaftsmitgliedern wird mehr und mehr bewußt, daß die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und Angestellten von der Steigerung der Produktion sowie der Kontrolle der Produktion und Verteilung entscheidend abhängt. Die Gewerkschaftsfunktionäre haben daher begonnen, die Organisierung und Leitung der Aktivistenbewegung und der Produktionsberatungen in den Betrieben in ihre Hand zu nehmen. Aus den tiefgehenden Veränderungen in Staat und Wirtschaft ergibt sich die Mitverantwortung der Gewerkschaften für die demokratische Entwicklung und die Produktion. Die Gewerkschaftskollegen erkennen, daß in den volkseigenen Betrieben, wo es keine kapitalistische Ausbeutung mehr gibt, *das Verhältnis des Arbeiters zur Arbeit ein anderes geworden ist, da er jetzt für sich selbst und für sein Volk arbeitet.* Daraus ergibt sich, daß im Rahmen der Tarifverträge betriebliche Leistungslöhne auf der Grundlage sorgfältiger Arbeitsstudien festgelegt werden müssen und daß Tarifvertrag und Betriebsarbeitsordnung der Ergänzung durch den betrieblichen Lohnvertrag bedürfen.

Zur Erfüllung all dieser Aufgaben müssen *die Gewerkschaftsfunktionäre auf dem Gebiete der Wirtschaft zu Sachkennern* werden und *die Gewerkschaften zu Schulen der Demokratie und des Sozia-*

lismus, zu Schulen für Verwaltung und Wirtschaft machen. Die Gewerkschaften sind an der Staatsmacht beteiligt. Bei ihrer Tätigkeit und bei der täglichen Vertretung der Arbeiterinteressen, der Sicherung einer besseren Versorgung der Arbeiter und Angestellten und beim Ausbau der Sozialversicherung müssen die *Gewerkschaften immer das große Ziel, die Festigung der demokratischen Staatsmacht und die Entwicklung der neuen Wirtschaftsordnung, im Auge haben.*

Die gewaltigen Aufgaben des Neuaufbaues können nur gelöst werden, wenn eine einheitliche Leitung, eine zentrale Verwaltung und ein einheitlicher Wirtschaftsplan, der Gesetzeskraft besitzt, existieren. So wurde die *Deutsche Wirtschaftskommission* als Organ der Leitung und Kontrolle gebildet, mit dem Recht, Gesetze und Anweisungen zu erlassen. Damit geht die Verantwortung für die deutsche Wirtschaft einschließlich der Reparationsleistungen an die deutsche Verwaltung über. Das letztere ist besonders wichtig. Da die Reparationsleistungen zahlenmäßig festgelegt sind, dient die Übererfüllung des Planes ausschließlich dem Nutzen des deutschen Volkes beziehungsweise des Aufbaus. Die Reparationsleistungen betragen für 1948 10 Prozent der industriellen Bruttoproduktion, das sind 17 Prozent der Nettoproduktion. Die Lieferungen für die Besatzungsorgane betragen 5 Prozent der Bruttoproduktion, das sind 8 Prozent der Nettoproduktion. Während also in den Westzonen Deutschlands die Besatzungsbehörden willkürlich bestimmen, was exportiert wird, ohne daß der Frankfurter Wirtschaftsrat davon Kenntnis hat, ist für die sowjetische Besatzungszone eine klare Rechnung geschaffen worden.

In Verbindung mit der Festigung der demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone haben sich teilweise auch die Funktionen der sowjetischen Besatzungsorgane geändert. *Immer mehr erkennt die Bevölkerung, daß die sowjetischen Organe alles in ihren Kräften Stehende tun, um dem werktätigen Volk bei der Lösung der großen wirtschaftlichen und staatlichen Aufgaben zu helfen.* Wir sind überzeugt, daß nun die Zeit gekommen ist, daß mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Staaten normale Handelsverträge abgeschlossen werden können und eine wirtschaftliche Zusammenarbeit erfolgt. Die Entsendung einer Wirtschaftsdelegation der tschechoslowakischen Regierung in die sowjetische Besatzungszone betrachten wir als den Anfang zur Schaffung von Vertretungen der anderen Länder bei der Deutschen Wirtschaftskommission.

Die wichtigsten Aufgaben für 1948

Die wichtigsten *Hauptaufgaben zur Erfüllung des Planes für das Jahr 1948* sind: Erhöhung der Eisen- und Stahlerzeugung, der Kohlenförderung, der Energieerzeugung und Verbesserung des Transports.

Wir appellieren an die Arbeiter, Ingenieure und Angestellten der Stahl- und Eisenindustrie, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Rohstahlerzeugung auf 198 Prozent gegenüber 1947, die Walzstahlerzeugung auf 170 Prozent zu steigern.

Hervorragende Leistungen haben die Bergarbeiter in den letzten Jahren vollbracht. Aber wir müssen ihnen doch sagen, daß die Entwicklung der Industrie davon abhängt, daß 1948 im Vergleich zu 1947 die Steinkohlenförderung um 50 000 Tonnen und die Braunkohlenförderung um 4 Millionen Tonnen gesteigert wird.

Große Schwierigkeiten sind noch im Verkehr vorhanden. Die Erfüllung der allgemeinen Planaufgaben erfordert, daß die Umlaufzeit der Wagen auf 4,5 Tage verkürzt und eine durchschnittliche Tagesleistung der Loks im Güterverkehr von mindestens 200 km, im Personenverkehr von mindestens 250 km erreicht wird. In der Binnenschifffahrt sollen 7,5 Millionen Tonnen Güter, das sind 50 Prozent mehr als im Jahre 1947, befördert werden.

Besondere Bedeutung für den Neuaufbau hat die Entwicklung der Maschinenbauindustrie. Im Schwermaschinenbau soll die Produktion 122 Prozent gegenüber 1947 betragen, im Leichtmaschinenbau 118 Prozent, im Fahrzeugbau 120 Prozent. Neben Reparationsaufträgen hat der Maschinenbau besonders landwirtschaftliche Maschinen und Ersatzteile zu liefern und Maschinen für den Außenhandel, damit wir Rohstoffe und Lebensmittel hereinbekommen.

Zusätzliche Schwierigkeiten sind unserer Wirtschaft durch die separate Währungsreform und die Spaltung Deutschlands mit Hilfe der Londoner Beschlüsse entstanden. Wir waren gezwungen, Schutzmaßnahmen gegen die Auswirkungen der separaten Währung Westdeutschlands zu treffen. Obwohl in der sowjetischen Besatzungszone die Währungsreform von sozialen Gesichtspunkten ausging, die Kriegsgewinne erfaßt und eine Staffelung bei den unteren Einkommen durchgeführt wurde, war es doch notwendig, den vorhandenen Geldüberhang, der als Folge der Kriegswirtschaftspolitik bestand, zu beseitigen. Dabei ist sichtbar geworden, wie viele Werte in die Luft

geschossen worden waren, für die keine reale Deckung in der Wirtschaft mehr vorhanden ist. Zweifellos hat in der sowjetischen Besatzungszone die Währungsreform schmerzvolle Begleiterscheinungen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß das ausschließlich die Folgen der faschistischen Herrschaft sind. Für viele hat der Pfennig jetzt wieder einen Wert, und ihnen wird bewußt, daß die größte Sparsamkeit, die Sicherung der Rentabilität der Betriebe und die Sicherung stabiler Preise zu den Bedingungen einer weiteren Gesundung der Wirtschaft gehören. Gegen Schwarzmarktgeschäfte und Kompensationen mit Lebensmitteln, wie sie auch von einigen Großbetrieben noch immer durchgeführt werden, ist der rücksichtsloseste Kampf notwendig. Wir hoffen, daß die von der Deutschen Wirtschaftskommission im Einvernehmen mit der Zentralverwaltung für Inneres beschlossenen Kontrollkommissionen nunmehr umgehend mit ihrer Tätigkeit beginnen.

In Verbindung mit der separaten Währungsreform haben die Vertreter der USA den Frankfurter Wirtschaftsrat veranlaßt, die vertragsmäßig vorgesehenen Lieferungen von Stahl und Eisen in die sowjetische Besatzungszone einzustellen. Wenn die Finanzhyänen der USA glauben, daß sie mit Hilfe solcher Maßnahmen unannehmbare politische Forderungen durchsetzen können, befinden sie sich auf dem Holzweg. In Übereinstimmung mit den Erklärungen der Deutschen Wirtschaftskommission kann ich sagen, daß *die Wirtschaftsorgane der sowjetischen Besatzungszone alle vertraglichen Wirtschaftsverpflichtungen gegenüber den Westzonen erfüllen werden*. Das geschieht nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern weil jede Verminderung des Innenhandels die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands erschweren würde. Übrigens sagen wir den Vertretern von New York und London ganz klar, durch den Bruch der Handelsvereinbarungen können sie uns nicht einschüchtern. *Wir werden einen Ausweg finden und sehr wohl in der Lage sein, trotz der Sabotagemaßnahmen vom Westen her unsere Industrie mit Eisen und Stahl zu versorgen und den Wirtschaftsplan zu erfüllen*. Uns steht jedenfalls ein weiter Markt in Südost- und Osteuropa offen, während die westlichen Zonen durch die Konkurrenzinteressen des amerikanischen und englischen Kapitals in ihrem Außenhandel eingeengt sind.

Was die Versorgung der Bevölkerung mit Gebrauchsgegenständen betrifft, so wird im zweiten Halbjahr 1948 eine merkliche Besserung

eintreten. Im Jahre 1948 sollen mindestens 138 Millionen Meter verschiedener Stoffe erzeugt werden. *Die Sowjetische Militärverwaltung teilt uns mit, daß im Jahre 1948 von dieser Menge kein einziges Meter für das Reparationskonto entnommen wird.* Die Hauptschwierigkeit ist die Versorgung der Textil- und Schuhindustrie mit Rohstoffen. Im Jahre 1948 soll im Verhältnis zu 1947 die Produktion gesteigert werden:

bei Kunstfaser auf 128 Prozent
 bei Schuhwerk auf 106 Prozent
 bei Reifen und Schläuchen auf 300 Prozent

Für einzelne Waren ergeben sich folgende Zahlen:

	2. Halbjahr 1947	2. Halbjahr 1948
Untertrikotagen	1 468 000 Stück	5 900 000 Stück
Übertrikotagen	505 000 Stück	1 050 000 Stück
Strümpfe	5 599 000 Paar	21 000 000 Paar
Lederschuhe	366 800 Paar	1 170 000 Paar
Sonstige Schuhe	3 616 000 Paar	5 400 000 Paar

Notwendig ist eine Vereinfachung der Verteilung. Es darf nicht mehr vorkommen, daß die Waren 3¹/₂ Monate brauchen, bis sie in die Hände der Bevölkerung kommen. *Die Garantien für eine geordnete Verteilung* müssen dadurch geschaffen werden, daß Vertreter der Gewerkschaften in den Organen für Handel und Versorgung mitarbeiten und daß in den Betrieben und Orten öffentlich bekanntgegeben wird, welche Waren geliefert werden. Sache der *Volkskontrollausschüsse* in den Kreisen und Orten ist es, durch unvermittelte Kontrolle festzustellen, ob eine ordnungsgemäße Verteilung der Waren erfolgt.

Es gibt viele Menschen, die sich die Sache sehr einfach machen und fordern, man müsse mehr verteilen; wenn man aber fragt, woher denn das Mehr genommen werden soll, dann zeigt es sich, daß sie vergessen haben, daß der deutsche Faschismus nicht nur Deutschland ruiniert hat, sondern auch die anderen Länder Europas.

Zusammenfassend kann man sagen, daß durch die Erfüllung des Planes für das zweite Halbjahr 1948 wichtige Voraussetzungen für den Zweijahrplan geschaffen werden. Vor uns stehen solche großen Aufgaben wie:

Steigerung der Arbeitsproduktivität und Verbesserung der Qualität der Arbeit, Sicherung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe, Förderung neuer Rohstoffquellen, Einsatz der Wissenschaft für den Aufschwung der Wirtschaft, Verbesserung der Lage der Arbeiter und der Werktätigen und vor allem Verbesserung der Lage der Ingenieure, Techniker und Wissenschaftler.

Der Zweijahrplan 1949/50

Der Zweijahrplan für die Jahre 1949/50 basiert auf der seit 1945 geschaffenen neuen demokratischen Ordnung in Staat und Wirtschaft. Diese Ordnung gibt die Gewähr, daß die Arbeit dem Volke nützt. Der Zweijahrplan ist eine unumgängliche Notwendigkeit, weil die gewachsenen wirtschaftlichen Aufgaben nicht mehr im Rahmen kurzfristiger Pläne gelöst werden können, sondern ein wirtschaftliches Vorausdenken für längere Zeit erfordern. Zum Beispiel macht die Wiederherstellung wichtiger Betriebe der Hüttenindustrie, des Kohlenbergbaus und anderer Industrien bedeutende langfristige Kapitalinvestitionen notwendig. In dem vorliegenden Plan ist die Aufgabe gestellt, sämtliche Rohstoffquellen zu erfassen, um die volle Ausnutzung aller Produktionsmöglichkeiten zu erreichen, damit die Versorgung der Bevölkerung bedeutend verbessert werden kann.

Der vorliegende Plan enthält die Kontrollzahlen, das heißt die Haupttrichtlinien für den wirtschaftlichen Aufbau. Das bedeutet keineswegs, daß damit schon alle Möglichkeiten der Mobilisierung von Reserven in Rechnung gestellt sind. Es gibt manche Faktoren, die nicht genau berechnet werden können, darunter Schwierigkeiten, die sich aus der separaten Währungsreform und der vollzogenen Spaltung Deutschlands ergeben. Die große Bedeutung des Planes besteht aber gerade darin, als organisierender und mobilisierender Faktor die höchstmögliche Ausnutzung aller Reserven und die Entfaltung der Masseninitiative zu erreichen. In diesem Sinne zeigt der Plan den Weg und die Aussichten der Entwicklung der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone.

Im übrigen ist es selbstverständlich, daß die Deutsche Wirtschaftskommission auf der Grundlage der Kontrollzahlen noch weitere Einzelheiten ausarbeiten und durch ihre Beschlußfassung dem Plan für die ganze Zone *Gesetzeskraft* verleihen wird.

Nach dem vorliegenden Plan erlauben es die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten und die Rohstoffaussichten, folgende Steigerungen zu erreichen:

Die Produktion im Jahre 1950 soll 81 Prozent im Vergleich zu 1936 betragen, oder 35 Prozent mehr als 1947.

Die Arbeitsproduktivität soll 1950 um 30 Prozent höher sein als 1947.

Die Gesamtlohnsumme soll 15 Prozent höher sein als 1948.

Die Produktionsselfkosten der volkseigenen Betriebe sollen mindestens um 7 Prozent gesenkt werden.

Die Erfüllung dieser Aufgaben erfordert die größte Anstrengung, wobei der Aufstieg der Wirtschaft vor allem von der Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie, des Kohlenbergbaus, der Energiewirtschaft sowie von der Entwicklung des Außenhandels abhängig ist, der uns Rohstoffe, Veredelungsaufträge und teilweise Lebensmittel bringen wird. Wir sollten uns bewußt sein, daß die vorübergehende Nichterfüllung des Planes in irgendeiner Industrie den ganzen Plan in Gefahr bringt. Die Organe der Deutschen Wirtschaftskommission, die Länderregierungen und vor allem die Gewerkschaften nehmen daher mit ihrer Beschlußfassung über den Plan eine große Verantwortung auf sich.

Vor allem kann und muß das Rohstoffproblem gelöst werden. Wir appellieren deshalb besonders an die Arbeiter und Ingenieure der Werke Hennigsdorf, Riesa und Unterwellenborn, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Plan nicht nur zu erfüllen, sondern sogar überzuerfüllen. Wir müssen im Jahre 1950 in der *Stahlindustrie* eine Erhöhung auf 875 000 Tonnen Rohstahl erreichen.

Äußerst angespannt ist auch die Lage in bezug auf die Erzeugung von *Elektroenergie*. Wir müssen 1950 auf mindestens 16 Milliarden Kilowattstunden kommen, das heißt 29 Prozent mehr Elektroenergie erzeugen als 1947. Manche unserer Fachleute sind sogar der Meinung, daß diese Erhöhung nicht genügt, um auf Grund des Planes die Bedürfnisse der Industrie zu befriedigen.

In der *Steinkohlenindustrie* soll eine Erhöhung der Steinkohlenförderung durch Ausnutzung neuer Kohlenvorkommen um 12 Prozent im Verhältnis zu 1947 erreicht werden. Der *Braunkohlenbergbau* soll 1950 seine Förderung auf 123 Millionen Tonnen steigern, das sind 116 Prozent im Verhältnis zu 1947. Die *Briketterzeugung*

soll 1950 121 Prozent im Vergleich zu 1947 betragen. Dadurch kann die Belieferung der Industrie erhöht und die Versorgung der Bevölkerung mit Heizmaterial verbessert werden.

Von vordringlicher Bedeutung ist die Verbesserung der Arbeit im *Verkehrswesen*. Für 1950 soll die durchschnittliche Verladung auf 20 000 Waggons täglich gesteigert werden. Die Binnenschifffahrt soll ihren Güterumschlag um 25 bis 30 Prozent erhöhen.

Die *chemische Industrie* soll 1950 die Gesamtproduktion um 46 Prozent im Verhältnis zu 1947 steigern. Das ist für verschiedene Zweige der Industrie von großer Bedeutung. Es soll die Produktion von synthetischen Fettsäuren aufgenommen werden, die für die Herstellung von Waschmitteln und verschiedenen wertvollen Werkstoffen notwendig sind.

Von großer Bedeutung für die Wiederherstellung der Industrie und für den Export ist die Produktionssteigerung im *Maschinenbau* und in der metallverarbeitenden Industrie. Gegenwärtig sind etwa 40 Prozent der Kapazität des Maschinenbaus nicht ausgenutzt. Bis Ende 1950 soll gegenüber 1947 eine Produktionssteigerung um mehr als die Hälfte erreicht werden. Dabei soll die Produktion im Werkzeugmaschinen- und Fahrzeugbau einschließlich Schiffsbau fast verdoppelt werden.

In der *Leichtindustrie* sind außerordentliche Rohstoffschwierigkeiten vorhanden. Es ist daher notwendig, alles zu tun, um die Kunstfaserproduktion durch Sammlung und Verarbeitung von Altmaterialien wie Woll- und Baumwolllumpen zu ergänzen und durch erhöhte Einfuhr von Baumwolle die Ausnutzung der Produktionskapazitäten in der Textil- und Trikotagenindustrie zu ermöglichen. Nach dem Plan soll bis 1950 folgende Produktionssteigerung gegenüber 1947 in der Textilindustrie erreicht werden: bei Gespinsten um 60 Prozent, bei Geweben um 70 Prozent. Dazu ist eine Steigerung der Kunstfaserproduktion von 139 Prozent und der Kunstseideproduktion von 41 Prozent notwendig.

Diese Produktionssteigerung ermöglicht eine bedeutend bessere Versorgung der Bevölkerung. Der Bedarf der Bevölkerung an Textilien kann jedoch auch 1950 noch nicht restlos befriedigt werden.

In der Schuhindustrie sind wir nach wie vor auf die inneren Rohstoffquellen angewiesen. Wir können auch nicht mit der Einfuhr von Rohhäuten und Fellen außer zur Durchführung von Veredelungsaufträgen rechnen. In der sowjetischen Besatzungszone wird 1950 jede

Person mit einem Paar Schuhe versorgt werden können, wobei die übergroße Zahl aus Ersatzstoffen hergestellt wird. Von großer Bedeutung ist die Produktion von 20 Millionen Paar Sohlen und Absätzen aus Buna und von 1,1 Millionen Paar Ledersohlen und -absätzen.

Erhöhung der Arbeitsproduktivität

Um die genannten Aufgaben zu erfüllen, ist es notwendig, die Arbeitsproduktivität um 30 Prozent gegenüber 1947 zu erhöhen. Gegenwärtig beträgt die Arbeitsproduktivität in der sowjetischen Besatzungszone etwa 50 Prozent der Vorkriegszeit. Diese Tatsache zeigt, daß die *Erhöhung der Arbeitsproduktivität eine entscheidende Aufgabe in der Erfüllung des gesamten Planes ist.*

Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist nur möglich, wenn ein entschlossener *Kampf gegen die Gleichmacherei* geführt wird. Wie kann etwas herauskommen, wenn alle, ob Ungelernte oder Qualifizierte, Arbeiter oder Ingenieure, in der Bezahlung und Versorgung gleichgestellt werden? Der Hinweis auf die Not und den Mangel zeigt keinen Ausweg. Wenn wir den Mangel überwinden wollen, dann ist es notwendig, Arbeiter, Ingenieure und Angestellte persönlich an der Arbeit zu interessieren und ihre Initiative zu entfalten, indem wir ihnen Belohnungen durch höhere Bezahlung und bessere Versorgung gewähren. Dadurch werden die ungelerten und angelernten Arbeiter und Arbeiterinnen und vor allem die Jugendlichen angeregt, ihren Beruf gründlich zu erlernen beziehungsweise ihre fachlichen Kenntnisse zu verbessern, weil sie nur so höheren Lohn und bessere Versorgung erreichen werden.

Der bedeutendste Schritt zur Steigerung der Arbeitsproduktivität ist die *Organisierung und Entfaltung der Aktivistenbewegung*. Diese Bewegung der Besten, der Organisatoren und Erfinder muß zu einem allgemeinen Produktionsaufschwung führen. Das heißt, die Erfahrungen der Aktivisten müssen in allen Betrieben und Gewerkschaften sowie in Konferenzen der Aktivisten einzelner Industriezweige allen Funktionären und allen Arbeitern, Angestellten und Ingenieuren vermittelt werden. Ihnen ist durch Kurse besonders zu helfen, ihre fachlichen und politischen Kenntnisse zu erweitern. Die Aktivisten sind bei der Vergebung von Plätzen für Erholungsheime, bei kulturellen Veranstaltungen usw. zu bevorzugen.

Die besten Arbeiter, Ingenieure, Techniker und Angestellten sowie die leitenden Funktionäre der Werke und Verwaltungen sind für die Erfüllung und Übererfüllung von Produktionsplänen, für die Verbesserung der Arbeitsorganisation und für Erfindungen zu belohnen.

Es sind in allen Betriebsabteilungen und Betrieben von der Betriebsgewerkschaftsleitung Produktionsberatungen durchzuführen, um die Erfahrungen auszutauschen und durch gemeinsame Aufdeckung der Fehlerquellen die Produktion zu steigern.

Besonders ist die *Aktivistenbewegung der Freien Deutschen Jugend zu unterstützen*. Heute steht die Jugend in der Organisation des Wettbewerbes an der Spitze. Den Jugendlichen sollte man eigene größere Arbeitsaufgaben stellen, damit ihr Schaffen weithin sichtbar wird.

In größerem Umfange ist zur Einführung von Leistungslöhnen überzugehen und durch Arbeitsstudien in den Betrieben die Grundlage für die Berechnung der Leistungslöhne auszuarbeiten.

Der Kampf um die Produktionssteigerung erfordert zugleich eine *größere Sorge um die Menschen*. Deshalb ist der weitere Ausbau des Gesundheitsschutzes, die Errichtung von Sanitätsstellen und Polikliniken, die bessere Ausnutzung von Erholungsheimen und Sanatorien, die großzügige Organisation des Urlaubs und größere Hilfe bei der Verbesserung der Wohnverhältnisse der Betriebsarbeiter eine dringende Notwendigkeit. Heute gibt es in manchen Städten noch Großwohnungen von Schiebern und ähnlichen Leuten, die mit wenigen Personen besetzt sind, während die Arbeiter in kleine Löcher zusammengedrängt hausen. Es gehört zu den demokratischen Aufgaben der Staatsorgane und der Gewerkschaften, in dieser Hinsicht eine Änderung zu erreichen.

In dem vorliegenden Plan ist der Entwicklung der volkseigenen Betriebe besondere Aufmerksamkeit gewidmet. *Von der Entwicklung der volkseigenen Betriebe ist die Erfüllung des Planes entscheidend abhängig*, sind doch die Betriebe der Grundstoffindustrien fast sämtlich volkseigene und zum Teil SAG-Betriebe. Für die leitenden Funktionen in diesen Betrieben sollen mehr als bisher befähigte Arbeiter, Ingenieure und Techniker geschult werden. Es ist notwendig, durch eine systematische Aufklärungsarbeit im Betrieb und durch Schaffung guter Beispiele die Arbeitsdisziplin zu festigen und die Rentabilität der Betriebe zu sichern, damit die volkseigenen Betriebe den Beweis erbringen, daß sie den privatkapitalistischen Betrieben

Westdeutschlands in jeder Hinsicht überlegen sind. Vor allem aber muß die Qualität der Produktion so erhöht werden, daß die Warenzeichen der volkseigenen Betriebe als Warenzeichen von Musterbetrieben angesehen werden. Es muß erreicht werden, daß die Erzeugnisse der einzelnen Betriebe das betreffende Betriebszeichen tragen, damit bei Beschwerden schnell klargestellt werden kann, welche Betriebe in unzulässiger Weise Schund liefern.

Bei der Durchführung des Planes haben die *Ingenieure, Techniker, Werkmeister und Wissenschaftler* die allergrößten und interessantesten Möglichkeiten, ihre Kenntnisse in den Dienst des Volkes zu stellen. Die Forschungsarbeit zur Auffindung neuer Kohlenvorkommen, die Schaffung billiger Materialaustauschstoffe, die Forschungs- und Konstruktionsarbeit zur Modernisierung der Industrieausrüstung, die Forschungsarbeit für die Erschließung billiger Baumaterialien aus örtlichen Rohstoffen usw. sowie die Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Fettsäuren zur Beschaffung von Seife und Waschmitteln für die Bevölkerung sind von größter Bedeutung. Es wurden überall dort gute Resultate erzielt, wo *Arbeiter, Angestellte und Ingenieure Hand in Hand* arbeiteten, ihre Erfahrungen austauschten und durch die verschiedenartigsten Erfindungen dem Neuaufbau dienten.

Die Entwicklung der Landwirtschaft und die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung

In der Landwirtschaft ist die wichtigste Aufgabe die Steigerung der Hektarerträge bei gleichzeitiger Vergrößerung der Anbaufläche und des Nutztviehbestandes. Die Anbauflächen sollen 1950 um 4,7 Prozent größer sein als 1947. Die Kontrolle über die Erweiterung der Anbaufläche in den einzelnen Kreisen durch Vertreter des Kreisrates wird zeigen, daß viele Möglichkeiten noch nicht ausgenutzt sind.

Die Ernteerträge an Getreide und Hülsenfrüchten sollen 1950 um 23 Prozent höher sein als 1947. Die Erträge an Kartoffeln sollen um 38 Prozent gesteigert werden und die Erträge an Öl um 73 Prozent.

In diesem Zusammenhang mache ich darauf aufmerksam, daß wir auf die Erweiterung des Hackfruchtanbaus Kurs nehmen müssen und daß wir besondere Anstrengungen machen müssen, um durch Beratung der Bauern die Erzeugung je Hektar zu steigern. Über-

all, wo es möglich ist, zu gartenmäßigen Methoden des Anbaues überzugehen, wie es in Holland und in einigen anderen Ländern der Fall ist, muß das geschehen. Die Zeiten, wo Frühgemüse aus Holland und anderen Ländern kam, sind ein für allemal vorbei. Die Landwirtschaftsverwaltung und die VdgB müssen deshalb selbst Vorschläge ausarbeiten, in welcher Weise in jedem einzelnen Kreis die Intensivierung der Landwirtschaft möglich ist und die Viehwirtschaft schneller entwickelt werden kann.

Von großer Bedeutung ist die Erhöhung des Viehbestandes. Es wird manchen geben, der lieber den Viehbestand vermindern möchte, um sofort die Fleischnormen zu erhöhen. Das würde aber nur bedeuten, daß Vieh, insbesondere Rindvieh geschlachtet würde, das noch nicht schlachtreif ist. Für die Versorgung der Bevölkerung ist es besser, den Viehbestand zu erhöhen, damit wir bis Ende 1950 eine solide Grundlage für eine geordnete Versorgung besitzen.

Auf Grund des vorliegenden Planes wird es möglich sein, *bis 1950 die kartenmäßige Versorgung der Bevölkerung aus der Erzeugung der deutschen Landwirtschaft auf 2000 Kalorien täglich zu erhöhen. Das sind 30 Prozent mehr als die gegenwärtige Norm.* Die weitere Verbesserung der Lebensmittelversorgung hängt davon ab, ob es uns gelingt, durch Erhöhung der Qualitätsproduktion für den Export zusätzliche Lebensmittel einzuführen.

Im Plan wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß alles getan werden muß, um den Neubauern und Kleinbauern sowie den Mittelbauern zu helfen. Das ist von großer Bedeutung, damit das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft gefestigt wird. Die Arbeiterschaft hat dafür gesorgt, daß 514 730 Bodenempfänger 3 147 000 Hektar Land der Großgrundbesitzer, Junker oder aktiven Nazis erhielten. Die Arbeiterklasse hat alles getan, damit die faschistische Zwangswirtschaft aufgehoben und ein neues Ablieferungssystem eingeführt wird, das dem Bauern die Verfügung über die freien Spitzen ermöglicht. Der Bauer wird verstehen, daß die Arbeiter, Ingenieure und Angestellten, die unter ungeheuren Anstrengungen die Produktion steigern, mit den jetzigen Rationen nicht auskommen können. *Der Bauer kann nur dann mehr Geräte und Bedarfsartikel bekommen, wenn der Arbeiter mehr produziert. Beide sind aufeinander angewiesen.* Durch die Mißernte in verschiedenen Gebieten sind Spannungen zwischen den Arbeitern und Bauern entstanden, die sich bis in die Landesleitungen unserer Partei aus-

wirken. Kürzlich berichtete man mir, daß sich in einem Kreis ein leitender Funktionär der SED gegen die Bestrafung eines Großbauern mit 60 Hektar Grundbesitz wandte. Dieser Großbauer war aktiver Nazi und sollte auf Grund des Befehls 201 vor Gericht gestellt werden. Der leitende Parteifunktionär begründete seinen Einspruch damit, daß der betreffende Grundbesitzer eine leitende Funktion in der VdgB habe und dort unentbehrlich sei. Ich führe dieses Beispiel an, um zu zeigen, daß es Genossen gibt, die in dieser Frage eine grundsätzlich falsche Orientierung haben. Die Großbauern und größeren Grundbesitzer haben in den VdgB nichts zu suchen, und die Staatsorgane, die diesen Großbauern, der aktiver Nazi war, vor Gericht stellten, hatten recht, und die Parteifunktionäre, die dagegen waren, hatten unrecht.

Nach der Durchführung der Bodenreform ist es unsere Aufgabe, alles zu unternehmen, um die Bodenreform zu festigen und das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft zu stärken. Das bedeutet, daß vor allem folgende Aufgaben zu erfüllen sind:

1. Die Maschinenausleihstationen müssen mit mehr Maschinen und Geräten versehen werden, und die Schlosser und anderen Mitarbeiter der MAS müssen politisch und in ihrer Arbeit zu Aktivisten der Landwirtschaft werden. Es wäre leichtfertig, zu übersehen, daß die Neubauern nur den vierten Teil der Geräte pro Hektar besitzen, die die Großbauern haben. Die VdgB und die staatlichen Organe müssen daher vor allem die MAS unterstützen und dafür sorgen, daß ein Teil der Geräte der Großbauern planmäßig für die Bestellung des Bodens der Klein- und Mittelbauern zu tragbaren Mietpreisen ausgenutzt wird.

2. Die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe müssen mit Hilfe der MAS gefördert werden, um auf dem Dorfe den werktätigen Bauern auch wirtschaftlich die notwendige Überlegenheit gegenüber den Großbauern zu schaffen.

3. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist zu entwickeln und zu festigen. Durch bessere fachliche und demokratische Schulung der Funktionäre und durch Einsatz von Neubauernsöhnen und Landarbeitern in leitende Funktionen ist die Genossenschaftsarbeit zu verbessern.

4. Dort, wo sich Großbauern in die VdgB eingeschlichen haben, müssen die SED-Mitglieder und Gewerkschaftsfunktionäre dafür sor-

gen, daß durch demokratische Wahl die leitenden Funktionen in den VdgB und in den landwirtschaftlichen Genossenschaften Landarbeitern, Neu-, Klein- oder Mittelbauern übertragen werden.

Im Zusammenhang mit der Durchführung des Planes steht die Frage der Aufbringung der landwirtschaftlichen Produktion für die allgemeine Versorgung der Bevölkerung und für die zusätzliche Versorgung der Betriebsbelegschaften und der Spezialisten mit Mittagessen. Wir sind der Meinung, daß der gegenwärtige Ablieferungsplan nicht verändert werden sollte und lediglich eine sorgfältigere Differenzierung des Ablieferungssolls nötig ist. Wir haben den Bauern versprochen, daß wir uns dafür einsetzen, daß die Ablieferungsnormen nicht geändert werden. Lediglich durch die Mißernte im vorigen Jahr konnten die ursprünglichen Ablieferungspläne nicht eingehalten werden.

Wir sind der Meinung, daß es bei hundertprozentiger Erfüllung des Ablieferungssolls und bei Erweiterung der Anbaufläche möglich ist, die Lebensmittelrationen zu verbessern und durch den genossenschaftlichen Aufkauf eines Teils der freien Spitzen die zusätzliche Versorgung der Betriebsbelegschaften zu sichern. Wir haben gehört, daß in einem Landesvorstand der Partei von einigen leitenden Funktionären die Forderung nach Erfassung der gesamten Ernte gestellt wurde. Das würde einen Rückfall in die Kinderkrankheiten der deutschen Arbeiterbewegung bedeuten und das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft gefährden. Das hieße die demokratische Entwicklung aufs Spiel setzen.

Entwicklung des Außenhandels

Nun einiges zur Entwicklung des Außenhandels. Aus dem Bericht über die Besprechungen der Vorsitzenden unserer Partei, Genossen Pieck und Grotewohl, mit den Regierungen in Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Tschechoslowakei, wie auch aus den stattgefundenen Verhandlungen mit Jugoslawien und Polen ist zu ersehen, daß bedeutende Möglichkeiten der Erweiterung des Außenhandels bestehen. Die sowjetische Besatzungszone hat bereits mit 19 ausländischen Staaten Waren- und Zahlungsabkommen.

Die Exporte der sowjetischen Besatzungszone setzten sich 1947 wie folgt zusammen:

Rohstoffe	17,6 Prozent
Halbfabrikate	2,1 Prozent
Fertigerzeugnisse	
a) der Grundstoffindustrie	57,9 Prozent
b) der Schwer- und Leichtindustrie ..	22,4 Prozent

Die Importe betragen:

Rohstoffe	89,2 Prozent
Halbfabrikate	1,7 Prozent
Fertigerzeugnisse	
a) der Grundstoffindustrie	2,1 Prozent
b) der Schwer- und Leichtindustrie ..	7,0 Prozent

Die Struktur des Außenhandels der Ostzone ist also durchaus die eines Industrielandes, im Gegensatz zur Bizone, die gezwungen wird, Rohstoffe aus- und Fertigwaren einzuführen.

Die Handelspolitik der sowjetischen Besatzungszone wird in diesem Jahr ihr Augenmerk besonders auf den Aufbau der Wirtschaftsbeziehungen zu den Volksdemokratien Ost- und Südosteuropas lenken, ohne dabei den Handel mit West- und Nordeuropa zu vernachlässigen.

Bereits im letzten Jahre hat sich neben den Reparationslieferungen auch ein echter Außenhandel mit der Sowjetunion entwickelt. Als Gegenlieferung für ihre Exporte erhielt die sowjetische Besatzungszone von der Sowjetunion Rohstoffe, die für die Aufrechterhaltung ihrer Industrie lebenswichtig sind, unter anderem 23 000 Tonnen Baumwolle, außerdem Metalle und Phosphate, ferner 40 000 Tonnen Getreide zur Sicherstellung unserer Ernährung. Es kann kein Zweifel bestehen, daß sich der Außenhandel mit der Sowjetunion in den kommenden Jahren weiter entwickeln wird.

Die Aussichten des Zweijahrplans

Meine Darlegungen zeigten, daß im Ergebnis des Zweijahrplans eine bedeutende Entwicklung der Friedenswirtschaft erreicht werden wird und daß 81 Prozent der Produktion im Verhältnis zu 1936 er-

reicht werden sollen. Diese Zahl ist keine absolut feststehende Zahl. Alles ist abhängig von der Initiative der Arbeiterklasse, der werktätigen Bauernschaft, der fortschrittlichen Intelligenz und der demokratischen Kreise des Mittelstandes. *Das Ziel ist ohne Kampf nicht zu erreichen.* Dieser Kampf um die höchstmögliche Entwicklung der Wirtschaft in der Zone ist die einzige Möglichkeit, zu einer Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen des Volkes zu kommen.

Der vorliegende Plan gibt Antwort auf alle Grundfragen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Festigung der demokratischen Ordnung. Das richtige Verständnis für die Aufgaben, die in einzelnen Industriezweigen beziehungsweise in der Landwirtschaft stehen, macht es notwendig, sich mit der demokratischen Grundlage des Planes vertraut zu machen und die im Gesamtplan entwickelten Zusammenhänge zu studieren. Deshalb muß die Veröffentlichung des Planes der Anlaß zur gründlichen *Durcharbeitung des gesamten Planes und seiner einzelnen Teile in allen wirtschaftlichen und staatlichen Verwaltungen, in den Leitungen der Massenorganisationen, in den Funktionärkreisen, in Mitgliederversammlungen, aber auch an den Universitäten, Hochschulen und Schulen sein.* Für den Agrarwissenschaftler wie für den Ingenieur, für den Dozenten der Volkswirtschaft wie den des Staatsrechts enthält der Plan die Hauptorientierung und gibt viele Anregungen zu tieferem Studium. Der Plan wird also nicht nur die Deutsche Wirtschaftskommission beschäftigen, sondern ebenso die Arbeitsministerien wie die Volksbildungsministerien, die Gewerkschaften wie die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe, die Freie Deutsche Jugend wie den Demokratischen Frauenbund, denn es geht um die Lebensfragen unseres Volkes. *Der Zweijahrplan ist das Kampfprogramm zur Überwindung der Kriegsfolgen und zur Entwicklung der Friedenswirtschaft zum Nutzen des Volkes.*

Auszug aus der Rede vor dem Parteivorstand der SED
am 29. Juni 1948.



Richtlinien der Wirtschaftspolitik im Zweijahrplan

Die Grundlagen demokratischer Wirtschaftspolitik

Im Beschluß des Zweiten Volkskongresses wird von der Schaffung einer unabhängigen Friedenswirtschaft auf demokratischer Grundlage gesprochen. Wir haben uns bereits seit 1945 bemüht, gemeinsam mit den anderen Parteien und Massenorganisationen des antifaschistisch-demokratischen Blocks die Grundlage für eine solche friedliche, demokratische Entwicklung zu schaffen. Genosse *Wilhelm Pieck* charakterisiert diese Ordnung als eine *antifaschistisch-demokratische Ordnung*. Antifaschistisch-demokratische Ordnung, das heißt: die faschistischen Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten wurden entmachtet; es wurden bedeutende strukturelle Veränderungen in Staat und Wirtschaft durchgeführt. Es erfolgte eine demokratische Umwälzung in der Ostzone Deutschlands. Durch die Enteignung der Kriegsverbrecher gingen die Schlüsselstellungen in der Wirtschaft in die Hände des Volkes über.

Der volkseigene Sektor der Industrie umfaßt 8 Prozent der Betriebe mit 45 Prozent der Produktion.

Die volkseigenen Güter erzeugen ungefähr 10 Prozent des Produktionswertes der Landwirtschaft. Daneben bestehen kapitalistische Betriebe in der Industrie und in der Landwirtschaft (das sind großbäuerliche Wirtschaften, die ständig eine Anzahl von Arbeitskräften ausbeuten).

Der Großhandel liegt fast ausschließlich in kapitalistischen Händen.

Und schließlich gibt es bei uns Betriebe der einfachen Warenproduktion (Betriebe von Handwerkern, kleinen Gewerbetreibenden sowie Klein- und Mittelbauern).

Wir haben es also nicht mit einer einheitlichen Wirtschaftsordnung zu tun.

Unter den Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es dem Volke möglich, durch die staatliche *Wirtschaftsplanung*, durch den volkseigenen Sektor der Wirtschaft, zu dem alle Grundstoffindustrien gehören, durch das System der Volksbanken und durch die volkseigenen Großhandelsorganisationen seine Lebenslage Schritt für Schritt zu verbessern.

Worin besteht der Fortschritt, den wir erreicht haben? In den volkseigenen Betrieben arbeiten die Werktätigen für das Volk. Das Mehrprodukt, das sie erzeugen, wird zum Nutzen des ganzen Volkes verwendet. In den volkseigenen Betrieben ist ein neues Verhältnis der Menschen zur Arbeit im Entstehen begriffen.

Auch im Dorf ist eine bedeutende Änderung erfolgt. Das zeigt am besten folgende Aufstellung:

Gruppen der Betriebe nach der Nutzfläche in ha	Zahl der Betriebe		deren Bodenbesitz	
	1939 in Prozent	1946 in Prozent	1939 in Prozent	1946 in Prozent
von 0,5 bis 5,0	56,0	44,5	10,3	11,7
von 5,0 bis 20,0	33,0	47,5	30,0	49,0
von 20,0 bis 50,0	8,5	6,8	20,8	22,2
von 50,0 bis 100,0	1,4	1,0	9,2	8,1
über 100	1,1	0,2°	29,7	9,0°

° Volkseigentum

Es ist also eine bedeutungsvolle soziale Veränderung im Dorfe erfolgt. Die demokratischen Staatsorgane haben die Pflicht, den Neubauern und Kleinbauern sowie den Mittelbauern zu helfen, da sie an der landwirtschaftlichen Produktion entscheidenden Anteil haben.

Unter diesen Bedingungen besteht die Besonderheit und Kompliziertheit unserer Planung darin, daß der Plan die Kontrollzahlen für die grundlegenden Arbeiten enthält, aber Produktionsauflagen nur an volkseigene Betriebe gegeben werden. Im privatkapitalistischen Teil der Wirtschaft ist der Unternehmerinitiative Spielraum gewährt. Die privatkapitalistischen Betriebe unterstehen nicht direkt der Planung, sondern haben nur indirekt Beziehungen dazu, indem sie Verträge mit volkseigenen Betrieben oder SAG-Betrieben oder mit Handelsorganisationen abschließen.

Die nächsten Aufgaben sehen wir darin, die demokratische Ordnung zu festigen und mit Hilfe der Wirtschaftsplanung die Wirtschaft im Interesse der Verbesserung der materiellen Lage des Volkes und des Aufbaus zu entwickeln.

Wir beabsichtigen nicht, nach der Enteignung der Konzernherren und Kriegsverbrecher nun die Enteignung auf heißem oder kaltem Wege weiterzuführen.

Worauf kommt es jetzt an?

Die Betriebe des volkseigenen Sektors sollen im Wettbewerb ihre Überlegenheit beweisen. Sie sollen die Qualität ihrer Produktion verbessern und ihre Rentabilität sichern. In der Landwirtschaft müssen sich die Agronomen, Arbeiter und Angestellten der volkseigenen Güter und Maschinenausleihstationen sowie die Funktionäre der VdgB die Erfahrungen der modernen Agrarwissenschaft aneignen und lernen, besser die landwirtschaftlichen Betriebe zu entwickeln. Im Handel müssen die Angestellten der volkseigenen Handelsorgane und die Genossenschaften lernen, den Warenverkehr so zu leiten, wie es dem Interesse der Bevölkerung entspricht. Auch in den verschiedenen Zweigen der Verwaltung müssen sich die Antifaschisten zu qualifizierten Fachleuten entwickeln. Besonders gilt es, dafür zu sorgen, daß die Jugend geschult und mehr als bisher zum Neuaufbau herangezogen wird.

Die grundlegende Aufgabe in der gegenwärtigen Zeit besteht also darin, die Fähigkeit zu erwerben, die staatliche Verwaltung und die Wirtschaft auf neue Weise zu leiten, im Interesse des Volkes zu leiten, die Menschen zu überzeugen, sie im Kampf um das Neue zu stählen, der Jugend den Weg zum Aufstieg zu ebnen.

Es genügt nicht mehr, von der führenden Rolle der Arbeiterklasse zu reden. Es ist vielmehr notwendig, daß sich die Arbeiterklasse täglich ihre führende Rolle erwirbt, indem sie sich an die Spitze des Kampfes um die Erfüllung des Wirtschaftsplans stellt, indem sie lernt, im Wirtschafts- und Staatsapparat vorbildlich für die Erfüllung der Pläne zu arbeiten, indem sie sich mit den Erkenntnissen der fortschrittlichen Wissenschaft vertraut macht, und indem sie unter Führung ihrer Partei, der Sozialistischen Einheitspartei, und im Block

mit den demokratischen Organisationen eine breite Bewegung für den demokratischen Aufbau entfaltet.

Das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft findet in der gegenwärtigen Periode seinen Ausdruck vor allem in der Festigung der demokratischen Ordnung und im Wachsen der Aktivistenbewegung und der Hennecke-Bewegung im Kampf um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität. In der vorbildlichen Arbeit der Aktivisten kommt zum Ausdruck, daß in der Arbeiterklasse das Bewußtsein wächst, daß die Arbeit dem eigenen Volk und einer neuen, fortschrittlichen Ordnung dient. Aus den Arbeitssklaven der Vergangenheit entwickeln sich in den volkseigenen Betrieben allmählich Menschen, die die Arbeit besser zu organisieren verstehen, die imstande sind, Betriebe und ganze Industrien zu leiten und einen neuen, demokratischen Staat zu schaffen. Am besten hat das wohl der Kumpel Adolf Hennecke ausgedrückt. Nachdem er durch bessere Arbeitsorganisation höhere Leistungen vollbracht hatte, wandte er sich an alle Arbeiter, Angestellten und die technische Intelligenz der volkseigenen Betriebe mit den Worten:

„Unsere Menschen in den volkseigenen Betrieben müssen lernen, daß es ihr und des Volkes Eigentum ist, das sie verwalten, und daß das Ergebnis ihrer Arbeit ihnen und dem ganzen Volk zugute kommt . . . Sie müssen von der kapitalistischen Vorstellung hinwegkommen, daß der in der Produktion erzielte Mehrwert in die Taschen der Unternehmer fließt, und verstehen, daß nur die höhere Leistung in der volkseigenen Industrie dem ganzen Volke ein besseres Lebensniveau ermöglicht.“

Das bedeutungsvollste Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen der Werktätigen im Jahre 1948 ist vor allem, daß der Beweis erbracht wurde:

Nur die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung führen zu einem besseren Leben.

Das wichtigste ist, daß der Funktionär das Neue, das sich entwickelt, erkennt und es mit aller Kraft fördert. Was ist dieses Neue? Das ist vor allem die Hennecke-Bewegung zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, der Wettbewerb zwischen den einzelnen Arbeitern, Ingenieuren und Technikern, Betriebsabteilungen oder Be-

trieben. Das Neue ist die beginnende Änderung der Arbeitsweise bei einer ganzen Reihe von Parteifunktionären, Funktionären der Massenorganisationen, Betriebsleitern und leitenden Funktionären der Verwaltungen der volkseigenen Betriebe.

Die Lehren des Jahres 1948 verpflichten uns, aus der Hennecke-Bewegung die breite Bewegung von Hunderttausenden in Industrie und Landwirtschaft zu machen, die Arbeit der leitenden Organe in Partei und Massenorganisationen, in Wirtschaft und Verwaltung gründlich zu ändern, einen neuen Arbeitsstil zu entwickeln.

Die Hauptaufgaben in der Industrie im Jahre 1949

Der Wirtschaftsplan für 1949 geht aus von der großen Aufgabe des Zweijahrplans der Wiederherstellung der Friedenswirtschaft und der Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung. Auf Grund der Erfahrungen des zweiten Halbjahres 1948, insbesondere infolge der Hennecke-Bewegung, ist es *möglich, den Zweijahrplan bei weitem überzuerfüllen*. Nach den ursprünglichen Zahlen des Zweijahrplans wären Ende 1950 die Arbeitsproduktivität in der Industrie und die Erträge der Landwirtschaft noch unter dem Friedensstand. Meines Erachtens ist es möglich, die Planzahlen für 1950 zu überholen. Wenn die Lebenshaltung der Bevölkerung ernsthaft verbessert werden soll, dann ist es notwendig, einen entschiedenen Umschwung in der Landwirtschaft herbeizuführen und die Hennecke-Bewegung in der Industrie breit zu entfalten, damit wir Ende 1950 in bezug auf Arbeitsproduktivität und Ertrag der Landwirtschaft auf Friedensstand kommen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es notwendig, daß die Deutsche Wirtschaftskommission die vorbereiteten Planzahlen für 1949 auf Grund der Erfahrungen des zweiten Halbjahres 1948 sorgfältig festlegt. *Der Plan für 1949 wird alle Fragen des Wirtschaftslebens unserer Zone erfassen*, die Produktion, den Materialbedarf, die Finanzen, den Handel, die Arbeitskräfte, die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung und die Kulturaufgaben. Dieser Plan, der von den deutschen Organen ausgearbeitet wird, ist das Ergebnis gründlicher wissenschaftlicher Arbeit. Wenn der Plan heute noch nicht in den endgültigen Zahlen vorliegt, so nehmen wir

das nicht zum Anlaß der Kritik, weil wir es für wichtiger halten, daß die Zahlen wirklich sorgfältig ausgearbeitet werden. Die Parteiführung der SED ist überzeugt, daß der Wirtschaftsplan für 1949 nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt werden wird, und zwar durch die Initiative aller Werktätigen und durch die gemeinsame Arbeit des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen und der Volksausschüsse.

Die Hauptkraft muß 1949 auf die Steigerung der Produktion der Metallwerke, des Kohlenbergbaus, des Transportwesens und der Schwefelsäureproduktion konzentriert werden. Davon hängt die Entwicklung aller Zweige der Wirtschaft ab.

Die Produktion an *Walzstahl* soll auf das $2\frac{1}{4}$ fache erhöht werden. Die Deutsche Wirtschaftskommission arbeitet gegenwärtig Maßnahmen aus, die uns erlauben werden, bis Ende dieses Jahres das Defizit an Eisen und Stahl wenn auch noch nicht völlig zu beseitigen, so doch wenigstens auf ein Minimum zu beschränken. Dazu müssen in der Max-Hütte der Vier-Ofen-Betrieb gesichert und das Stahl- und Walzwerk modernisiert werden. Hierfür steht ein Investitionsbetrag von 19 300 000 Mark zur Verfügung. Im Formstahlwerk Riesa werden neue Walzenstraßen und ein Siemens-Martin-Ofen gebaut. Dafür ist 1949 ein Investitionsbetrag von 43 965 000 Mark vorgesehen. In Hennigsdorf sollen mehrere Walzenstraßen gebaut und die Siemens-Martinstahl-Kapazität erhöht werden, wofür ein Investitionsbetrag von 13 490 000 Mark vorgesehen ist.

Von besonderer Bedeutung ist die Erhöhung der *Steinkohlenförderung*. Trotz der veralteten Betriebsmittel ist es notwendig, 1949 die Förderung um 5 Prozent zu steigern. Damit der Zweijahrplan erfüllt werden kann, ist es notwendig, eine große Initiative beim Aufschluß des Steinkohlenbergwerkes Doberlug-Kirchhain zu entfalten. Dafür ist ein Investitionsbetrag von 6 650 000 Mark vorgesehen.

Die *Rohbraunkohlenförderung* soll von 111 Millionen Tonnen 1948 auf 117 Millionen Tonnen 1949 gesteigert werden.

Die Produktion von *Braunkohlenbriketts* soll um 11 Prozent erhöht werden.

Auf dem Gebiete des *Transportwesens* ist in erster Linie eine Herabsetzung der Wagenumlaufzeit auf 4,3 Tage im Jahresdurchschnitt erforderlich.

Die Erzeugung von *Energie* soll von 13 Milliarden kWh 1948 auf 15 Milliarden kWh erhöht werden. Obwohl die Maschinen über-

lastet sind und dadurch große Gefahren bestehen, erfordert die Entwicklung der Industrie eine solche Steigerung der Energieerzeugung. Es wird daher notwendig sein, den Mißstand zu beseitigen, daß die zonalen Werke überlastet sind, während die kleineren Werke, die den Kreisen und Kommunen unterstehen, nicht genügend beansprucht werden.

Im Plan für 1949 soll die Gesamtproduktion der eisen- und metallverarbeitenden Industrie bedeutend erhöht werden. Wir erwarten vor allem, daß die Deutsche Wirtschaftskommission Maßnahmen ergreift, damit die *Produktion von Landmaschinen* mindestens um 25 Prozent erhöht wird. Mir scheint, daß die vorgesehene Erhöhung der Produktion von Landmaschinenersatzteilen um 10 Prozent zu gering bemessen ist.

Wir begrüßen es, daß im Jahre 1949 zum erstenmal in der Nachkriegszeit *Traktoren* für die Maschinenausleihstationen produziert werden sollen. Die Vorbereitungen für die Treckerproduktion gehen leider in einem unbefriedigenden Tempo vor sich. Die Hauptverwaltung für Maschinenbau scheint die Bedeutung dieser wichtigen Aufgabe noch zu unterschätzen.

Im *Fahrzeugbau* ist die Steigerung der Produktion um 60 Prozent vorgesehen. Eine besondere Bedeutung wird im Fahrzeugbau der Bau von Fischkuttern sowie die Produktion von neuen Güterwagen und Lastwagen für den deutschen Bedarf haben.

Die Produktion der *chemischen Industrie* soll um 40 Prozent erhöht werden. Von besonderer Bedeutung ist die Schwefelsäureproduktion, die um 26 Prozent gesteigert werden soll.

Einen bedeutenden Fortschritt werden wir 1949 in der *Baustoffindustrie* erreichen. Die gesamte Zementproduktion in der Zone, einschließlich der SAG-Betriebe, wird eine Million Tonnen betragen. Das bedeutet eine Steigerung um 20 Prozent. Die Produktion von Ziegelsteinen wird um 45 Prozent auf 460 Millionen Stück erhöht, an Dachziegeln sollen 115 Millionen hergestellt werden, und die Fensterglasproduktion wird von 9 Millionen Quadratmeter auf 11,3 Millionen Quadratmeter erhöht. Wichtig ist, daß uns diese Produktion 1949 fast vollständig zur Verfügung steht. Der Export und die Reparationsleistungen an Baumaterial sind auf ein Minimum gesenkt worden. Man kann also sagen, daß Zement, Glas, Ziegel und Dachziegel für die geplanten Bauarbeiten im notwendigen Maße zur Verfügung stehen werden. Die Erhöhung der Produktion von

Baustoffen setzt uns in den Stand, die großen Investitionen zum Wiederaufbau der Friedensindustrie zu realisieren, bei den entscheidenden Großbetrieben Arbeiterwohnungen zu bauen und die Reparatur der bombengeschädigten Wohnungen der Bevölkerung in größerem Umfang durchzuführen als bisher.

Das wichtigste ist in diesem Zusammenhang die stärkere Mobilisierung der örtlichen Reserven an Baustoffen. Verschiedentlich mußte festgestellt werden, daß die örtlichen Reserven an Ziegeln nur ungenügend ausgenutzt wurden. Hier müssen sich vor allem die Kreisräte bei der Aufstellung ihres Kreisplans zur zusätzlichen Ausnutzung örtlicher Reserven stärker einschalten.

Über die Höhe der Reparationen

Bei der Begründung des Zweijahrplans hatte ich darauf hingewiesen, daß die Höhe der Reparationen endgültig festgelegt ist und daß in der sowjetischen Besatzungszone eine einheitliche Wirtschaftsplanung einschließlich der Reparationsverpflichtungen besteht. Während in Westdeutschland die amerikanische, die britische und die französische Besatzungsmacht willkürlich in die Produktion eingreifen und nach Belieben Ware anfordern, ist in der sowjetischen Besatzungszone in der Wirtschaft Ordnung geschaffen worden. Der Umfang der Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion und der Lieferungen für die Besatzungsmacht wird im Jahre 1949 etwas unter dem Niveau von 1948 liegen. 1949 werden keinerlei Reparationslieferungen von Waren des Massenbedarfs erfolgen und die Lieferung von Baumaterialien auf ein Minimum gesenkt werden. Das wird uns erlauben, im Jahre 1949 die Versorgung der Bevölkerung weiter zu verbessern und die Reparatur- und Bauarbeiten durchzuführen, die für die Zone dringend notwendig sind. Auch der prozentuale Anteil der Reparationsleistungen und der Lieferungen an die Besatzungsmacht am Gesamtwert der Produktion wird 1949 niedriger sein als 1948. Er wird 1949 nicht mehr als 12,4 Prozent der Bruttoproduktion betragen. Wenn man außerdem die nicht geplante Produktion hinzunimmt, so wird der Prozentsatz der gesamten Reparationsleistungen, gemessen an dem Umfang der gesamten Industrieproduktion, noch niedriger sein.

Der Anteil der Reparationen an der Bruttoproduktion verteilt sich prozentual folgendermaßen:

	1948		1949
	veranschlagt	tatsächlich	veranschlagt
Reparationen	10 Prozent	9,8 Prozent	8,3 Prozent
Besatzungskosten . .	5 Prozent	4,8 Prozent	4,1 Prozent
zusammen	15 Prozent	14,6 Prozent	12,4 Prozent

Hieraus geht hervor, daß wir in der sowjetischen Besatzungszone bei einer richtigen Leitung der Wirtschaft und der nötigen Aktivität der Ingenieure, Techniker und Arbeiter wie auch aller Mitglieder unserer Partei eine solche Lage erreichen können, daß die Entwicklung und Wiederherstellung der Wirtschaft der sowjetischen Zone bedeutend schneller vor sich gehen kann als bisher und vollkommen die Bedürfnisse der Zone und die Interessen der Bevölkerung befriedigen kann.

Es ist also klar, daß alles, was bei uns mehr produziert wird, ausschließlich der deutschen Bevölkerung und der Wiederherstellung der Wirtschaft zugute kommt.

Die großen Wiederherstellungsarbeiten

Das Charakteristische des Plans von 1949, des ersten Jahres des Zweijahrplans, sind die großen Wiederaufbauarbeiten auf allen Gebieten der Industrie, der Landwirtschaft, der Kultur und der Erzeugung der Waren des Massenbedarfs. Die Höhe der Investitionen wird wahrscheinlich eine Milliarde DM betragen.

Welche gewaltigen Aufgaben zu lösen sind, damit die Bevölkerung besser leben kann, das heißt damit mehr Kohle gefördert wird und mehr Waren des Massenbedarfs hergestellt werden, das mögen einige Beispiele zeigen, die wir allen Werktätigen zum Bewußtsein bringen sollten:

Über die Bedeutung des Wiederaufbaus der Metallwerke habe ich bereits gesprochen. Auch im Bergbau werden große Wiederherstellungsarbeiten durchgeführt.

1949 wird der Wiederaufbau der Brikettfabriken Erika, Meurostolln und Werminghoff fortgeführt werden. Es sollen nicht nur

Schachtanlagen aufgebaut werden, sondern auch der Neuaufschluß von Tagebauen erfolgen.

Im Mansfelder Kupferbergbau wird der Neuaufschluß eines Erzschathtes, der 1948 begonnen wurde, im Jahre 1949 beendet.

Im Maschinenbau wird in den Deutschen Nileswerken die Werkzeugmaschinenkapazität 1949 um 45 Prozent erhöht. Die Kapazität der Werkzeugmaschinenfabrik Magdeburg soll um 200 Prozent erhöht werden, die der Halleschen Maschinenfabrik um 40 Prozent. In den Horch-Werken in Zwickau wird der Traktorenbau begonnen, und in den SAW in Chemnitz wird der Dieselmotorenbau für Acker-schlepper aufgenommen. In der Motorenfahrzeugfabrik in Nordhausen soll die Traktorenfabrikation neu aufgenommen werden. In der Volkswerft in Stralsund werden 19 500 000 DM investiert, um die Kapazität für den Fischkutterbau zu erhöhen.

Für den Ausbau der Zeiß-Werke in Jena wird ein Investitionsbetrag von 3 345 000 DM und für die Schott-Werke von 3 300 000 DM vorgeschlagen.

Der Betrieb Zellwolle in Schwarzta (Thüringen) soll durch Neuinvestitionen seine Produktionskapazität auf 4500 Tonnen Zellwolle erhöhen.

Das Kraftwerk Trattendorf soll aufgebaut werden.

Im Rahmen dieser großen Arbeiten zur Wiederherstellung der Friedenswirtschaft erfordert eine Reihe Bauvorhaben den Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte. Vor allem ist es notwendig, im Bauwesen zu einer systematischen Arbeit zu kommen und die Zahl der Bauarbeiter zu erhöhen.

In Unterwellenborn müssen 500 Werkwohnungen gebaut werden. Die dafür zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte reichen bei weitem nicht aus.

Der großzügige Wiederaufforstungsplan darf nicht am Mangel an Arbeitskräften scheitern.

Das sind nur einige der großen Aufgaben, die für 1949 vorgesehen sind.

Einige Vorschläge zur besseren Planerfüllung

Größere Verantwortlichkeit der leitenden Angestellten und der Funktionäre der Massenorganisationen

Sowohl bei der Berichterstattung über die Planerfüllung im Jahre 1948 wie bei der Vorbereitung des Plans für 1949 zeigte es sich, daß die Planzahlen nicht von allen Mitarbeitern mit der notwendigen Sorgfalt ausgearbeitet worden waren. Es ist notwendig, von der formalen Bearbeitung der Fragen abzukommen und bei der Festlegung von Aufgaben alle die Möglichkeiten, die durch die Initiative der Ingenieure, Arbeiter und Angestellten erreicht werden könnten, mit einzurechnen. Wie viele Fälle haben wir, wo in dem einen Betrieb wertvolle Halbfabrikate lagern und in anderen Betrieben wegen Fehlens dieser Halbfabrikate die Produktion eingeschränkt werden muß. Alle Verwaltungsangestellten müssen sich verantwortlich für das Volkseigentum fühlen und alles tun, um das Volkseigentum zu schützen, jede Verschleuderung verhindern und dafür sorgen, daß die Tätigkeit feindlicher Agenten und Saboteure rechtzeitig verhindert wird.

Über die Leitung der volkseigenen Betriebe

Eine andere wichtige Frage ist die Leitung der volkseigenen Betriebe. Wir müssen in den volkseigenen Betrieben *die persönliche Verantwortlichkeit stärken*, das heißt der Direktor und seine Stellvertreter sowie die Leiter der Abteilungen sind für alles verantwortlich, was in ihrem Aufgabengebiet geschieht. Es muß besonderer Wert darauf gelegt werden, daß qualifizierte Funktionäre die leitenden Funktionen in den volkseigenen Betrieben ausüben. Die Kontrolle ist gesichert durch das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und durch die Kontrolle von seiten der leitenden Wirtschaftsorgane.

Notwendig ist, daß der *Rentabilität* der volkseigenen Betriebe größere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Deshalb ist es die nächste Aufgabe der Vereinigungen volkseigener Betriebe, die Kontrollzahlen für die Senkung der Verwaltungskosten, der Selbstkosten,

über die Höhe der Lohnkosten usw. für die einzelnen volkseigenen Betriebe zu konkretisieren.

Die Untersuchungen in einigen Betrieben haben ergeben, daß viele Abteilungen unrentabel arbeiten. (Zum Beispiel im Werk Hirschfelde wurde festgestellt, daß das Anteilverhältnis der Angestellten zu den Arbeitern 3,3 Prozent über dem Durchschnitt liegt, daß in den Hilfs- und Nebenbetrieben zuviel unproduktive Arbeiter beschäftigt sind, wodurch die Leistung je Kopf der Belegschaft bedeutend herabgedrückt wird.) Ebenso ist es notwendig, die Rohstoff- und Energienormen, die zentral errechnet werden müssen, für die einzelnen Betriebe entsprechend ihren besonderen Bedingungen festzulegen.

Über die Zusammenarbeit der Betriebe des volkseigenen Sektors

Die Entwicklung der Industrie der Ostzone ist abhängig von der *Erhöhung des spezifischen Gewichts der Produktion der volkseigenen Betriebe*. Da fast die gesamte Grundstoffindustrie volkseigen ist, bestimmt die Übererfüllung der Produktionspläne dieser Betriebe in hohem Maße die gesamte Entwicklung der Wirtschaft. *Die volkseigenen Betriebe sind Voraussetzung und Grundlage der Planung überhaupt*. Wenn der Plan erfüllt und übererfüllt werden soll, dann darf die Belieferung der volkseigenen Betriebe mit Rohstoffen und Halbfabrikaten aus den Betrieben des volkseigenen Sektors nicht von allen möglichen Zufällen abhängig sein. Es ist sinnlos, daß volkseigene Betriebe der einen Industrie die volkseigenen Betriebe einer anderen Industrie auf einem unendlich langen Weg über den privaten Großhandel mit Rohstoffen beliefern. Zum Teil hat man versucht, diese Mängel durch Verträge zwischen volkseigenen Betrieben zu beheben. Das genügt noch nicht. Es ist erforderlich, *den innerwirtschaftlichen Verkehr der Betriebe des volkseigenen Sektors der Wirtschaft systematisch zu lenken*.

Es ist notwendig, daß die staatlichen Wirtschaftsorgane der *Verwaltung für Materialversorgung* größere Aufmerksamkeit widmen. Es ist zu begrüßen, daß jetzt die Hauptverwaltung für Materialversorgung allein das Recht hat, die Lieferanweisungen zu geben, und daß Maßnahmen ergriffen wurden, um den Warenweg zu verkürzen. Die Einführung der Lieferpflicht der Betriebe bedeutet ebenfalls einen großen Fortschritt.

Aufgaben der Finanzpolitik

Wir müssen im Jahre 1949 so weit kommen, daß auf der Grundlage des Produktionsplans der Finanzplan aufgestellt wird, der für jeden Betrieb zu konkretisieren ist, damit für jeden Betrieb die Ausgaben festgelegt werden und die Zahlungen durch die Banken auf Grund des Finanzplans erfolgen können. Wenn die Bank die grundlegenden Zahlen der Finanzpläne der mit ihr verbundenen volkseigenen Betriebe kennt, so wird sie bei Nichterfüllung des Plans oder schlechter Finanzwirtschaft die weiteren Zahlungen sperren, bis die zuständige Hauptverwaltung oder Industrievereinigung über die Fragen entschieden hat.

Die Organe der Finanzverwaltung müssen dafür sorgen, daß eine sparsame Verwendung der Mittel der volkseigenen Betriebe erfolgt, um den erforderlichen Ausbau des volkseigenen Sektors zu fördern. Um die Ausgaben für die Investitionen wirksam kontrollieren zu können, werden die Investitionsmittel aus dem Staatshaushalt und die nicht benutzten Amortisationsmittel der Betriebe von der Deutschen Investitionsbank verwaltet. Die Bank übt die Finanzkontrolle über die Verwendung der Investitionsmittel aus. Subventionen aus staatlichen Mitteln dürfen grundsätzlich nur als Preissubventionen für bestimmte Produktionseinheiten der Grundstoffindustrie gegeben werden. Um die Unternehmen zur größeren Wirtschaftlichkeit zu zwingen, sind für alle Produktionsarten und -betriebe herabgesetzte Normen der Gemeinkosten festzusetzen. Zur Herbeiführung eines normalen Warenverkehrs ist es notwendig, die Preisbildung zu überprüfen und solche Preise festzusetzen, durch die die Kosten einschließlich der vorgeschriebenen Gewinnspanne gedeckt werden. Die Politik der Senkung der Handelsspanne ist fortzusetzen.

Die Bedeutung der Hennecke-Bewegung

So wichtig es war, richtige Planzahlen auszuarbeiten, so ist das Entscheidende doch die Überzeugung und die Initiative der Menschen.

Der Produktionswert je Beschäftigten ist vom *ersten bis dritten* Quartal 1948 im Verhältnis zu 1947 wie folgt gestiegen: im Maschinenbau um 12,6 Prozent, in der Elektroindustrie um 9,2 Prozent, in

der chemischen Industrie um 13,9 Prozent, in der Holzindustrie um 13,1 Prozent.

Diese Steigerung der Arbeitsproduktivität wurde eingeleitet durch die *Initiative von Mädchen und Jungen der FDJ*, die Arbeitsbrigaden bildeten und in einer Reihe Großbetriebe vorbildliche Leistungen vollbrachten. Unter den Alten und Jungen entwickelte sich die Aktivistebewegung, und der Arbeitswettbewerb zwischen den Betriebsabteilungen und Betrieben nahm immer größeren Umfang an. Durch die Aktivistebewegung wurde das Bummelantentum erfolgreich bekämpft und die Arbeitsmoral verbessert. Jene, die mehr leisteten, bekamen Vergünstigungen in Form von Prämien. Aus der Aktivistebewegung heraus entwickelte sich die Hennecke-Bewegung, eine Bewegung zur Überwindung der veralteten Arbeitsnormen.

Die vorbildliche Leistung des Bergarbeiters Hennecke besteht darin, daß er zunächst darüber nachgedacht hat, wie man die Arbeit besser vorbereitet, wie man mit dem gleichen Kraftaufwand mehr leistet. Es ist daher kein Zufall, daß gerade Hennecke, der Arbeitsinstrukteur, solche hervorragende Leistung vollbrachte.

Auch in anderen Industrien gibt es solche vorbildliche Aktivisten. In der chemischen Industrie hat der Obermeister Otto Freyhoff den Herstellungsprozeß von Azeton wesentlich verkürzt und Rohstoffe gespart. In der Metallurgie hat der Schmelzmeister Richard Schmidt die Produktion am Siemens-Martin-Ofen von 3,8 Tonnen auf 6,85 Tonnen gesteigert. Noch viele andere Beispiele gibt es, wo Aktivisten wichtige technische Aufgaben gelöst haben. Seit Jahren wurde, wie ich bereits ausgeführt habe, behauptet, daß die Königswellen für die Röstöfen in den Schwefelsäureanlagen bei uns nicht hergestellt werden können. Durch gemeinsame Anstrengungen der Arbeiter und Ingenieure ist es nunmehr doch gelungen, und ein schwieriger Engpaß wurde überwunden.

Das Beispiel der Hennecke-Bewegung im Bergbau, in der Metallindustrie, in der chemischen Industrie, im Transportwesen zeigt uns, welche große Möglichkeiten zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, zur Einsparung von Energie und Rohstoffen, zur Beseitigung des Leerlaufs, zur Verminderung des Ausschusses noch vorhanden sind.

Die Hennecke-Bewegung hat den Beweis erbracht, daß es möglich ist, in den volkseigenen Betrieben, wo die Arbeiter, Angestellten und Ingenieure nicht mehr der kapitalistischen Ausbeutung unterliegen, sondern für das Volk arbeiten, sogar unter den Bedingungen

des gegenwärtigen technischen Rückstandes die kapitalistischen Arbeitsnormen weit zu überholen.

Das Charakteristische der Hennecke-Bewegung und überhaupt für jeden, der sich den Namen eines Hennecke-Aktivisten verdienen will, ist die Überschreitung der technisch begründeten Normen durch bessere Arbeitsorganisation, durch das Rechnen mit jeder Minute, durch größere Sorgfalt in der Arbeit zur Erhöhung der Qualität der Produktion. Die Hennecke-Aktivisten arbeiten vorbildlich in bezug auf Sparsamkeit mit Material und sind bestrebt, die Produktionskosten zu senken. Hennecke-Aktivisten, das sind Menschen, die lernen, die studieren, um sich unermüdet die höchsten technischen Kenntnisse anzueignen.

Die Aktivisten, das sind die bewußten Erbauer einer neuen Ordnung, denn der Antrieb zu ihren Leistungen ist die Überzeugung, daß wir nur durch die Steigerung der Produktion zu einem besseren und schöneren Leben kommen können.

Man kann sagen, daß die Aktivisten die größte Leistung in der Festigung unserer demokratischen Ordnung vollbracht haben.

Es kommt jetzt darauf an, die Hennecke-Bewegung durch die *Organisierung des Wettbewerbs* zu einer breiten Bewegung für die Leistungssteigerung zu entwickeln. Deshalb ist die vordringlichste Aufgabe, den Wettbewerb innerhalb jeder Betriebsabteilung, zwischen den Betriebsabteilungen sowie zwischen den Betrieben der einzelnen Industrien zu organisieren. Diese Entfaltung des Wettbewerbs, die Entwicklung der Initiative der Masse der Arbeiter, Angestellten und Ingenieure erfordert die regelmäßige Durchführung von *Beratungen der Aktivisten und der technischen Intelligenz* sowie *Produktionsberatungen aller Arbeiter, Angestellten und Ingenieure in jeder Abteilung*.

In der Max-Hütte forderte eine Untergruppe des Walzwerkes die Belegschaft des Kesselhauses auf, in einen Wettbewerb einzutreten. Das war von großer Bedeutung, weil das Walzwerk von der Dampfbeschaffung des Kesselhauses abhängt und ständig unter dessen ungleichmäßiger Arbeit zu leiden hatte. In den Wettbewerbsbedingungen wurde festgelegt, daß Ablösung und Arbeitsbeginn pünktlich zu erfolgen haben, daß junge Kollegen durch ältere Fachleute angeleitet werden sollen und daß eine Verbesserung der Qualität der Produktion erreicht werden soll.

Ein vorbildliches Beispiel gab die Umsiedlerin Inge Koch im Hüttenwerk Thale. Sie begann mit dem Kopf zu arbeiten, sie dachte nach, welche zeit- und kraftsparenden Verbesserungen an der Maschine angebracht werden können. 8 Mühlen Sand in 8 Stunden war das Soll ihrer beiden Vorgänger. Inge schafft im gleichen Zeitraum 30 bis 35 Mühlen. Und das kam so: Mit vier Armen griff bisher die mechanische Trommel in den Sand. Inge ließ auf Grund eigener Berechnungen noch zwei weitere Arme anbringen, wodurch die Leistungsfähigkeit der Maschine erhöht wurde. Damit gab die 16jährige Hennecke-Aktivistin den jungen und erwachsenen Arbeitern ein glänzendes Beispiel besserer Organisation der Arbeit und technischer Verbesserungen.

Ein ebenso großes Vorbild sind die 22 Aktivistinnen, die aus verschiedenen Textilfabriken Thüringens nach Schwarzta in die Thüringische Zellwolle gekommen sind. Man kann diese Frauen mit gutem Grund als die bewußtesten und fortschrittlichsten bezeichnen. Sie reden nicht mehr über die Gleichberechtigung der Frauen, sondern sie verwirklichen sie, indem sie sich an die Spitze des Kampfes um die Erfüllung des Zweijahrplans stellen.

Der Leistungslohn.

Die Durchbrechung der alten Normen ist verbunden mit einer Umwälzung in der Lohnberechnung. Der Leistungslohn findet in immer größerem Umfange Anwendung. In Sachsen waren im Jahre 1947 nur 23 Prozent der Arbeiter im Leistungslohn beschäftigt, im Jahre 1948 waren es 39 Prozent. Der Durchschnittslohn stieg von 95 Pfennig auf 1,05 Mark. Wer mehr leistet, soll auch mehr verdienen, um besser leben zu können. Es gibt Leute, die uns unterstellt haben, wir Marxisten seien für Gleichmacherei. Wir sind wohl gegen die Vorrechte der kapitalistischen Klasse und für die Aufhebung der Klassen überhaupt, wir wollen aber keine Gleichschaltung der persönlichen Bedürfnisse und Lebensweise. Deshalb gehen wir davon aus, *daß jeder das gleiche Recht hat, entsprechend seiner Leistung entlohnt zu werden.*

Man hat die Frage gestellt, wie es kommt, daß *wir unter kapitalistischen Verhältnissen gegen den Leistungslohn und in den volkseigenen Betrieben dafür sind.* Das ist sehr einfach. Der Leistungs-

lohn kann erst jetzt, auf Initiative der Arbeiter selbst, Anwendung finden, weil das Volk die entscheidenden Schlüsselstellungen in Staat und Wirtschaft in der Hand hat und weil in den volkseigenen Betrieben das Arbeitsprodukt für das Volk erzeugt wird und nicht mehr für die Profitinteressen einiger weniger Kapitalisten. In dem zerrissenen Berlin zum Beispiel sind wir in den volkseigenen Betrieben im Ostsektor für die Anwendung des Leistungslohns, aber in den privatkapitalistischen Betrieben sowohl der Westsektoren wie des Ostsektors können wir uns nicht für die Einführung des Leistungslohns einsetzen, da in diesen Betrieben kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse bestehen.

Der Leistungslohn ist ein Lohn, der sich im Verhältnis zur Leistung erhöht. Bei einer Leistungssteigerung von 15 Prozent erhält der Arbeiter also 15 Prozent mehr Lohn. Unter den neuen Verhältnissen, die in den volkseigenen Betrieben bestehen, sind wir für die breiteste Anwendung des Leistungslohns. Es wurde die Auffassung verbreitet, daß die Einführung des Leistungslohns bei uns überholt sei und gleich der Übergang zum progressiven Leistungslohn erfolgen solle. Es gibt sogar bei uns Betriebsdirektoren, die wohl Auskunft geben können über die Höhe der Produktion, die aber nicht wissen, wieviel sie für Lohn ausgeben, wie hoch der Anteil der Materialkosten ist und wie groß die allgemeinen Ausgaben sind. Die *Anwendung des progressiven Leistungslohns ist nur in bestimmten Engpaßbetrieben*, wie zum Beispiel im Bergbau unter Tage, in bestimmten Produktionsabteilungen der Metallwerke und in der Schwefelsäureindustrie, möglich. Beim progressiven Leistungslohn steigt der Lohn für die zusätzlichen Leistungen schneller als die prozentuale Leistungszunahme. Nachdem zum Beispiel die festgesetzte Leistungsnorm erfüllt ist, erhält der Betreffende für die ersten 10 Prozent der Leistungssteigerung 11 Prozent mehr Lohn, für die zweiten 10 Prozent der Leistungssteigerung 12 Prozent mehr usw. In letzter Zeit wurde in verschiedenen Betrieben der progressive Leistungslohn gezahlt, ohne daß der Direktor sich Rechenschaft darüber ablegte, ob die Lohnsummen mit der Wirtschaftlichkeit des Betriebes vereinbar sind. Im Betrieb des Senftenberger Bergbaugesbietes vertrat zum Beispiel ein Ingenieur die Auffassung, daß der Betrieb auch bei progressivem Leistungslohn rentabel bleiben müsse. Insbesondere verlangte der Ingenieur den sorgfältigen Umgang mit den Werkzeugen und die Verbesserung der Qualität der Arbeit. Ein Mitglied

der Parteigruppe der SED war hier anderer Meinung. Aber ich denke, der Ingenieur hat recht.

*Technisch begründete Arbeitsnormen —
die Grundlage der Lohnberechnung*

Es ist nur dann möglich, einen Leistungslohn zu berechnen, wenn *technisch begründete Arbeitsnormen* ausgearbeitet sind.

Bisher wurden die Arbeitsnormen meistens geschätzt und in der Lohnkommission ausgehandelt. Deshalb ist es notwendig, daß bei den Vereinigungen der volkseigenen Betriebe und bei den Direktionen der einzelnen Betriebe *Arbeitsvorbereitungsbüros* geschaffen werden. Diese haben die Aufgabe, mit Hilfe der Techniker, Ingenieure, Meister und anderer Spezialisten den Arbeitsablauf zu studieren und die technischen Normen auszuarbeiten. Die Gewerkschaften haben durch ihr Mitbestimmungsrecht im Lohnausschuß alle Möglichkeiten, auf die Festsetzung der technischen Arbeitsnormen, die endgültig durch die Direktion erfolgt, Einfluß auszuüben.

Nun werden Arbeiter die Frage stellen, *welche Garantien geschaffen werden, damit die Normen nicht jeden Monat geändert werden.* Wir stimmen dem Vorschlag, der aus verschiedenen Betrieben gekommen ist, zu, daß die in den volkseigenen Betrieben errechneten Arbeitsnormen für ein Jahr bestehenbleiben und in Betriebsvereinbarungen festgelegt werden.

Solche *Betriebsvereinbarungen* müßten enthalten:

den Katalog für die Einstufung in die Lohngruppen,
die mengenmäßige und qualitative Festlegung der Normen,
die Vereinbarung über den Leistungslohn beziehungsweise im
Bergbau die progressive Entlohnung,
die Gewährung von Prämien usw.

Notwendig ist auch, Bestimmungen über die Lohngestaltung bei Inangriffnahme neuer Produktionsarten aufzunehmen. Wichtig ist die Festlegung der Leistungsprämien für Techniker und andere Angestellte insbesondere für Übererfüllung des Plans, für Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse und für Erfindungen. In einem solchen Betriebsvertrag müssen die Vollmachten der Lohnkommission abge-

grenzt und genau die Maßnahmen des Arbeitsschutzes und die anderen Leistungen auf sozialem Gebiet festgelegt werden.

Wir halten es für besonders wichtig, daß im Zusammenhang mit der Aktivistebewegung *der innerbetriebliche Wettbewerb* und der *Wettbewerb zwischen den Betrieben der einzelnen Industriezweige* weiter ausgebaut wird. Wir halten die Wettbewerbe zwischen Städten und Ländern nicht für real, da es keine exakte Vergleichsgrundlage für solche Wettbewerbe gibt. Unsere Wirtschaft ist nicht territorial und provinziell organisiert, sondern der volkseigene Sektor — und um den kann es sich beim Wettbewerb nur handeln — ist in Industrien und Sparten gegliedert. Dementsprechend sollte auch der Wettbewerb organisiert werden.

Manche haben gefragt: *Wer hat den Nutzen davon, daß die Arbeiter mehr leisten?* Die Antwort darauf: Den Nutzen hat das Volk und zunächst der Arbeiter selbst, indem er höheren Lohn bekommt. Außerdem geht ein Anteil des Überschusses des Betriebes, etwa 7 bis 10 Prozent, direkt in den Betriebsfonds, der der unmittelbaren Verbesserung der Lage der Arbeiter und Angestellten dient. Den Nutzen haben der Arbeiter und seine Familie selbst, indem durch die Produktionssteigerung mehr Waren des Massenbedarfs erzeugt werden. Den Nutzen hat schließlich der Arbeiter auch dadurch, daß die Wirtschaft wiederaufgebaut und die neue demokratische Ordnung gefestigt wird und wir damit in unserem Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands einen Schritt vorwärtskommen.

Ein Wort an die technische Intelligenz

Der Plan des Wiederaufbaus stellt die technische Intelligenz vor eine ehrenvolle und große Aufgabe. Nach der Begründung des Zweijahrplans sprach ich in einer Versammlung in Bitterfeld vor Chemikern, Ingenieuren und Technikern. Ich muß sagen, daß der Zweijahrplan die Zustimmung der Mehrheit der Anwesenden fand. Und das ist kein Zufall. *Der Zweijahrplan gibt der technischen Intelligenz die Möglichkeit, auf längere Sicht zu arbeiten.* Als Fachleute haben sie ein Ziel vor Augen. Bisher haben sie vielfach in angestrenzter Arbeit, buchstäblich auf Trümmerstätten, Betriebe wiederaufgebaut. Jetzt, wo im Rahmen des Plans so beträchtliche Summen für Investitionen bestimmt sind, gilt es, diese großen Mittel rationell anzuwenden,

durch technische Erfindungen die Qualität der Produktion zu verbessern und durch bessere Arbeitsorganisation, durch Verbesserung der Produktionsmittel die Leistung zu steigern. Diese großen Aufgaben vollbringt die technische Intelligenz in den volkseigenen und SAG-Betrieben nicht mehr für den Gewinn einiger Großaktionäre, sondern für das Volk, für ganz Deutschland. Ich weiß, es gibt manche Ingenieure, die gewohnt sind, mit einem Produktionsapparat zu arbeiten, der besser intakt ist, als das gegenwärtig nach der Zeit des Hitlerkrieges sein kann. Unsere Wirtschaft muß aber aus dieser schweren Lage herausgebracht werden.

Mancher Techniker, mancher Ingenieur, mancher Chemiker hat erwartet, daß in der neuen demokratischen Ordnung eine Gleichmacherei herrschen wird. Das ist aber nicht der Fall. Bei der Begründung des Zweijahrplans habe ich darauf hingewiesen, daß die materielle Lage der Ingenieure, Techniker, Werkmeister, Professoren und Wissenschaftler in den Lehranstalten, wissenschaftlichen Forschungsinstituten und Laboratorien verbessert werden muß. Wir wollen diesen Schichten auch unter unseren Schwierigkeiten möglichst bessere Bedingungen für ihr Leben und für ihr Schaffen geben. *Wir richten an die Deutsche Wirtschaftskommission den Vorschlag, besondere Maßnahmen zu treffen, um das Gehalt und die Versorgung der Angehörigen der technischen Intelligenz in nächster Zeit zu verbessern.*

Wer nicht gerade Scheuklappen hat, muß anerkennen, daß die Ingenieure und Techniker in der chemischen Industrie, in der Metallindustrie, im Bergbau, im Verkehrswesen Großes geleistet haben. Die meisten von ihnen haben als Fachleute gearbeitet, obwohl viele vom fortschrittlichen Charakter der neuen demokratischen Ordnung noch nicht überzeugt waren. Leider sehen wir bei manchen Arbeitern und Angestellten, auch Mitgliedern der SED, eine rückständige Voreingenommenheit gegenüber der technischen Intelligenz. Man stellt die Frage, daß der und der früher Nazi war. Allen Genossen sollte doch bekannt sein, daß die Partei erklärt hat, daß jeder nach seiner Arbeit und seinem Verhalten zur Gesellschaft beurteilt wird und nicht danach, welcher Organisation er früher angehört hat. Die Tätigkeit der Entnazifizierungskommissionen ist beendet. Damit wurde eine neue Situation geschaffen. Während man in den Westzonen frühere einfache Mitglieder der Nazi-Partei bestraft, die Kriegsverbrecher aber freiläßt, führen wir eine andere Politik durch. Die Kriegsverbrecher haben wir bestraft, aber den ehemaligen Mitgliedern der Hitlerpartei

geben wir alle Möglichkeiten, gleichberechtigt auch in verantwortlichen Funktionen am Aufbau mitzuarbeiten.

Nehmen wir ein anderes Beispiel: In der Diskussion zur Vorbereitung der Parteikonferenz erschien in unserem Pressedienst ein Artikel vom Genossen Oberregierungsrat F. In diesem Artikel heißt es:

„Es wird deshalb im kommenden Jahr ein scharfer ideologischer Kampf zu führen sein gegen den eingebildeten unpolitischen Charakter der ‚rein fachlichen Ausbildung‘ dieser Gruppen.“

Das ist ein Irrtum. Unsere Aufgabe im kommenden Jahr besteht vielmehr darin, mit der technischen Intelligenz kameradschaftlich zusammenzuarbeiten, unabhängig davon, ob sie schon überzeugte Demokraten sind oder nicht. Auf dem Wege des Aufbaus, der Erfüllung des Plans wird die technische Intelligenz überzeugt werden, daß unser Weg der richtige ist, und dann wird sie auch eher das Wesen der neuen Ordnung und unsere Ziele verstehen. Auf der sächsischen Landeskonferenz sagte Genosse Kolpe aus Zwickau sehr treffend, daß es ein Widerspruch sei, wenn ungeachtet der großen Aufgabe erste Fachleute in untergeordneten Beschäftigungen sind, nur deshalb, weil sie nominelle Mitglieder der NSDAP waren. Der Hoffnungslosigkeit dieser Menschen muß ein Ende bereitet und den Angehörigen der technischen Intelligenz die Möglichkeit geboten werden, entsprechend ihren Fähigkeiten zu arbeiten. Dabei müssen wir berücksichtigen, daß die Ingenieure und Techniker in den Betrieben sehr oft der Kritik von oben *und* unten ausgesetzt sind, weil sie eine große Verantwortung tragen.

Ist es nicht an der Zeit, daß manche Funktionäre der Arbeiterbewegung ihr falsches Verhältnis zur technischen Intelligenz korrigieren, und zwar offen vor der Belegschaft? Und wenn Genossen Bedenken dagegen äußern, daß wir für die bessere Versorgung der technischen Intelligenz eintreten, so sagen wir: Jawohl, jeder nach seiner Leistung! Wenn Arbeiter-Aktivisten die Ingenieurschule besuchen und hohes fachmännisches Können erworben haben, dann werden auch sie für ihre hohen Leistungen hohe Gehälter und hohe Versorgungssätze erhalten. Wie können wir anders einen Nachwuchs an führenden Kräften für die volkseigenen Betriebe in verhältnismäßig kurzer Zeit entwickeln?

Allen Kräften der technischen Intelligenz soll weitestgehende Schaffungsmöglichkeit gewährt werden zum Nutzen der Durchführung

des Zweijahrplans. Wir lenken die Aufmerksamkeit der technischen Intelligenz besonders auf folgende Forschungsgebiete:

Verbesserung der Maschinen und Aggregate.

Verstärkte Normung und Typisierung, also Vereinheitlichung der Produktion.

Entwicklung der betrieblichen Forschung durch Errichtung von Betriebslaboratorien und Ausarbeitung von ganz bestimmten Forschungsaufgaben in allen Großbetrieben.

Entwicklung besserer Methoden der Qualitätskontrolle.

Entwicklung neuer Stoffe und neuer Produktionsverfahren (*insbesondere in der chemischen und Kunststoffindustrie*).

Erforschung der Möglichkeit der Verwendung der in allen industriellen Großbetrieben anfallenden Abfälle (zum Beispiel Sulfitaflauge in den Zellstoffwerken).

Organisierung des technischen Erfahrungsaustausches^o zwischen gleichartigen Betrieben und *Austausch der Forschungsergebnisse*.

Aktivierung des Erfinderverwesens unter Hinweis auf die bei der Deutschen Wirtschaftskommission zu schaffende Stelle für Erfindungen.

Bildung von Techniker- und Ingenieuraktivs zur Überwindung von besonderen Schwierigkeiten bei Engpässen.

Verbesserung der technischen Anlagen für Einsparung von Roh- und Hilfsstoffen, insbesondere von Wärmeanlagen im Betrieb (Wärmeschutz, Rohrleitungen usw.).

Aufstellung von Plänen für die technische Entwicklung des Betriebes im Zusammenhang mit seinem Gesamtproduktionsplan.

Eine besonders große Hilfe kann die technische Intelligenz den Aktivisten der Hennecke-Bewegung geben, die große Leistungen vollbracht haben, zumeist gute Organisatoren sind, aber nicht immer die notwendige fachliche Schulung besitzen. Deshalb ist es notwendig, in den Betrieben *gemeinsame Beratungen der Ingenieure, Techniker, Chemiker mit den Aktivisten durchzuführen* und bei den Produktionsberatungen in den Abteilungen zu engerer Zusammenarbeit zu kommen.

Das wichtigste ist die engste kameradschaftliche Zusammenarbeit der technischen Intelligenz und der Arbeiter. Ein Ingenieur sagte mir kürzlich: Das wichtigste ist die Kameradschaft. Wir sprechen den Wunsch aus, daß die Ingenieure, Techniker, Chemiker alles in ihren Kräften Stehende tun mögen, um mitzuhelfen bei der Qualifizierung der Arbeiter, bei der Durchführung von Vorträgen und Kursen für die Jugendlichen, für die Aktivisten wie für die Arbeiterinnen und Arbeiter überhaupt.

Mehr Aufmerksamkeit dem Handwerk

Für 1949 kann die Warenproduktion der Handwerksbetriebe mit nicht mehr als 10 Beschäftigten etwa 500 Millionen Mark betragen. Die Handwerksproduktion hat vom Standpunkt der Qualität der Produktion und für die Deckung des Reparaturbedarfs der Bevölkerung eine große Bedeutung. Die Hauptverantwortung für die Förderung des Handwerks liegt bei den Kreisräten und ihren Wirtschaftsabteilungen. Manche Handwerksmeister waren der Meinung, daß es möglich ist, mit Hilfe der Handwerkskammer einen speziellen Plan für das Handwerk festzulegen, um ihre Sorgen zu vermindern. Es ist jedoch ebensowenig möglich, die Handwerksbetriebe direkt in den Plan einzugliedern, wie es unmöglich ist, andere Privatunternehmungen einzufügen. Würden wir das tun, so würde man uns sagen, daß wir der privaten Initiative nicht genügend Raum lassen. Die Handwerksbetriebe werden am ehesten mit Material versorgt werden, die Lieferverträge mit volkseigenen und SAG-Betrieben oder mit Handelsorganisationen abschließen. In einigen Fällen haben auch Handwerksmeister verschiedener Sparten gemeinsam einen größeren Produktionsauftrag auf gemeinsame Rechnung durchgeführt. Zum Beispiel benötigt die Handelsorganisation der freien Läden große Mengen von Qualitätswaren. Diese Handelsorganisation kann nicht mit jedem einzelnen Handwerker verhandeln, aber durch die Ein- und Verkaufsgenossenschaften der Handwerker könnten die Handwerker große Vertragsabschlüsse mit der Organisation der freien Läden erhalten. Auch was die Befriedigung des Reparaturbedarfs der Bevölkerung betrifft, so könnten Handwerker bestimmte Verpflichtungen gegenüber den Belegschaften ganzer Betriebe übernehmen,

worauf sie mit entsprechenden Rohstoffen beliefert werden. Aus solchen Regelungen wird das Handwerk nur Nutzen ziehen.

Mehr Hilfe den Umsiedlern

Es ist gelungen, drei Viertel der arbeitsfähigen Umsiedler in den Produktionsprozeß einzureihen. 86 000 Umsiedlerfamilien, das sind etwa 350 000 Menschen, bekamen Land als Neubauern. Heute haben sich schon viele Umsiedler so eingelebt, daß sie in Organen der Gemeindeverwaltung und als Funktionäre von Massenorganisationen tätig sind. Bei der Überprüfung der beruflichen Qualitäten der Umsiedler zeigte sich jedoch, daß manche Facharbeiter nicht an der richtigen Stelle in der Wirtschaft tätig sind. Es ist auch notwendig, mehr Aufmerksamkeit der Berufsausbildung der jugendlichen Umsiedler zu widmen. Leider müssen wir auch Fälle feststellen, daß örtliche Behörden nicht alles in ihren Kräften Stehende unternehmen, um die Umsiedler in bezug auf die Wohnverhältnisse der übrigen Bevölkerung gleichzustellen. Hier müssen unsere Parteiorganisationen eingreifen.

Die Ergebnisse in der Landwirtschaft im Jahre 1948

Die Entwicklung der Landwirtschaft zeigt im Jahre 1948 günstige Ergebnisse. Der Plan wurde erfüllt. Die gesamte Anbaufläche erreichte 94,8 Prozent im Verhältnis zu 1938. Die Qualität der Bodenbearbeitung hat sich verbessert. Die Erfüllung des Ablieferungssolls erfolgte fristgemäß.

Im Jahre 1948 wurde eine aner kennenswerte Arbeit zur Festigung der Bodenreform geleistet. Bis zum 20. Dezember 1948 waren 36 000 Bauernhäuser erbaut worden. In Sachsen-Anhalt wurde bereits Ende 1948 der Bau weiterer 1093 Neubauernhäuser begonnen.

Zur Erfüllung dieses Bauprogramms haben Arbeiter zahlreicher Industriebetriebe durch Lieferung zusätzlicher Baumaterialien und zahlreiche Gruppen der Freien Deutschen Jugend durch freiwillige Arbeitsleistung beigetragen.

Entscheidend für die Beurteilung der Entwicklung sind die Hektarerträge. Die Durchschnittserträge betragen je Hektar in Doppeltzentnern:

	1948	1947	1935—39
Getreide aller Art	16,0	13,8	21,9
Kartoffeln	154,2	110,1	179,6
Zuckerrüben	229,7	153,7	309,1
Ölfrüchte aller Art	8,2	5,7	—
Faserpflanzen	20,9	21,5	35,2

Gegenüber den Hektarerträgen der Jahre 1935 bis 1939 sind wir also noch weit zurück.

Mit Befriedigung kann festgestellt werden, daß der Bestand an Nutzvieh und Geflügel bis Ende 1948 plangemäß folgendermaßen erhöht werden konnte:

	Plansoll	Ergebnis der Zählung vom 3. Dezember 1948	in Prozent
Schweine	2 200 000	2 630 000	119,4
Rinder	2 950 000	2 883 000	97,6
Pferde	663 000	663 525	100,0
Schafe	733 000	722 000	98,5
Ziegen	1 076 000	1 393 000	129,5

Es hat sich jedoch ergeben, daß zwar die Klein- und Mittelbauern ihre Viehwirtschaft entwickelten, aber ein Teil der Großbauern sich nicht genügend für die Erhöhung des Viehbestandes interessierte, obwohl sie mehr Futtermittel zur Verfügung hatten als die Kleinbauern.

Um die Entwicklung des Viehbestandes zu fördern und die Fleischversorgung der Bevölkerung zu verbessern, wurde *ab 1. Januar 1949 zur Hektarveranlagung für Nutzvieh und Geflügel übergegangen*. Die Hektarveranlagung bedeutet eine gerechtere Festlegung des Ablieferungssolls und gibt dem Bauern, der seinen Viehbestand verbessert, die Möglichkeit, seine Übermengen an Fleisch zu höheren Preisen zu verkaufen.

Die Bilanz des Landwirtschaftsjahres zeigt, daß die Erträge der volkseigenen Güter im allgemeinen höher liegen als die Erträge der Bauernwirtschaften.

Wenn die Ergiebigkeit pro Hektar in den Bauernwirtschaften erhöht werden soll, ist es vor allem notwendig, den Klein- und Mittel-

bauern durch die Maschinenausleihstationen zu helfen, sie besser mit Düngemitteln, Maschinen und Ersatzteilen zu versorgen, ihnen die agrartechnischen Erfahrungen der volkseigenen Güter zu vermitteln sowie durch Lieferung von hochwertigem Saatgut und Nutzvieh von den volkseigenen Gütern zu helfen. *Niemand sollte vergessen, daß die Klein- und Mittelbauern etwa 75 Prozent des Bodens bearbeiten.*

Was die Lage der Landarbeiter betrifft, so müssen wir sagen, daß weder die Partei noch die Gewerkschaften genügend Anstrengungen unternommen haben, die Lage der Landarbeiter zu verbessern. Die Wohnverhältnisse der Landarbeiter sind in vielen Fällen schlecht. Nachprüfungen haben ergeben, daß nicht überall die Tarifverträge eingehalten werden. Zum Beispiel nutzen manche Gutsbesitzer die Schwierigkeiten der Umsiedler aus und bezahlen sie unter Tarif. Auch auf zahlreichen volkseigenen Gütern sind die Lebensverhältnisse der Landarbeiter unbefriedigend.

Die Hauptaufgaben in der Landwirtschaft im Jahre 1949

Um die Ernährung der Bevölkerung verbessern zu können, ist es notwendig, daß möglichst bald die Bodenergiebigkeit der Friedenszeit erreicht wird. Ich sage offen, daß nach unserer Meinung der Hektarertrag ungenügend ist. So wie in der Industrie der Arbeitsenthusiasmus entfaltet wurde zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Durchbrechung der alten technischen Normen, ist es notwendig, auch in der Landwirtschaft einen Umschwung herbeizuführen.

Die Hauptaufgabe in der Landwirtschaft ist die weitere Steigerung des Ertrages der landwirtschaftlichen Kulturen und die Erhöhung der Produktion tierischer Erzeugnisse. Die Ergiebigkeit pro Hektar muß mindestens um 10 Prozent gegenüber 1948 gesteigert werden. Die Anbaufläche ist um 67 000 Hektar zu erweitern. Sehr wichtig für die Versorgung der Bevölkerung ist, daß die Anbaufläche der Ölfrüchte um 10 000 bis 14 000 Hektar vergrößert werden soll, was eine Mehrproduktion von 3000 bis 3500 Tonnen Öl bedeutet. Besondere Aufmerksamkeit muß der Erweiterung des Anbaus von Zuckerrüben und von mehrjährigen Hülsenfruchtgewächsen gewidmet werden.

Der Viehbestand soll wie folgt erhöht werden:

	Stand am 31. Dez. 1948	Ende 1949
Schweine	2 630 000 Stück	3 000 000 Stück
Rinder	2 883 000 Stück	3 180 000 Stück
Pferde	667 800 Stück	688 000 Stück
Schafe	723 000 Stück	905 000 Stück

Unseres Erachtens ist es möglich, bei normalen Witterungsbedingungen den Plan in bezug auf die Hektarerträge nicht nur zu erfüllen, sondern überzuerfüllen. Man muß Schluß machen mit dem allgemeinen Gerede gegen die Bauern, das heute noch in vielen Städten, leider auch in manchen Parteiorganisationen, umgeht, und muß dazu übergehen, ernsthafte Maßnahmen zu treffen, damit den Neubauern, Kleinbauern und Mittelbauern und ihrer Organisation, den Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe, ernsthaft geholfen wird.

Zur Vorbereitung unserer Parteikonferenz haben wir eine Reihe von Fachkommissionen gebildet, denen Genossen aus den Landwirtschaftsabteilungen bei den Parteileitungen, SED-Genossen aus der ZVdgB und aus Genossenschaften angehört haben. Wir unterbreiten den werktätigen Bauern und der gesamten werktätigen Bevölkerung folgende Vorschläge zur öffentlichen Beratung und ersuchen die Deutsche Wirtschaftskommission um Stellungnahme dazu.

1. Hebung der Produktivität der volkseigenen landwirtschaftlichen Betriebe

Wir begrüßen den Vorschlag der Hauptverwaltung für Landwirtschaft der Deutschen Wirtschaftskommission, daß für die sowjetische Besatzungszone *Vereinigungen volkseigener landwirtschaftlicher Betriebe* (volkseigene Güter, wozu auch die Saatzuchtgüter gehören) geschaffen werden. Den Parteigruppen in diesen volkseigenen landwirtschaftlichen Betrieben sowie den Gewerkschaftsgruppen muß durch die leitenden Organe die gleiche Bedeutung zugemessen werden wie den Parteigruppen in den Großbetrieben der Industrie. Die Vereinigungen volkseigener landwirtschaftlicher Betriebe haben folgende Aufgaben:

- a) Einheitliche Produktionsplanung der volkseigenen landwirtschaftlichen Betriebe in der Zone,
- b) einheitliche Versorgung der volkseigenen landwirtschaftlichen Betriebe mit Betriebsmitteln,
- c) Angleichung der Buchführung in den einzelnen Ländern und Einführung einer einheitlichen Berichterstattung,
- d) Leitung und Kontrolle der sonstigen volkseigenen landwirtschaftlichen Betriebe, insbesondere der DSG-Betriebe und der Landesgestüte.

Auf den volkseigenen Gütern muß rentabel gewirtschaftet werden. Es ist notwendig, die Produktivität der Arbeit zu erhöhen, denn die Arbeiter auf den volkseigenen Gütern arbeiten für das Volk. Es gibt auf diesen Gütern keine Ausbeutung mehr. Daraus ergibt sich ein neues Verhältnis des Arbeiters zur Arbeit und zur Einführung des Leistungslohnes. *Die nächste Aufgabe besteht also darin, richtige Grundnormen für die einzelnen Arbeiten zu errechnen und auf dieser Grundlage den Leistungslohn in allen Zweigen der landwirtschaftlichen Tätigkeit zu entwickeln.*

Es ist notwendig, die Arbeit auf den volkseigenen Gütern, seien es Landesgüter oder Saatzuchtgüter der Zone, so zu entwickeln, daß sie Mustergüter werden, die nicht nur hochwertiges Saatgut liefern, sondern auch den Klein- und Mittelbauern ihres Gebietes in agrartechnischer Beziehung und in jeder Hinsicht helfen. Sie sollen Stützpunkte für die bäuerliche Wirtschaftsberatung und Berufserziehung sowie für die Schaffung eines Netzes von Deckstationen zur Versorgung der Bauernschaft mit Nutzvieh sein. Diese Güter haben die besondere politische und moralische Verpflichtung, den Neubauern Unterstützung zu gewähren und sie zu beraten, damit die Ergiebigkeit der Neubauernwirtschaften erhöht wird.

Solange im Gebiet eines volkseigenen landwirtschaftlichen Betriebes eine Maschinenausleihstation nicht besteht, soll dieser Betrieb in weitgehendem Maße den Neubauern, Kleinbauern und Mittelbauern bei der Bestellung ihres Bodens durch Einsatz seines Maschinenparks helfen. Die volkseigenen Güter können ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn die Gewerkschaften der Industriezentren qualifizierte Mechaniker in die landwirtschaftlichen Großbetriebe entsenden.

2. Hilfe für die Bauern durch Entwicklung der Maschinenausleihstationen

Man kann erst von einer ernsthaften Hilfe für die werktätigen Bauern sprechen, wenn die Maschinenausleihstationen besser arbeiten und zu technischen, agronomischen, kulturellen Zentren werden.

Bisher waren die Maschinenausleihstationen noch technisch schwach. Es ist zu begrüßen, daß auf Vorschlag der Deutschen Wirtschaftskommission und der Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe nunmehr einheitliche Maschinenausleihstationen geschaffen werden, denen die Reparaturwerkstätten der landwirtschaftlichen Genossenschaften angegliedert werden. Es hat sich erwiesen, daß diese Ausleihstationen ihre Aufgaben nur erfüllen können, wenn die staatlichen Organe, die Deutsche Wirtschaftskommission und die Landratsämter, die Verantwortung übernehmen, daß alle von der Industrie hergestellten und von den MAS und den volkseigenen Gütern benötigten landwirtschaftlichen Maschinen ausschließlich an diese geliefert werden. Es sind Spezialbetriebe zu bestimmen, die im Rahmen des Plans Ersatzteile für die Maschinenausleihstationen produzieren. *Die ursprünglich im Plan vorgesehene Erhöhung der Ersatzteilproduktion ist nach unserer Meinung nicht ausreichend.* Es ist notwendig, bei der Deutschen Wirtschaftskommission schleunigst eine besondere Kommission für Landmaschinenteknik zu schaffen.

Die Maschinenausleihstationen haben nicht nur die Aufgabe, den Bauern bei der Bodenbestellung und bei der Ernte zu helfen. *Die Maschinenausleihstationen müssen daher so organisiert werden, daß sie imstande sind, den werktätigen Bauern eine allseitige Hilfe zu leisten.* Bei jeder Maschinenausleihstation müssen Agronomen tätig sein, die die Bauern, vor allem die Neubauern, beraten. Die Leiter der Maschinenausleihstationen sollen sich für die Durchführung der Landwirtschaftspläne in ihrem Gebiet verantwortlich fühlen und dafür sorgen, daß in allen Gebieten und Dörfern ein genauer Plan für den Einsatz der landwirtschaftlichen Geräte ausgearbeitet wird. Die MAS sorgt dafür, daß auf Grund des Anforderungsgesetzes private Zugmaschinen und Transportmittel planmäßig eingesetzt werden. Die Mitarbeiter der MAS sollen in Gebieten mit schwacher Bodenqualität die Bauern beraten, wie die Ergiebigkeit des Bodens erhöht werden kann, und Einfluß nehmen auf die Verbesserung des Landwirtschaftsplanes für dieses Gebiet.

Eine besondere Verantwortung haben die Treckerführer. Von ihnen hängt entscheidend die Übererfüllung des Plans ab. Sie müssen einen Kampf führen, damit die Maschinen und Geräte instand gehalten und richtig ausgenutzt werden. Dazu ist aber notwendig, daß auch für den Treckerführer der Leistungslohn eingeführt wird. Das heißt, für den Achtstundentag wird eine zu bearbeitende Hektarfläche als Leistungsnorm festgesetzt. Bei höherer Hektarleistung im Rahmen des Achtstundentages beziehungsweise durch Erhöhung der Zahl der Arbeitsstunden wird für die Mehrleistung ein höherer Lohn je Hektar gezahlt. Außerdem können die Treckerführer für die Erfüllung oder Übererfüllung ihres Plans bestimmte landwirtschaftliche Produkte erhalten.

Die MAS sollte auch ein kulturelles Zentrum sein. Sie sollte helfen, daß in den Dörfern Lesestuben, Bibliotheken usw. eingerichtet werden und daß künstlerische Veranstaltungen stattfinden, die dem Bauern nach seiner schweren Tagesarbeit Freude und Erholung bringen.

3. Verbesserung der Lage der Landarbeiter

Es liegen viele Beschwerden vor, daß die Landarbeiter von manchen Landwirten in ihren Rechten beschränkt werden und daß die Arbeitsbedingungen und die Wohnverhältnisse den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechen.

Wir schlagen deshalb vor, daß der Landarbeiterverband gemeinsam mit der Deutschen Wirtschaftskommission ein besonderes Landarbeiterschutzgesetz ausarbeitet, damit die Rechte der Landarbeiter gesetzlich gesichert werden.

4. Erfüllung des Programms für den Bau von Neubauerngehöften

Alle demokratischen Kräfte müssen es sich zur Ehre machen, wo sie nur können, zur Erfüllung des Bauprogramms der Neubauernhäuser beizutragen. Durch Einsatz freiwilliger Arbeitskräfte, durch Organisation des Wettbewerbs und durch gegenseitige Hilfe mittels Zurverfügungstellung von Einrichtungsgegenständen ist dem Neubauern zu helfen. Die staatlichen Wirtschaftsorgane sind verpflichtet,

dafür zu sorgen, daß Möbel und andere Einrichtungsgegenstände für die Neubauernhäuser durch zweckmäßige Normung gut und zu einem angemessenen Preis hergestellt werden. Maschinenausleihstationen in den volkseigenen Gütern sind verpflichtet, durch Zurverfügungstellung von Transportmitteln zu helfen.

Im Jahre 1949 sollen folgende Gebäude für die Neubauernhäuser erstellt werden:

Land	Bau- einheiten	Wohn- häuser	davon Ställe	Scheunen	hinzu kommt die Fertigstellung von am 1. 1. 49 im Rohbau befindlichen Wohnhäusern
Mecklenburg	19 540	7 740	6 650	5 150	3 364
Brandenburg	22 750	8 950	8 250	5 550	1 093
Sachsen-Anh.	14 990	5 240	6 300	3 450	786
Sachsen	10 200	4 050	4 050	2 100	894
Thüringen	5 420	2 170	2 000	1 250	77
Insgesamt	72 900	28 150	27 250	17 500	6 214

5. Stärkere Förderung der Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe

Die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe haben sich die Aufgabe gestellt, zum Träger der Durchführung des Landwirtschaftsplans im Dorf zu werden. Gemeinsam mit den werktätigen Bauern arbeiten die VdGB die Pläne zur Erhöhung der Ergiebigkeit des Bodens aus.

Damit die Durchführung des Landwirtschaftsplans gewährleistet wird, ist es erforderlich, daß die *agronomische Beratung* der Bauern durch die MAS und die VdGB systematisch ausgebaut wird. Durch Feldbegehungen sind die besten Beispiele einer sorgfältigen und rechtzeitigen Bodenbearbeitung den Bauern zu vermitteln, deren Feldbestellung zurückgeblieben ist. Die Beratung in bezug auf die Düngung, Saatenpflege, Unkrautbekämpfung, der Kampf gegen Pflanzenkrankheiten und Schädlinge, die Beratung in all diesen Fragen müßte durch gutgeschulte Berater der VdGB erfolgen. Wie wäre

es, wenn MAS und VdgB zum öffentlichen Erfahrungsaustausch übergingen, in der Dorfwandzeitung die besten Erfahrungen vermittelten und solche Bauern, die ihren Hof vernachlässigen, auch öffentlich kritisierten? Auch im Dorfe müssen die Arbeitsmethoden geändert werden.

Es liegen Mitteilungen vor, daß in verschiedenen Fällen Ackerboden nicht bebaut wird, und es gibt sogar Ackerboden, der verheimlicht wird. Wir halten es für angebracht, daß die Deutsche Wirtschaftskommission ein Gesetz erläßt, wonach *Ackerland, das nicht bebaut wird, vom Staat übernommen wird*. Die Staatsorgane werden dann die notwendigen Maßnahmen treffen, damit der Boden bebaut wird.

6. Vorschläge zur Verbesserung der Lage der werktätigen Bauern

Die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe haben in letzter Zeit eine Reihe Vorschläge veröffentlicht, die eine gründliche Beratung und Annahme durch die Deutsche Wirtschaftskommission verdienen. Eine brandenburgische Studienkommission schlägt vor, daß die *Grundsteuer* nach Hebesätzen errechnet wird, die entsprechend den Betriebsgrößen zu staffeln sind. Dadurch würde erreicht, daß die Grundsteuer entsprechend der landwirtschaftlichen Stärke der einzelnen Bauernwirtschaften berechnet wird. Damit Kleinbauerngemeinden, die kein ausreichendes Steueraufkommen haben, nicht benachteiligt werden, wird ein Finanzausgleich vorgeschlagen. Dieser Vorschlag verdient ernstliche Beachtung. Weiter wurde von Organisationen der VdgB vorgeschlagen, daß die *Feuerversicherungsprämien* für Weichbedachung und für die Naturbauweise nicht höher sein dürften als für die Hartbedachung und die Massivbauweise. Dieser Vorschlag ist richtig, denn die bisherigen Prämiensätze für die Feuerversicherung bedeuten eine besondere Benachteiligung der Neubauern.

In bezug auf die *Sozialversicherungsbeiträge* wird vorgeschlagen, daß für landwirtschaftliche Betriebe bis 20 Hektar der Bauer für die mitarbeitenden Familienangehörigen über 21 Jahre nur den Beitrag für die Sozial-Pflichtversicherung zu leisten hat, der als Anteil bei der Beschäftigung fremder Arbeitskräfte auf ihn entfallen würde.

Notwendig ist, daß zur Vermeidung willkürlicher Festsetzung von *Pachtzinsen* die Bestätigung der Pachtpreise durch das Landratsamt erfolgt.

Die Verteilung der von den Vereinigungen volkseigener landwirtschaftlicher Betriebe für die Klein- und Mittelbauern bereitzustellenden hochwertigen *Zucht- und Nutztiere* durch die Genossenschaften müßte unter Leitung der VdgB erfolgen.

Wir halten es auch für angebracht, daß eine solche Regelung herbeigeführt wird, daß die *Zinszahlungen* der Neubauern für Bau- und Einrichtungskredite 3 Prozent der Kreditsumme nicht überschreiten dürfen.

Nach dem Plan soll die Landwirtschaft 1949 mehr Düngemittel erhalten als im Vorjahr, und zwar

Stickstoff	168 000 Tonnen
Kalidünger	917 000 Tonnen
Düngekalk	500 000 Tonnen
Phosphordünger	73 000 Tonnen.

Da es vorgekommen ist, daß Kleinbauern nicht imstande waren, hochwertiges Saatgut zu kaufen, müssen für sie der *Saatgutbezug künftig vereinfacht* und beim Bezug Vergünstigungen gewährt werden. Das richtige Prinzip wäre, daß die VdgB die Versorgung der Klein- und Mittelbauern durch *Gemeinschaftsbezug* sichern.

Diese Aufgaben können nur erfüllt werden, *wenn die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu wirklich demokratischen Organisationen werden*. Heute sind es zum Teil Unternehmungen, die mit kapitalistischen Methoden arbeiten, von mehr oder weniger interessierten Angestellten verwaltet werden und oft einseitig den Interessen von Großbauern dienen.

In Sachsen gibt es zum Beispiel eine „Landwirtschaftsmaschinen-Genossenschaft“, deren Mitglieder ausschließlich Privathändler und Inhaber von Reparaturwerkstätten sind. Sie halten sich bis zu 50 bezahlte Arbeitskräfte. Die Aufgabe der „Genossenschaft“ besteht darin, von den staatlichen Wirtschaftsorganen landwirtschaftliches Inventar, Ersatzteile und andere Materialien zu erhalten, um sie zu veräußern. In Thüringen gibt es Fälle der Verschmelzung genossenschaftlicher Betriebe mit privatkapitalistischen Betrieben.

Es sind berechnete Forderungen, wenn die Kleinbauern und die Mittelbauern verlangen, daß sie entsprechend ihrer Zahl in den leitenden Organen landwirtschaftlicher Genossenschaften vertreten sind. Eine Genossenschaft kann sich nur entwickeln, wenn eine innere Demokratie vorhanden ist, wenn die Mitglieder über wichtige Fragen der genossenschaftlichen Tätigkeit befragt werden und darüber beschließen. Gegenwärtig ist das in den landwirtschaftlichen Genossenschaften nur wenig der Fall. Das hängt damit zusammen, daß die tägliche Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit der Berufsorganisation der werktätigen Bauern noch mangelhaft ist. Die Vorschläge, die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu reorganisieren, den Neubauern den Eintritt in die Genossenschaften zu erleichtern und das Nebeneinander der einzelnen Genossenschaften im Dorf zu überwinden, all das sind Vorschläge, die ernste Beachtung verdienen.

7. Ausbau des staatlichen Erfassungsapparates und des Aufkaufs freier Mengen zu höheren Preisen

Von den Organen für Handel und Versorgung ist vorgeschlagen worden, die gesetzliche Erfüllung der Ablieferungspflicht landwirtschaftlicher Produkte durch Erweiterung des staatlichen Erfassungsapparates bis zu den unteren Erfassungsstellen zu organisieren. Wir halten diesen Vorschlag für richtig. Indem die staatlichen Erfassungsbeauftragten in den Erfassungsstellen die Verantwortung übernehmen, sollen Garantien geschaffen werden, daß die Bauern nicht durch die privaten Interessen von Spekulanten benachteiligt werden. Während also bisher die Getreidehändler oder Viehhändler selbst die Erfassung durchführten, wird in Zukunft die *staatliche* Erfassungsstelle verantwortlich sein und mit Großhändlern oder Viehhändlern über die Mitarbeit und über die Zurverfügungstellung ihrer Lagerräume und anderer technischer Einrichtungen Verträge abschließen.

Was den Aufkauf der freien Mengen betrifft; so ist ebenfalls eine Neuregelung erforderlich. Es wäre das zweckmäßigste, wenn die Erfassungsstellen mit den Bauern über die termin- und qualitätsmäßigen Verkäufe freier Mengen zu höheren Preisen Verträge abschließen würden. Diese freien Mengen werden zum Teil für die zusätzliche Versorgung von Betriebsbelegschaften verwendet, vor allem aber

auch für die freien Läden. Im Endergebnis wird eine solche Regelung die Marktbeziehungen heben, da der Bauer, dessen freie Mengen infolge der neuen Maßnahmen zunehmen werden, in den freien Läden dafür Waren kaufen kann.

8. Mehr Demokratie im Dorfe

Bei meinen Besprechungen mit Kleinbauern, aber auch aus schriftlichen Berichten mußte ich feststellen, daß in vielen Dörfern die Demokratie noch nicht entwickelt ist. Oft kommandiert einfach der Bürgermeister oder sein Gemeindegeschreiber, und die Bauern sprechen vom Dorfpascha. In zahlreichen Orten finden nur selten Tagungen der Gemeindevertreter statt, eine öffentliche Berichterstattung des Bürgermeisters hat in vielen Dörfern überhaupt noch nicht stattgefunden. Eine solche Methode öffnet der Willkür Tür und Tor. Das muß grundlegend geändert werden. Es ist höchste Zeit, daß die Wunschanbaupläne der Bauern in einer Bauernversammlung beraten werden. Auch die Differenzierung müßte in einer Bauernversammlung zur Diskussion stehen. In den Ausschüssen der Gemeindevertretung sollten vor allem Landarbeiter und werktätige Bauern mehr als bisher zur Mitberatung und Beschlußfassung herangezogen werden. Auch unsere Landwirtschaftsabteilungen und kommunalpolitischen Abteilungen sollten diesen Fragen mehr Aufmerksamkeit widmen als bisher.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der werktätigen Bauern auf den Paragraphen 38 der Gemeindeordnung, in dem gesagt wird, daß der Bürgermeister und der Gemeinderat zu ihrer Amtsausübung des Vertrauens der Gemeindevertretung bedürfen. Der Bürgermeister ist also jederzeit absetzbar, wenn er seine demokratischen Verpflichtungen nicht erfüllt.

Wir sind der Meinung, daß im Sinne der demokratischen Landesverfassungen, in denen davon gesprochen wird, daß die Bevölkerung an der Durchführung der Gesetze mitarbeitet und das Recht der demokratischen Kontrolle der Verwaltungen hat, eine *regelmäßige öffentliche Berichterstattung der Gemeindevertretung* in Dorfversammlungen stattfinden sollte.

9. Über die kulturelle Entwicklung im Dorfe

Wir denken, es ist höchste Zeit, die Kulturarbeit im Dorfe besser zu entwickeln. Wohl leisten viele Neulehrer eine gute Arbeit, aber leider müssen wir feststellen, daß es in vielen Dörfern noch keine Bibliotheken gibt, daß nur alle paar Wochen eine Kinovorstellung stattfindet. Auch die VdGB hatten bisher keine Mittel, durch agrarwissenschaftliche Filme und andere Kulturfilme zur Hebung des allgemeinen kulturellen Niveaus beizutragen. In wie vielen Dörfern der sowjetischen Besatzungszone gibt es eine Lesestube, wo die Jugend und die Erwachsenen Zeitungen, Zeitschriften und Bücher lesen können? Als ich in einem Dorf fragte, warum man das frühere Sturmlokal des SS-Reitersturms nicht dazu verwenden könne, sagte man mir, daß dort noch der alte Besitzer sei und in seinem Lokal die Festlichkeiten der Dorfreichen stattfänden. Drei Gasthöfe, die Zentren der nazistischen Aktivität waren, sind vorhanden, aber kein Lokal, um ein Jugendheim für die Freie Deutsche Jugend einzurichten, kein Lokal, wo sich die Schachgruppen oder Sportgruppen des FDGB treffen können.

Es ist an der Zeit, daß man in allen Dörfern Lesestuben und Bibliotheken einrichtet und Jugendheime der Freien Deutschen Jugend schafft, in denen sich die Jugend wohl fühlt.

Alle diese Maßnahmen zusammengenommen müssen im Jahre 1949 zu einer entschiedenen Besserung der Lage im Dorfe führen. Möge die Arbeiterklasse ihre führende Rolle in der Tat beweisen durch die Entsendung der besten, qualifiziertesten Arbeiter in die Maschinenausleihstationen und volkseigenen Güter, durch Schaffung von Patenschaften zwischen Großbetrieben und Dörfern. Legen wir mehr Mut an den Tag, um die *Töchter und Söhne der Landarbeiter, der Neubauern und Kleinbauern auf Fachschulen und Hochschulen zu schicken*. Das ist der Weg, auf dem wir imstande sein werden, den Landwirtschaftsplan überzuerfüllen und die Ernährung der Bevölkerung ernsthaft zu verbessern.

Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung des Handels

Wir schlagen folgende Maßnahmen vor:

1. *Qualitätsverbesserung.* Die Hersteller müssen verpflichtet werden, ihre Waren mit ihrem Firmenzeichen zu kennzeichnen, damit der Käufer die Möglichkeit hat, sich bei schlechter Qualität zu beschweren. Die Organe für Handel und Versorgung müssen verpflichtet werden, nur sortiments- und qualitätsgerechte Ware abzunehmen.

2. *Verkürzung des Handelsweges.* Die Übernahme des Handels durch die Deutsche Handelsgesellschaft hat nicht dazu beigetragen, die Mißstände im Handelsapparat zu vermindern. Es ist notwendig, Handelsorgane für einzelne Gewerbezweige zu schaffen, die engste mit der entsprechenden Industrieverwaltung zusammenarbeiten. Diese Handelszentralen sollen wirtschaftlich selbständig arbeiten und einem Hauptsekretariat bei der staatlichen Verwaltung für Binnenhandel unterstehen. Sie sind verpflichtet, auf dem kürzesten Wege die Ware vom Produzenten an den Verbraucher heranzubringen.

^a Diese Handelsorgane beliefern direkt Großbetriebe, die Ein- und Verkaufsgenossenschaften des Kleinhandels, die Konsumgenossenschaften, die freien Läden, landwirtschaftliche Genossenschaften usw. und bedienen sich dabei privater Handelsfirmen. Damit fällt das System der Leitfirmen weg. Es wird sich natürlich eine gesunde Konkurrenz zwischen den Handelszentralen und dem privaten Handel entwickeln. Im Einzelhandel ist für den freien Wettbewerb zwischen privatem Einzelhandel, Konsumgenossenschaften und freien Läden breiter Spielraum vorhanden.

3. *Ausbau der Konsumgenossenschaften.* Es ist notwendig, die Arbeit der Konsumgenossenschaften qualitativ zu verbessern und vor allem mehr Läden der Konsumgenossenschaften bei den größeren Betrieben zu errichten. Die Konsumgenossenschaften müssen sich dadurch auszeichnen, daß sie qualitativ gute Waren liefern, die Kunden sorgfältig bedienen und mit dazu beitragen, die Handelsspanne zu senken. In Sachsen-Anhalt haben die Konsumgenossenschaften bei der Belieferung der Bergarbeiter mit Bedarfsgütern die niedrigsten Berechnungen angewandt und damit im Jahre 1947 den Bergarbeitern eine Million Mark erspart. Der Verband der Brandenburgi-

schen Genossenschaften hat die Handelsspanne von 25 Prozent auf 18 Prozent gesenkt. Es ist an der Zeit, daß in den Konsumgenossenschaften ein offener Meinungs­austausch über die Verbesserung der Arbeit durchgeführt und vor allem darangegangen wird, Funk­tionäre zu schulen, die imstande sind, die neuen Aufgaben zu erfüllen.

4. *Privatinitiative im Handel.* Gegenüber Bestrebungen, der Überbesetzung des Kleinhandels durch administrative Maßnahmen entgegenzuwirken, erklären wir, daß wir das für unrichtig halten. Wir kämpfen gegen Spekulanten und Schieber, aber nicht gegen die Kleinhändler. Sie sollen ihr Geschäft ausüben, so gut sie können. Ich betone das deshalb, weil der amerikanische Geheimdienst es für notwendig hielt, eine Propaganda zu organisieren, wonach die SED beabsichtige, in Zusammenhang mit dem Plan für 1949 den Kleinhandel auf administrativem Wege einzuschränken. Wir sind dafür, daß der Großhandel besser und richtiger organisiert wird auf den Wegen, die wir vorgeschlagen haben. Was den übrigen Handel betrifft, so sind wir der Meinung, daß dem Wettbewerb weiter Spielraum gelassen werden muß. Wer im Wettbewerb gewinnt, das wird sich zeigen.

Über die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern

Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln weist eine langsame Besserung auf. Dank der erfolgreichen Durchführung des Landwirtschaftsplans ist im Jahre 1949 die regelmäßige Versorgung auf Grund der Karten und die zusätzliche Versorgung der Betriebsarbeiter sowie auch der erhöhte Verkauf durch die freien Läden gewährleistet. Das Defizit an Fett wird auch 1949 durch Einfuhr aus der Sowjetunion gedeckt werden. In bezug auf Fleisch besteht noch ein bedeutendes Defizit. Durch den Übergang zur Fleischablieferung auf Grund der Hektarveranlagung wird auch diese Schwierigkeit überwunden werden.

Ich muß allerdings darauf hinweisen, daß diese allmähliche Verbesserung der Versorgung nur auf Grund der erhöhten Einfuhr aus anderen Ländern, vor allem aus der Sowjetunion, möglich war. Im Jahre 1948 erhielten wir aus der Sowjetunion 10 800 Tonnen Fette

und 136 042 Tonnen Getreide; aus Polen 4¹/₂ Millionen Stück Eier; aus einigen Ländern 16 400 Tonnen Fische und aus verschiedenen Ländern Saatkartoffeln, Gemüsesämereien und Tabak. Es war leider nicht möglich, die Versorgung der Bevölkerung mit Fischen entsprechend dem Plan durchzuführen, da im zweiten Halbjahr 1948 nur 30 Prozent der vertragsmäßig zu liefernden Fische geliefert wurden. Die Hauptursache dafür ist die Verminderung des Fischfangs durch Witterungsschwierigkeiten im vorigen Herbst.

Nach der letzten Ernte wurde die Zahl der Betriebsarbeiter, die auf Grund des Befehls 234 zusätzlich Mittagessen erhalten, auf 1¹/₂ Millionen erhöht. Außerdem wurden die Kartenrationen der unteren Gruppen verbessert.

Angesichts der Steigerung der Arbeitsleistung in den Betrieben halten wir es für erforderlich, daß diejenigen, die zu den Empfängern der Lebensmittelzulage auf Grund des Befehls 234 gehören — das sind 1 650 000 Arbeiter, Angestellte und Angehörige der technischen Intelligenz —, *regelmäßig monatlich Lebensmittelzuweisungen* durch die Konsumläden der Betriebe oder besonders dazu bestimmte Verkaufsläden erhalten.

Die Überprüfung der wirtschaftlichen Lage der *Lehrer* veranlaßt uns, vorzuschlagen, daß die 80 000 Lehrer die gleichen Sonderzuweisungen erhalten. Die Bestimmungen des Zweijahrplans über die Verbesserung der materiellen Lage der Intelligenz verpflichtet uns, mehr Maßnahmen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu ergreifen. Wir halten es für notwendig, daß *die Gehälter der Professoren, Künstler usw. überprüft werden und auch für 30 000 Angehörige der Intelligenz regelmäßig besondere Lebensmittelzuweisungen erfolgen.*

Es wird von manchem vorgeschlagen, die Rationen allgemein zu erhöhen. Wenn genügend Lebensmittel zur Verfügung stünden, wäre das selbstverständlich. Bei dem vorhandenen Mangel ist aber eine solche Gleichmacherei nicht möglich. *Diejenigen, die besonders angestrengt arbeiten, sollen mehr Lebensmittel zu billigen Staatspreisen erhalten.* Diese Lebensmittelzulagen kommen auch den Familienangehörigen zugute. Da gleichzeitig das System der freien Läden erweitert wird, haben diejenigen, die Mittel zur Verfügung haben, die Möglichkeit, sich durch Kauf in den freien Läden zusätzlich zu versorgen.

Wir sind überzeugt, daß es im Ergebnis der Steigerung der industriellen Warenproduktion und der Hektarerträge der Landwirtschaft gelingen wird, die Preise in den freien Läden zu senken und zu normalen Verhältnissen des Warenverkehrs und somit allmählich zu einer allgemeinen Verbesserung der Versorgung zu kommen.

Auch in bezug auf Waren des Massenbedarfs wird im Jahre 1949 die Versorgung eine bessere werden. Waren des Massenbedarfs, wie Textilien und dergleichen, werden für Reparationszwecke nicht beansprucht. Die Steigerung der Textilproduktion hängt entscheidend von der Entwicklung der Kunstfaserproduktion ab. Im Jahre 1949 soll die Kunstfaserproduktion auf 74 000 Tonnen erhöht werden. Der Bevölkerung stehen im Jahre 1949 *doppelt soviel Textilwaren, Schuhe und Gummisohlen zur Verfügung* wie 1948.

Grundsätzlich sei gesagt, daß unsere Versorgungspolitik darauf gerichtet ist, die landwirtschaftliche Erzeugung, die Produktion von Waren des Massenbedarfs und den Import zu steigern, damit in dem Maße des größeren Warenanfalls das Kartensystem Schritt für Schritt abgeschafft werden kann. Solange noch nicht genügende Mengen einer Ware vorhanden sind, ist es unvermeidlich, daß es neben dem niedrigen staatlichen Preis noch einen Schwarzmarktpreis gibt. Indem die HO-Geschäfte errichtet wurden, die unter dem Schwarzmarktpreis verkaufen, konnten zum Beispiel die Preise für Käse, Fische usw. allmählich herabgedrückt werden. Bald wird es den Käse im freien Handel zu normalen Preisen geben und damit den Schwarzmarktpreisen ein Ende bereitet werden. Es muß selbstverständlich berücksichtigt werden, daß Importwaren, wie zum Beispiel Fische aus Polen, im Preise höher stehen als Fische aus deutschen Gewässern. Unser Ziel ist, in möglichst kurzer Frist das Kartensystem soweit wie möglich abzuschaffen und das Preisniveau durch Senkung der Produktionskosten zu halten.

Die Aufgaben im Wohnungsbau, Gesundheitswesen und in der sozialen Fürsorge

Ich sagte bereits, daß uns im Jahre 1949 bedeutend mehr Baumaterialien zur Verfügung stehen als im vorigen Jahr und daß es

darüber hinaus notwendig ist, die örtlichen Baustoffreserven besser auszunutzen, als das bisher der Fall war.

Außer dem Bau der Neubauhäuser ist das wichtigste der Bau von Arbeiterwohnungen bei den Großbetrieben der Metallindustrie und des Bergbaus. Es wird vorgeschlagen, 5000 Neubauwohnungen zu errichten, und zwar 1200 bei den großen Metallbetrieben, 1000 Wohnungen bei den Kohlenbergwerken, 1300 Wohnungen bei großen Chemiebetrieben und 1500 Wohnungen bei den Großbetrieben des Maschinenbaus, in der Hauptsache in Mecklenburg. Was den beschädigten Wohnraum betrifft, so waren im Jahre 1945 rund 650 000 Wohnungen stark beschädigt. Davon sind bis 1948 457 000 instand gesetzt, so daß man noch mit 75 000 mittelbeschädigten Wohnungen und 125 000 schwerbeschädigten Wohnungen rechnen kann.

Wir sind der Meinung, daß auf Grund des Plans für 1948 in *Berlin* großzügigere Reparaturarbeiten an Wohnungen und die Wiederinstandsetzung ganzer Straßenzüge durchgeführt werden sollten. Ich habe nicht im einzelnen über die Aufgaben in Berlin gesprochen, weil der Berliner Magistrat sicherlich auf der Grundlage des endgültigen Plans für 1949 einen eigenen Plan für 1949 ausarbeiten wird. Wir sind überzeugt, daß in diesem Plan neben der Reparatur leicht-, mittel- und schwerbeschädigter Wohnungen die Berliner auch dazu übergehen werden, eine wirkliche Masseninitiative zu entfalten, um die Gebäude in solchen Straßenzügen wie der Frankfurter Allee und Unter den Linden wieder aufzubauen und damit im Wiederaufbau von Berlin wesentlich vorwärtszukommen. Ich glaube, sagen zu können, daß die Wirtschaftsorgane der Zone der Berliner Bevölkerung dabei helfen werden, denn es ist von großer Bedeutung, den Beweis zu erbringen, daß der neue Magistrat nicht wie der alte nur herummeckert und nur von Berlin nach Frankfurt fährt, sondern auch einen eigenen Plan hat, einen *Plan des Wiederaufbaus der Hauptstadt Deutschlands aus eigener Kraft*.

Was das *Gesundheitswesen* betrifft, so wollen wir den Mitarbeitern im Gesundheitswesen, insbesondere den Ärzten und Schwestern, den Dank dafür aussprechen, daß es gelungen ist, den Kampf gegen akute Seuchen mit Erfolg zu führen. Dem Wunsch der leitenden Organe im Gesundheitswesen nach eigenem Weisungsrecht und stärkerer Zentralisation und Kontrolle im Gesundheitswesen wurde durch Eingliederung der Hauptverwaltung für Gesundheitswesen in die Deutsche Wirtschaftskommission entsprochen. Wir können feststellen,

daß in der sowjetischen Besatzungszone im dritten und vierten Quartal 1948 die Zahl der Geburten die Zahl der Sterbefälle übersteigt.

Wir legen besonderen Wert darauf, daß die Zahl der Polikliniken erhöht wird. Für 1949 sind 35 neue Polikliniken in Großbetrieben vorgesehen. Wir schlagen vor, daß im Rahmen des Plans *in jedem Industriezentrum bei einem der Betriebe eine Poliklinik für mehrere Betriebe geschaffen und außerdem eine Poliklinik in jedem Kreis und in jedem Volkskurort eingerichtet wird.*

Die Zahl der kommunalen Polikliniken und öffentlichen Behandlungsstellen soll von 269 Ende 1948 auf 321 Ende 1949 erhöht werden.

Außer den bereits bestehenden *Volksbädern* Bad Elster, Bad Berggießhübel, Bad Lausick, Bad Salzungen, Bad Liebenstein, Bad Heiligendamm und Bad Wolkenstein sollen im Jahre 1949 noch weitere Bäder zu Volksbädern gemacht werden.

Wir sind der Meinung, daß *der Feriendienst des FDGB bedeutend mehr Verträge mit privaten Pensionsbesitzern abschließen könnte*, damit im Jahre 1949 eine bedeutend größere Zahl Werktätiger Ferienplätze in Luftkurorten usw. erhalten kann.

Um die Arbeit der werktätigen Frauen zu erleichtern, soll die Zahl der Betriebskindergärten von 276 im Jahre 1948 auf 500 im Jahre 1949 erhöht werden, die der allgemeinen Kindergärten von 4265 auf 5027, die der Kinderheime von 2004 auf 2361 und die der Kinderkrippen von 1400 auf 1960. Es ist eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften und des DFD, hierbei weitere Initiative zu entwickeln.

Die Durchführung des Gesundheitsplans hängt wesentlich von der *Initiative der Ärzte* ab. Wir müssen leider feststellen, daß zum Beispiel in Thüringen 1945 63 Prozent aller Ärzte im öffentlichen Dienst waren, aber 1948 nur noch 45 Prozent. Es genügt aber heute weniger als früher, daß der Arzt sich nur um einzelne Patienten kümmert oder im Kurort das Befinden der Kranken und Erholungsbedürftigen beobachtet. In unserer demokratischen Ordnung trägt jeder einzelne Arzt ein Stück Verantwortung auch für die Förderung der gesamten Volksgesundheit. Es wäre zu begrüßen, wenn eine größere Zahl Ärzte sich eine bestimmte Zeit am Tage für die Tätigkeit in den Polikliniken zur Verfügung stellen würde. Niemand hat

etwas dagegen, daß sie daneben ihre privatärztliche Praxis weiter behalten. *Wir wollen aber erreichen, daß ein Arbeiter oder Bauer, der die Poliklinik aufsucht, von Spezialisten gründlich untersucht wird, die ein einwandfreies Krankensbild feststellen und in allen ernstesten Fällen veranlassen, daß ein Kollegium von Fachärzten die notwendigen Maßnahmen verordnet.*

Die Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten läßt noch zu wünschen übrig. Arzneimittel wurden 1948 im Werte von 160 Millionen DM hergestellt, 1949 sollen für 208 Millionen DM produziert werden. Wir begrüßen vor allem, daß nach dem Plan nunmehr die Penicillin-Produktion in der Zone aufgenommen wird.

Wir halten es für notwendig, daß *die Zahl der volkseigenen Arzneimittellager erhöht wird* und durch sie eine direkte Belieferung der Polikliniken, Krankenhäuser und Kurorte erfolgt. Dadurch werden solche Organisationen wie die „Provinzialkammer der pharmazeutischen Industrie“ für Sachsen-Anhalt und ähnliche Gebilde überflüssig. Wir sind der Meinung, daß es einer gesunden Entwicklung des Apothekenwesens dienen würde, wenn bei den Polikliniken volkseigene Apotheken beständen und dadurch ein günstiger Einfluß auf Qualität und Preisgestaltung auch der privaten Apotheken ausgeübt würde.

Erziehung von Fachkräften

Die Erziehung von Fachkräften ist eine der Hauptaufgaben bei der Durchführung des Zweijahrplans. Infolge der Vernachlässigung der fachlichen Ausbildung nach 1933 und während des Hitlerkrieges sowie durch die Zahl der Umsiedler ist der Anteil der geschulten Fachkräfte in Industrie und Landwirtschaft bedeutend zurückgegangen.

Im Jahr 1949 ist eine Erhöhung der Beschäftigtenzahl um etwa 4 Prozent vorgesehen. Diese Arbeitskräfte können aus den Reihen der Jugendlichen und vollverwerbsfähigen Frauen gewonnen werden. Ich lenke die Aufmerksamkeit darauf, daß zur Zeit noch 125 000 Jugendliche nicht in Berufsschulen erfaßt sind und daß ein Teil der Frauen, vor allem aus den Reihen der Umsiedler, noch keine systematische Berufsausbildung erhält.

Im Rahmen des Zweijahrplans müssen 400 000 Facharbeiterinnen und -arbeiter ausgebildet beziehungsweise durch Fortbildung zu qualifizierten Facharbeitern entwickelt werden. Zur Berufsausbildung der Jugendlichen ist es notwendig, im Jahre 1949 400 neue Berufsschulen bei volkseigenen und SAG-Betrieben zu errichten. Dazu ist die Ausbildung von 500 Fachlehrern notwendig.

In der Zeit des Zweijahrplans werden etwa 16 000 leitende Fachleute benötigt. Wir brauchen Meister als Leiter der Maschinenausleihstationen, Meister und Techniker für die Reparaturwerkstätten, Schlepperführer für die Maschinenausleihstationen. Das sind mindestens 2500 Fachleute. Wir brauchen Meister und Vorarbeiter, von denen im Jahr 1949 mindestens 2000 in den Betriebsfachschulen ausgebildet werden sollen. Zur Entwicklung leitender technischer Kräfte, die imstande sind, Betriebe zu leiten, wäre es notwendig, Sonderlehrgänge für erfahrene, qualifizierte Aktivisten und Meister durchzuführen. Die Zahl der Ingenieurschulen soll von 25 auf 38 erhöht werden. Durch Einrichtung zusätzlicher Kurse könnte die zusätzliche Ausbildung von 1000 Ingenieurassistenten erreicht werden.

Zur Verbesserung der Arbeit des Innen- und Außenhandels ist es notwendig, außer den Sonderlehrgängen in der Verwaltungsakademie noch zusätzliche Kurse durchzuführen.

Um die Entwicklung von Fachkräften in der Landwirtschaft zu beschleunigen, ist es notwendig, Fachschulen bei volkseigenen Gütern und Maschinenausleihstationen zu errichten.

Diese ungeheure Aufgabe der Ausbildung von Fachkräften kann nur gelingen, wenn der Bürokratismus auf dem Gebiet der Berufsausbildung überwunden wird. Es ist notwendig, systematisch die Aktivisten fachlich zu schulen und aus dem Kreis dieser Kurssteilnehmer die Hörer für die höheren Fachschulen, für die Ingenieurschulen usw. auszuwählen.

Es ist notwendig, daß allen Körperschaften, die sich mit Fragen der Berufsausbildung beschäftigen, Vertreter der Freien Deutschen Jugend angehören, um zu erreichen, daß eine möglichst große Zahl von Mitgliedern der FDJ, die Lust und Liebe zum Fachstudium haben, zu hochqualifizierten Fachleuten ausgebildet wird. Die staatlichen Verwaltungen wie die Direktoren der Fachschulen müssen sich bewußt werden, daß die *Jugendlichen von heute die Ingenieure, Chemiker, Dozenten an Hochschulen, Betriebsdirek-*

toren und Leiter der volkseigenen Güter von morgen sein werden. Deshalb ist es notwendig, der Jugend alle Möglichkeiten zu geben, am Aufbau teilzunehmen, Aktivisten zu werden, zu lernen, zu studieren.

Nun hat man behauptet, daß die Zulassungsbedingungen zu den Universitäten und Hochschulen eine einseitige Bevorzugung der werktätigen Bevölkerung bedeuten. Im Landtag von Sachsen-Anhalt hat sich ein Vertreter der Liberal-Demokratischen Partei auf die Rektorsverfassung vom Jahre 1368 berufen. Ich kann leider nicht darauf antworten, da ich diese Verfassung nicht bekommen konnte. Der betreffende Abgeordnete behauptet, diese Universitätsverfassung von 1368 sei in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands „objektives Recht“. Ich muß diesen Vertreter des Liberalismus darauf aufmerksam machen, daß wir bereits im 20. Jahrhundert leben. In den vergangenen Jahrhunderten waren die Universitäten Erziehungsanstalten für den Nachwuchs der Bourgeoisie. Nur diejenigen konnten Universitäten besuchen, deren Eltern über die notwendigen Mittel verfügten. Nachdem jahrhundertlang die herrschende Klasse ihren Nachwuchs auf den Universitäten erzogen hat, entspricht es doch nur der ausgleichenden Gerechtigkeit, wenn die Jugendlichen aus den Reihen des werktätigen Volkes jetzt endlich zu den Universitäten und Hochschulen bevorzugt zugelassen werden.

Wir wollen nun aber nicht etwa, daß man in das andere Extrem verfällt. Zwei führende Chemiker in Mitteldeutschland stellten mir die Frage, ob ihre Söhne die Universität besuchen dürfen. Ich habe das bejaht. Es ist nicht richtig, daß in einigen Fällen bei der Auswahl der Hörer für Universitäten Söhne und Töchter der Intelligenz ausgeschaltet wurden. Wir billigen das nicht und sind überzeugt, daß diese Fehler korrigiert werden. Wir können uns aber mit den Auffassungen eines Mitarbeiters der „Neuen Zeit“ nicht einverstanden erklären, der behauptet, daß nur 3 Prozent der Bewerbungen von Handarbeitern und Bauern kämen, und der erklärte, man könne nicht aus Arbeitern Professoren machen. Ich bin überzeugt, daß manche der Arbeiterjungen und -mädels aus der Freien Deutschen Jugend noch den Beweis erbringen werden, wie tüchtige Professoren aus ihnen werden. Im übrigen haben wir heute schon in den Leitungen der Organe der Wirtschaft und des Staates ausgezeichnete Kräfte, denen man mehr die Möglichkeit geben sollte, auch Vorlesungen an Universitäten und Hochschulen zu halten.

Entwicklung des Kulturlebens

Der Zweijahrplan ist der Plan des kulturellen Fortschritts.

Durchführung des Zweijahrplans, das heißt Erziehung der Menschen zu bewußten Erbauern einer neuen friedlichen demokratischen Ordnung und Entwicklung einer neuen humanistischen Kultur.

Die großen Aufgaben des Plans können nur erfüllt werden, wenn das allgemeine Kulturniveau des schaffenden Volkes erhöht und das fachliche, berufliche und auch künstlerische Schaffen weiterentwickelt wird. Die Werktätigen in den Betrieben, die gewaltige Produktionsleistungen vollbringen, die die Arbeitsproduktivität erhöhen und neue Erfindungen machen, fordern mit Recht, daß die Schriftsteller und Tonkünstler, die Maler und Bildhauer, die Filmregisseure und Schauspieler, die sich durch hohes künstlerisches Schaffen auszeichnen, mit ihren Leistungen dem Volk dienen. Der arbeitende Mensch muß im Mittelpunkt des ganzen künstlerischen Schaffens stehen.

Ist es nicht von großer kultureller Bedeutung, das schaffende Volk, vor allem die Jugend im Goethe-Jahr durch künstlerische Veranstaltungen, Vorlesungen usw. mit den Werken des großen deutschen Humanisten und Weltbürgers vertraut zu machen?

Ich habe bereits dargelegt, wieviel Tausende Werktätige eine höhere berufliche Qualifikation erhalten müssen.

Die Fragen des Zweijahrplans sollen im Mittelpunkt des Studiums und der Forschung an den Universitäten und Hochschulen, an der Akademie der Wissenschaften und in den Berufsschulen und Volksschulen stehen.

Die Errungenschaften der fortschrittlichen Kultur müssen den Werktätigen in den Betrieben und im Dorf nähergebracht werden. Deshalb ist es notwendig, Klubs und Kulturräume in den Betrieben zu schaffen. Es darf Ende 1949 keinen volkseigenen oder SAG-Betrieb und kein volkseigenes Gut oder keine MAS geben, wo nicht zumindest ein Kulturraum oder eine Kulturecke besteht. Das System von Betriebsbibliotheken oder Büchereien für mehrere Betriebe oder für das Gebiet einer Maschinenausleihstation ist weiter auszubauen. Wir sprechen den Wunsch aus, daß die besten Künstler sich für die Veranstaltungen in den Betriebsklubs zur Verfügung stellen und

den Volkskunstgruppen bei der Ausbildung von Laienkräften helfen. Vor allen Dingen erwarten wir, daß den Werktätigen auf den Dörfern durch Betriebskinos und Wanderkinos künstlerisch wertvolle, interessante Filme geboten werden. In den Vorschlägen über die kulturellen Aufgaben im Rahmen des Zweijahrplans, die sehr wertvoll sind, wird hervorgehoben, daß es das kulturelle Ziel dieses Plans ist, Menschen mit einer neuen gesellschaftlichen Erkenntnis zu erziehen. Dazu ist notwendig, daß alle Schriftsteller und Künstler ihre ganze Kraft und Begeisterung diesem Werk widmen.

Der Beitrag der Künstler und Schriftsteller zum Zweijahrplan besteht in der Entwicklung einer realistischen Kunst und in dem Streben nach höchster künstlerischer Leistung.

Ausblick

Die demokratische Politik, wie sie in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone vom *Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien* durchgeführt wird, trägt dazu bei, die Kräfte der Demokratie in Westdeutschland zu stärken, die Mehrheit der Arbeiterschaft und der Werktätigen für den demokratischen Fortschritt zu gewinnen. Das ist ein bedeutungsvoller Beitrag im Kampf um die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands. Ein wesentlicher Unterschied der Lage in den Westgebieten Deutschlands besteht darin, daß die *Besatzungsbehörden im Westen die Interessen der Konzernherren und Bankherren der USA, Englands und Frankreichs vertreten* und Westdeutschland deren Interessen dienstbar machen wollen. Deshalb haben sie durch das Ruhrstatut die Produktion und Verteilung von Kohle, Koks, Stahl und Eisen der Zuständigkeit der deutschen Organe entzogen und die Finanzangelegenheiten des deutschen Außenhandels in die Hände der amerikanischen Organisation JEIA gelegt. *In der Ostzone hingegen sind die Besatzungsbehörden Organe eines sozialistischen Staates*, der am Frieden und an der demokratischen Entwicklung interessiert ist. Während die Besatzungsorgane des USA-Imperialismus daran interessiert sind, aus Konkurrenzgründen die deutsche Fertigwarenindustrie niedrig zu halten und Deutschland zu einem ohnmächtigen Gebilde zu machen, hat die Sowjetunion keinerlei derartige wirtschaftliche Interessen-

gegensätze zu Deutschland. Daher kommt es, daß die sowjetischen Planwirtschaftler, Agrarwirtschaftler, Verkehrsfachleute, Ingenieure und Techniker den demokratischen Organen der Ostzone bei der Wiederherstellung der Friedenswirtschaft in wirklich hochherziger Weise helfen, während in den Westgebieten Deutschlands die Besatzungsorgane sich mit der Erhaltung der Machtpositionen der hitlerschen Konzernherren und Bankherren und mit der Beseitigung des Mitbestimmungsrechts der Gewerkschaften beschäftigen. Auf Grund der großen Hilfe unserer sowjetischen Freunde fühle ich mich verpflichtet, im Namen aller der Freunde, die am Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone gearbeitet haben, den Genossen der sowjetischen Besatzungsorgane unseren besonderen Dank auszusprechen.

Wir sind überzeugt, daß das Beispiel der demokratischen Entwicklung und der Wirtschaftsplanung in der Ostzone in Westdeutschland überzeugend wirken wird.

In der Ostzone wird es gelingen, bis Ende des nächsten Jahres den Friedensstand der industriellen Produktion und des Ertrags der Landwirtschaft zu erreichen.

Aber wir wollen mehr erreichen. Mit Hilfe eines Fünfjahrplans, eines Plans des Volkes, wollen wir darüber hinaus die Bedingungen für eine glückliche Zukunft unserer Jugend und unserer Kinder schaffen.

Es wird die Zeit kommen, wo das werktätige Volk Westdeutschlands die Kraft aufbringt, die Lasten der Mißwirtschaft der Frankfurter Protektoratsverwaltung abzuschütteln, wo es versteht, daß ohne die Überführung der Betriebe der Konzernherren und anderer Kriegsverbrecher in die Hände des Volkes keine gesunde wirtschaftliche Entwicklung möglich ist.

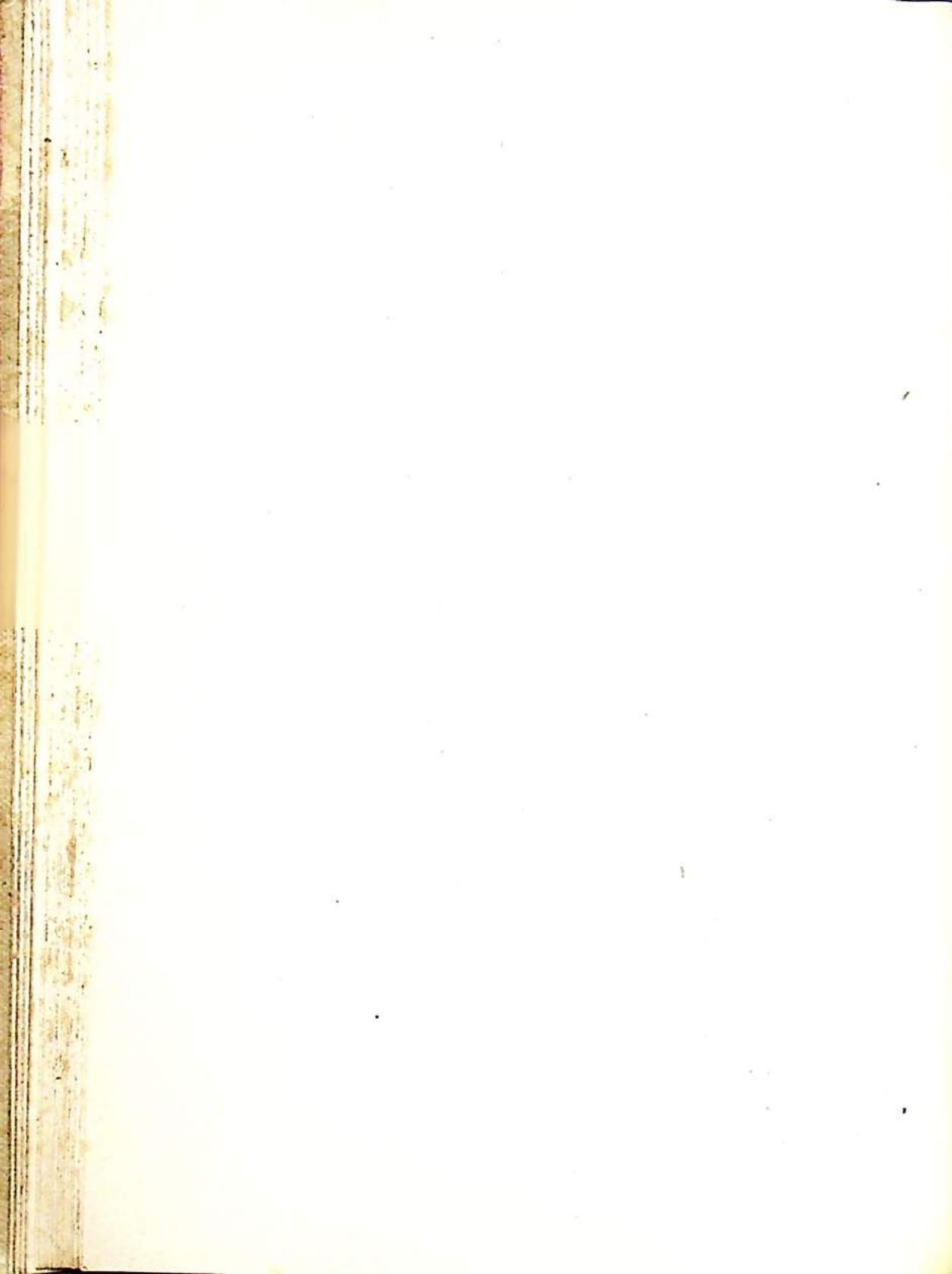
Es wird die Zeit kommen, wo die Landarbeiter, Umsiedler und landarmen Bauern in Westdeutschland sich nicht mehr mit Versprechungen aus New York trösten lassen, sondern wo sie mit Hilfe der Arbeiterschaft den Boden der Junker und Großgrundbesitzer in ihren Besitz nehmen und damit nicht nur ihre eigene Lebenslage verbessern, sondern ein großes demokratisches Werk vollbringen werden.

Es wird die Zeit kommen, wo das Beispiel der Ostzone die Werktätigen Westdeutschlands überzeugt, daß sie die Wirtschaft und den

Staat viel besser leiten können als die Herren der Harzburger Front und andere Faschisten, die heute noch in Westdeutschland in ihren Positionen sitzen.

Es wird die Zeit kommen, wo die Krisis des Marshallplans alle Deutschen, die ein einiges, friedliches, unabhängiges Deutschland wollen, überzeugen wird, daß der Weg des Deutschen Volksrates, der Weg des Neuaufbaus aus eigener Kraft vorwärts führt zu einer besseren Zukunft unseres Volkes, zu einem Deutschland, das im Kreis der demokratischen Völker geachtet ist.

Aus dem Referat auf der Ersten Parteikonferenz der SED
in Berlin vom 25. bis zum 28. Januar 1949.



Das neue Verhältnis zur Arbeit

Die Leistung der Aktivisten

Für die Festigung und Entwicklung der neuen demokratischen Ordnung ist die Höhe der Arbeitsproduktivität entscheidend. Indem sich die Aktivisten an die Spitze des Kampfes um die Durchführung des großen Wirtschaftsplans gestellt haben, haben sie die größte Leistung zur Festigung der demokratischen Ordnung und zur Verbesserung des Lebens unseres Volkes vollbracht.

Die große nationale Bedeutung des Zweijahrplans und der Hennecke-Bewegung besteht darin, daß wir den Beweis erbringen, daß es möglich ist, aus eigener Kraft den Wiederaufbau Deutschlands durchzuführen, die materielle Lage der Bevölkerung zu verbessern und wieder normale Handelsbeziehungen mit anderen Ländern herzustellen, ohne solche kolonialen Wirtschaftsdiktate hinnehmen zu müssen, wie sie von den Vertretern der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs heute gegenüber der Bizone üblich sind.

Wenn es möglich ist, trotz der durch die Spaltung unseres Vaterlandes bedingten Schwierigkeiten in einem Drittel Deutschlands die wirtschaftlichen Probleme zu lösen und Schritt für Schritt die Lebenslage der Bevölkerung zu verbessern, um wieviel eher wäre es bei einheitlichem Einsatz aller wirtschaftlichen Kräfte möglich, in ganz Deutschland die Folgen des Krieges zu überwinden und zu einem besseren Leben zu kommen.

Der fehlerhafte Kreis wurde durchbrochen

Noch vor einem halben Jahr erklärten die Pessimisten, es sei nicht möglich, aus der schweren Lage der Nachkriegszeit herauszukommen. Manche sagten, man müsse zuerst mehr zu essen geben, um

besser arbeiten zu können. Jene, die solche Stimmungen bewußt verbreiteten, wollten in Wirklichkeit auch noch die Ostzone in koloniale Abhängigkeit von den westlichen imperialistischen Mächten bringen. Vielleicht hätten wir zeitweilig einige Konservenbüchsen mehr bekommen. Aber wir hätten sie bezahlen müssen mit der Drosselung unserer Industrie, mit dem Verzicht auf die Einheit Deutschlands, die Wirklichkeit werden wird, koste es, was es wolle.

Die große Leistung der Aktivistenbewegung und besonders der Hennecke-Bewegung im zweiten Halbjahr des vorigen Jahres besteht darin, daß es gelungen ist, den fehlerhaften Kreis zu durchbrechen. *Mit Hilfe der Initiative der Jugendbrigaden, mit Hilfe der Initiative der Aktivisten ist es gelungen, die Produktion zu steigern und so den Beweis zu erbringen, daß durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität, durch die Erhöhung der Ergiebigkeit in der Landwirtschaft die Versorgung der Bevölkerung verbessert werden kann und das Leben besser wird.*

Ohne Zweifel war es in der ersten Etappe nach der Beseitigung der Hitlerherrschaft einfacher, die Betriebe der Konzernherren zu enteignen und in die Hände des Volkes zu nehmen, einfacher vor allem auch deshalb, weil uns die sozialistische Besatzungsmacht sehr geholfen hat. Aber jetzt steht eine schwierigere Aufgabe vor uns, nämlich die Aufgabe, diese Betriebe und die ganze Wirtschaft so zu leiten, daß wirklich das Interesse des Volkes dabei gewahrt wird, daß das Volk den Nutzen hat.

Es kommt jetzt darauf an, daß die Arbeiter ihre alten Gewohnheiten aus der Zeit des Kapitalismus, wo sie kein Interesse an der Arbeit hatten, überwinden. Jetzt, wo die volkseigenen Betriebe in den Händen des schaffenden Volkes sind, ist das Entscheidende, den Beweis zu erbringen, daß die volkseigenen Betriebe besser produzieren, daß die Arbeitsproduktivität in diesen Betrieben höher ist als in den privatkapitalistischen.

Folgende Worte Lenins beziehen sich heute auch auf uns:

„Jede Fabrik, aus der der Kapitalist hinausgeworfen wurde, . . . ist jetzt, erst jetzt zu einem Betätigungsfeld geworden, auf dem der Arbeitsmann sich hervortun, auf dem er den Rücken ein wenig geradebiegen, sich aufrichten und sich als Mensch fühlen kann. Zum erstenmal nach Jahrhunderten

ten der Arbeit für andere, der unfreien Arbeit für die Ausbeuter, bietet sich ihm jetzt die Möglichkeit, *für sich selbst zu arbeiten.*¹

Die Hennecke-Aktivisten haben diesen Beweis bereits erbracht. Sie sind auf diesem Wege vorangeschritten und haben den Durchbruch vollbracht. Sie haben den Weg gezeigt, auf dem der Plan des Wiederaufbaus verwirklicht werden kann.

Ich glaube, es ist gelungen, richtige Planzahlen auszuarbeiten. Aber das Entscheidende ist, die Menschen davon zu überzeugen, daß der Kampf um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität nicht nur für die Festigung der demokratischen Ordnung, sondern überhaupt für den weiteren Fortschritt entscheidend ist.

Was wurde erreicht?

Die Leistungen der Hennecke-Aktivisten zur Erfüllung und Übererfüllung des Plans sind von großer Bedeutung. Sie beweisen die Überlegenheit der Wirtschaftspolitik der Ostzone gegenüber den Westgebieten Deutschlands. *Der Hennecke-Aktivist, das ist der Mann der friedlichen Arbeit.* Was hätte unser ganzes Schaffen für einen Sinn, wenn es nicht der Sicherung des friedlichen Lebens und der Herbeiführung des Wohlstandes des Volkes dient? *Hennecke-Aktivist sein, heißt Vorkämpfer für den Frieden sein.* Deshalb begrüßen wir von dieser Konferenz aus besonders den Vorschlag von Generalissimus *Stalin* auf Herbeiführung einer Verständigung mit den USA über die Herstellung der Einheit Deutschlands und die Schaffung eines Friedensvertrages.

Wir können die Tatsache verzeichnen, daß es uns im zweiten Halbjahr des vorigen Jahres gelungen ist, trotz der Zerreißung Deutschlands, trotz der Sperrung der Zufuhr von Steinkohle, Stahl usw. aus Westdeutschland den Plan nicht nur zu erfüllen, sondern sogar etwas überzuerfüllen. Das war eine große Leistung der Arbeiter, der technischen Intelligenz, der Angestellten der sowjetischen Besatzungszone. Dieser Erfolg konnte errungen werden, weil uns in dieser Situation, als General Clay den Befehl gab, die Ostzone zu blockieren, die Sowjetunion und vor allem auch das volksdemokratische Polen geholfen haben.

¹ Lenin/Stalin, „Über den Wettbewerb“, Dietz Verlag Berlin, 2. Auflage 1950, S. 10.

Wir konnten diese Aufgabe aber auch deshalb lösen, weil es durch die Entfaltung der Aktivistenbewegung gelang, höhere Leistungen zu vollbringen, weil die Erfindungsgabe der Aktivisten, der Arbeiter, der Ingenieure den Weg fand, wie man Ersatzstoffe ausfindig macht, wie man mit den vorhandenen Mitteln auskommt, wie es ermöglicht wird, trotz der vorhandenen ungeheuren Schwierigkeiten den Plan zu erfüllen.

Wenn man heute die Bilanz des zweiten Halbjahres von 1948 zieht, kann man sagen, *daß es mit Hilfe der Tätigkeit der Aktivisten und der Ingenieure, der Techniker, der Chemiker, all der Erfinder aus den Reihen der Arbeiter gelungen ist, diesen Plan zu erfüllen und damit dem General Clay die erste Niederlage beizubringen.* Und das wird nicht die letzte Niederlage des Generals Clay sein.

Durch die Verbreiterung der Aktivistenbewegung in den letzten Monaten sind die Voraussetzungen geschaffen worden, daß wir im Jahre 1949 nicht nur die Planzahlen für die einzelnen Industriegruppen erreichen können, sondern wir sind sogar in der Lage, die Pläne wichtiger Industriezweige überzuerfüllen. Wir sind durch die Erfolge der Aktivistenbewegung in den letzten Monaten in der Lage, schon heute festzustellen, daß es möglich ist, im Jahre 1949 die Produktion an Textilwaren, Schuhen und Schuhsohlen im Verhältnis zum Vorjahre zu verdoppeln. Durch die Hennecke-Bewegung wurden auch die Voraussetzungen geschaffen, daß die Produktion von Baumaterialien 1949 bedeutend gesteigert werden kann. Da außerdem die Ausfuhr bestimmter Baumaterialien geringer sein wird und nur eine ganz minimale Menge für Reparationszwecke angefordert ist, kann man sagen, daß im Jahre 1949 mehr als die doppelte Menge an Baumaterialien zur Verfügung stehen wird als im vorigen Jahre. Das heißt, wir werden zum ersten Male imstande sein, auf Grund dieser Fortschritte größere Pläne des Wiederaufbaus von Fabriken in Angriff zu nehmen. Wir können mit dem Bau von Arbeiterwohnungen bei Bergbaubetrieben, bei Metallwerken und einigen wichtigen Großbetrieben der chemischen Industrie beginnen.

Durch die Erfüllung unseres Wirtschaftsplans im zweiten Halbjahr des vorigen Jahres, durch die Ausarbeitung des Zweijahrsplans und durch die Hennecke-Bewegung haben wir ohne Zweifel bei den anderen Völkern bedeutend an Vertrauen gewonnen, und unsere Außenhandelsbeziehungen haben sich bedeutend verbessert.

Vor einem Jahre fragte man uns: Warum führt ihr nicht mehr ein? Damals mußten wir antworten, das sei aus zwei Gründen schwer: erstens, weil die anderen Länder auch zerstört sind, und zweitens, weil unsere Qualitätsproduktion nicht genügend entwickelt ist.

Heute können wir sagen, daß die Außenhandelsbeziehungen bedeutend besser geworden sind. Ja, wir sind schon so weit, daß wir von normalen Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion und einer Reihe anderer Länder sprechen können. Vor einigen Tagen konnte die Presse mitteilen, daß die Sowjetunion uns für 1949 nicht nur bestimmte Rohstoffe, sondern auch Lebensmittel, wie Fett und Getreide, liefert, und daß sie uns einen Lebensmittelkredit gegeben hat, den wir erst bis Ende 1950 zurückzahlen brauchen. Das heißt, wir können infolge der Verbesserung der Arbeit in unseren Betrieben auch den *Ausbau der Außenhandelsbeziehungen* als Fortschritt buchen.

Wenn es uns nun die Aktivistenbewegung ermöglicht, die Qualität der Produkte zu verbessern und hochwertige Produkte herzustellen, wird es noch leichter sein, die Außenhandelsbeziehungen auszubauen. Nach unserer Meinung ist es möglich, in den nächsten Wochen und Monaten den Außenhandel mit Ungarn und Rumänien bedeutend zu entwickeln, mit Ländern also, mit denen wir bisher nur verhältnismäßig schwache Außenhandelsbeziehungen haben.

Die bedeutenden Fortschritte konnten nur erreicht werden, weil durch die Enteignung der Betriebe der Konzernherren und der Kriegsverbrecher die Grundstoffindustrien und wichtige andere Betriebe sowie die Banken in die Hände des Volkes übergegangen sind. Das Eigentum des Volkes an den Betrieben ist die Voraussetzung, daß der Arbeiter, der Angestellte, der Angehörige der technischen Intelligenz die Gewähr hat, daß seine Arbeit dem Volke dient und dem Wiederaufbau der Wirtschaft. Ich will damit nicht sagen, daß in der Ostzone heute schon das Arbeitsprodukt vollständig zum Nutzen des Volkes verwertet wird. Haben wir doch unter den heutigen Bedingungen einen ausgedehnten Großhandel, wo es viele Spekulanten gibt, die tagtäglich bemüht sind, einen Teil des Arbeitsproduktes den Arbeitern zu stehlen. Durch den entschiedenen Kampf gegen das Spekulantentum und durch die Verbesserung der Handelsorganisationen kann man diese Fehlerquellen bedeutend vermindern.

Früher war der Unternehmer daran interessiert, daß der Arbeiter mehr leistete, damit der Unternehmer höhere Gewinne bekam. Die

Arbeitskraft des Arbeiters wurde als eine Ware behandelt, die der Unternehmer ausnutzte, aus der er möglichst viel herauszuholen suchte.

Heute haben wir die eigenartige Lage, daß die Propagandisten des Kapitalismus aus Westdeutschland dagegen hetzen, daß, nachdem die Arbeiter selbst über die volkseigenen Betriebe verfügen, in diesen Betrieben mehr geleistet wird. Wahrscheinlich befürchten diese Leute, daß, wenn die Arbeiter in den volkseigenen Betrieben so große Leistungen vollbringen, wenn die Ingenieure der volkseigenen Betriebe wichtige Erfindungen machen, viele Arbeiter im Westen eines Tages auf die Idee kommen könnten: Wozu brauchen wir eigentlich diese Kapitalisten? Offenkundig haben gewisse Kreise in Westdeutschland vor dieser Schlußfolgerung Angst.

Das Bedeutendste, was diese neue demokratische Ordnung in der Ostzone im Gefolge hat, ist, daß alle Fähigkeiten, die im schaffenden Volk vorhanden sind, und der Erfindungsgeist der Werktätigen, wie er zum Beispiel in der Tätigkeit der Hennecke-Aktivisten zum Ausdruck kommt, voll zur Entfaltung gelangen können, daß die Talente, die in der Jugend schlummern, sich entwickeln und daß die Werktätigen, die in den Gewerkschaften und anderen Organisationen große Organisationserfahrungen gesammelt haben, jetzt diese Organisationserfahrungen anwenden können, um die Betriebe ganzer Industriegruppen zu leiten oder in leitenden Organen der Wirtschaftsplanung tätig zu sein.

Das Entscheidende in der Ostzone ist der Wille aller: der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen, der Jungen und der Alten, heute für das Volk besser zu arbeiten als früher für die kapitalistischen Ausbeuter. *Das Entscheidende ist, daß es uns gelingt, alle Fähigkeiten, alle Talente in unserem Volke voll zur Entfaltung zu bringen. Das heißt, das Entscheidende für den Erfolg des Zweijahrplans ist die innere Überzeugung, daß wir durch die Erfüllung des Plans zu einem besseren Leben für das ganze Volk kommen.*

Mit dem Zweijahrplan hat ein neuer Abschnitt in der Entwicklung begonnen. *Der Mensch steht im wahrsten Sinne des Wortes im Mittelpunkt des Wirtschaftsplans*, und alle Arbeit dient dem einzigen Zweck, die Grundlagen des Wohlstandes unseres Volkes zu schaffen. *Entscheidend für die Lösung dieser großen Aufgaben ist die Überzeugung der Menschen, die Entfaltung ihrer ganzen Initiative.* Goethe sagte einmal im Gespräch mit Eckermann: „Es ist unglaublich, was

der moralische Wille vermag. Er durchdringt gleichsam den Körper und setzt ihn in einen aktiven Zustand, der alle schädlichen Einflüsse zurückschlägt.“ Ein solcher großer moralischer Wille brachte den Zweijahrplan zustande. Diese Willenskraft wird auch das schaffende Volk befähigen, den Plan überzuerfüllen.

Die Forderung auf Steigerung der Arbeitsproduktivität, die in der Ostzone im Mittelpunkt der Aufgaben steht, kann unter den gegenwärtigen Bedingungen keinesfalls auf die Westgebiete Deutschlands übertragen werden. Wenn wir in der Ostzone sagen: mehr produzieren, um zu einem besseren Leben zu kommen, so muß man *in den Westgebieten Deutschlands zunächst einmal die Grundlagen für eine solche demokratische Ordnung schaffen*. Dabei gilt es, gegen die kolonialen Methoden zu kämpfen und den Kampf zu führen gegen die Abwälzung der Lasten des Krieges auf das arbeitende Volk, gegen die Entrechtung der Werktätigen.

Das Neue in unserer Wirtschaftspolitik

Über diese Frage müssen die Hennecke-Aktivisten vor allem Bescheid wissen. Es genügt nicht, hohe Produktionsleistungen zu vollbringen, sondern die Menschen, die solche Beispiele einer höheren Arbeitsproduktivität geben, müssen in erster Linie wissen, wie die Garantie geschaffen wird, daß diese Arbeit dem Volke und der Festigung einer demokratischen Ordnung dient. Es genügt nicht, mehr zu leisten; es ist notwendig, daß alle Aktivisten und möglichst alle Werktätigen bewußte Kämpfer für den Fortschritt sind, daß sie wissen: Wohin wollen wir, welches Ziel wollen wir erreichen?

Unsere Ordnung in einem Teil Berlins und der Ostzone ist eine antifaschistisch-demokratische Ordnung. Das heißt, die Konzernherren und anderen Kriegsverbrecher und aktiven Nazis wurden entmachtet, Vertreter des schaffenden Volkes sind in den Schlüsselpositionen in Staat und Wirtschaft. Nachdem wir die erste Etappe, die Schaffung der Grundlagen für die demokratische Entwicklung, abgeschlossen haben, steht jetzt nicht die Frage der weiteren Enteignung auf heißem oder kaltem Wege, sondern der Festigung der demokratischen Umwandlung. *Was heißt das: Festigung der demokratischen Ordnung?*

Festigung der demokratischen Ordnung, das heißt: Die demokratische Verwaltung, die sich auf die Volksmassen und die Aktivität der Massenorganisationen stützt, muß besser arbeiten als der alte Staatsapparat. *Die staatlichen Organe müssen zum Nutzen des Volkes arbeiten und dem Fortschritt dienen.* Auf die Initiative der Verwaltungsangestellten, auf die Qualität ihrer Arbeit, auf die exakte Durchführung des Wirtschaftsplans, auf die Überwindung reaktionärer Gewohnheiten und die Entfernung karrieristischer und unfähiger Elemente aus dem Staatsapparat kommt es jetzt an.

Festigung der demokratischen Ordnung, das heißt: in der Industrie den volkseigenen Sektor stärken, *die Qualität der Arbeit verbessern*, die Arbeitsproduktivität erhöhen und die Rentabilität der volkseigenen Betriebe in Industrie und Landwirtschaft so bald wie möglich herstellen.

Festigung der demokratischen Ordnung, das heißt: *in der Landwirtschaft den Hektarertrag der Friedenszeit erreichen*, um den Industriearbeitern und der Bevölkerung der Städte mehr Lebensmittel geben zu können. Das soll nicht geschehen durch die Erhöhung des Ablieferungssolls, sondern durch allmählichen Übergang zum System des Abschlusses freiwilliger Lieferverträge zwischen den Bauern und den staatlichen Erfassungsorganen.

Festigung der demokratischen Ordnung, das heißt: Durchführung von Maßnahmen, die garantieren, daß *die Bevölkerung besser versorgt wird*, daß sie die Waren auf kürzestem und billigstem Wege erhält. Daher liegt eine große Verantwortung bei den volkseigenen Handelsorganen, die für die Verkürzung und Verbilligung des Handelsweges und für die richtige Belieferung des privaten Kleinhandels und der Konsumgenossenschaften sowie der freien Läden der staatlichen Handelsorganisationen verantwortlich sind.

Festigung der demokratischen Ordnung, das heißt: *Sicherung der demokratischen Gesetzlichkeit*, Bestrafung der Schieber und Spekulanten, Bestrafung jener, die die Wirtschaft schädigen. Wir haben aus diesem Grunde vorgeschlagen, daß die Deutsche Wirtschaftskommission ein besonderes *Gesetz gegen Schieber und Spekulanten* annehmen möge, ein Gesetz, das den Gerichten die Möglichkeit gibt, nicht nur Geldstrafen zu verhängen, sondern den Schiebern Gelegenheit gibt, an sicheren Orten angestrengte Arbeit zu leisten, damit sie arbeiten lernen.

Das Wesentliche unserer Wirtschaftspolitik besteht also gegenwärtig darin, durch die Qualität der Arbeit, durch höhere Arbeitsproduktivität und durch Sicherung der Rentabilität die Überlegenheit des volkseigenen Sektors in der Wirtschaft unter Beweis zu stellen. Die antifaschistisch-demokratischen Kräfte, die in der Deutschen Wirtschaftskommission, in der Leitung der volkseigenen Betriebe, in den Leitungen der Vereinigungen der volkseigenen Betriebe usw. tätig sind, müssen sich dadurch auszeichnen, daß sie die Arbeit besser leiten als bisher, damit es gelingt, durch höhere Produktion den Massenbedarf der Bevölkerung zu befriedigen. Diese Aufgabe erfordert gleichzeitig die Festigung und Entwicklung der volkseigenen staatlichen Wirtschaftsorgane, wie zum Beispiel der Vereinigungen der volkseigenen Betriebe und der Güter, der Verwaltung der Maschinenausleihstationen, der Verwaltung für Materialversorgung, der Organe des volkseigenen Großhandels, des Erfassungsapparates für landwirtschaftliche Produkte, der Finanzverwaltungen und Volksbanken und der Volkskontrollorgane.

Ihr werdet mir nun die Frage stellen: *Wie steht es mit den privaten Betrieben?* Darauf ist zu sagen: Die privaten Unternehmer haben die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Initiative. Angesichts der Not des Volkes und der Schwierigkeiten, die durch den Hitlerkrieg entstanden sind, sind wir daran interessiert, daß auch die Privatunternehmer möglichst viel produzieren. Wenn sie jedoch zu spekulieren beginnen und, statt Waren für die Bevölkerung zu erzeugen, die Waren in dunkle Kanäle verschieben, wenn sie die Unternehmerinitiative im spekulativen Sinne entfalten, dann werden sie nach den Bestimmungen des Gesetzes hart bestraft werden.

Manche Privatunternehmer haben die Gleichstellung mit den volkseigenen Betrieben gefordert und von den Arbeitern privater Betriebe verlangt, sie sollen ebenfalls henneckemäßig arbeiten. Eine solche Forderung beruht offenkundig auf einem Mißverständnis. *Wir können die Privatbetriebe nicht mit den volkseigenen Betrieben gleichstellen.* Sonst würde man uns vorwerfen, daß wir keine genügende Möglichkeit für die private Unternehmerinitiative lassen. Damit dieser Vorwurf nicht gegen uns erhoben werden kann, schlagen wir vor, daß die Privatunternehmungen *nicht direkt der Planung unterstehen, sondern nur indirekt.* Sie schließen Verträge mit den volkseigenen Betrieben, mit SAG-Betrieben, mit Handelsorganisationen, mit Ein- und Verkaufsgenossenschaften des Handels usw. und können auf

diese Weise ihre Produkte absetzen. Die Privatunternehmungen werden also von den staatlichen Stellen für Materialbedarf Rohstoffe oder Halbfabrikate zur Durchführung der wirtschaftlich notwendigen Aufgaben bekommen, aber nicht für die Herstellung von Waren, die für die Wirtschaft und für die Bevölkerung ohne Bedeutung sind.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus gesehen, können wir *in den privatkapitalistischen Betrieben die Frage des Leistungslohnes und des progressiven Leistungslohnes nicht stellen*. Wir sind als Gewerkschaftler daran interessiert, daß der Tarifvertrag genau eingehalten wird und daß im übrigen die Verträge, die der Unternehmer mit Handelsorganisationen abgeschlossen hat, in bezug auf Qualität exakt durchgeführt werden. Wir sind vor allem daran interessiert, daß in den privaten Unternehmungen keine Verschwendung von Rohstoffen, Energie usw. stattfindet. Aus dieser grundsätzlichen Einstellung heraus ergibt sich, daß an der heutigen Konferenz Vertreter von Privatunternehmungen nicht teilnehmen.

*Unsere demokratische Politik
ist in ganz Deutschland durchführbar*

Man hat uns die Frage gestellt, *warum wir in den demokratischen Maßnahmen nicht weitergehen*. Unsere Gegner haben in letzter Zeit eine Riesenpropaganda entfaltet, um der Bevölkerung der Ostzone einzureden, daß in der Ostzone eine „Volksdemokratie“ bestehe oder, wie andere sagten, daß man jetzt unmittelbar zur Volksdemokratie übergehen wolle. Durch diese Propaganda wollten gewisse Herren die Bevölkerung Westdeutschlands irreführen. Sie wollten sie von der Teilnahme am Kampf um die Einheit Deutschlands abschrecken. Die Hetze gegen die Ostzone sollte den Herren die Loslösung des Ruhrgebietes und die Kolonisierung Westdeutschlands erleichtern. Diese Herren sind nun unzufrieden darüber, daß wir ihnen einen Strich durch ihre Rechnung gemacht haben. Die Politik, die in der Ostzone durchgeführt wird, wird nicht in New York, nicht in London und auch nicht in Frankfurt bestimmt, sondern sie wird in Berlin bestimmt, und zwar wird sie bestimmt durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gemeinsam mit den antifaschistischen Parteien und Massenorganisationen, die dem Block der antifaschistischen Kräfte angehören.

Bei der Festlegung unserer Politik gehen wir davon aus, daß wir in einem zerrissenen Deutschland leben und deshalb die Aufgaben des demokratischen Kampfes und des demokratischen Aufbaus so entwickelt werden müssen, daß sie in ganz Deutschland realisiert werden können, damit auch die friedliebenden Kräfte in Westdeutschland überzeugt werden, daß dieser demokratische Weg der richtige ist und daß man auf diesem demokratischen Wege die Einheit Deutschlands herstellen kann.

Nun haben die Kollegen die Frage gestellt: *Besteht nicht die Gefahr, daß die kapitalistischen Kräfte schneller wachsen als die Kräfte des volkseigenen Sektors?* Ich sage offen, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht nur die wirtschaftliche Kraft des volkseigenen Sektors wächst, sondern daß auch eine gewisse Erhöhung der Produktion in den privatkapitalistischen Betrieben erfolgt. Zwar wächst der volkseigene Sektor schneller; aber wir bestreiten nicht, daß Gefahren vorhanden sind. Um so notwendiger ist es, daß die fortschrittlichen, demokratischen Kräfte verstehen, von den Schlüsselpositionen aus, die sich in den Händen der Arbeiterschaft und der fortschrittlichen Werktätigen befinden, die Entwicklung im demokratischen Sinne zu beeinflussen und mitzuhelfen, daß die Qualität der Arbeit im volkseigenen Sektor, die Arbeit der staatlichen und wirtschaftlichen Organe und die Arbeit der Massenorganisationen so verbessert wird, daß der Einfluß der Arbeiterklasse und der fortschrittlichen Werktätigen im Staats- und Wirtschaftsapparat mehr und mehr wächst.

Wenn manche Aktivisten der Meinung sind, man müsse weitergehen, so möchte ich diesen Freunden antworten: Ihr habt große Leistungen vollbracht in der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, aber das genügt nicht. *Man muß die Mehrheit der Arbeiter und der werktätigen Bevölkerung überzeugen und sie heranziehen zur bewußten Teilnahme am Aufbau, an der Erfüllung und Übererfüllung des Plans, zum zielbewußten Kampf um ein besseres Leben.* Diese große Aufgabe, *die Mehrheit der Arbeiter und der Werktätigen als bewußte Erbauer der neuen Ordnung zu gewinnen, diese gewaltige Aufgabe steht noch vor uns, und wir müssen sie mit vereinten Kräften lösen. Die neuen Kräfte, die Träger der neuen demokratischen Ordnung, wachsen und werden gestählt im Kampfe gegen das Alte.* Ihr, die Hennecke-Aktivisten, kämpft in den vorderen Reihen für die neue Ordnung. Jetzt kommt es darauf an, daß ihr jede Möglichkeit

ausnutzt, um euch das Wissen anzueignen, die fortschrittlichsten Erfahrungen zu erwerben, damit ihr nicht nur Initiatoren einer höheren Arbeitsproduktivität seid, sondern die *Vorkämpfer unserer demokratischen Politik* überhaupt.

Die Rolle der Volkskontrolle

Damit die Bäume der Spekulanten, Schieber usw. nicht in den Himmel wachsen, hat die Deutsche Wirtschaftskommission außerdem noch die *Zentrale Kontrollkommission* geschaffen. Am Anfang gab es Leute, die Zweifel hatten: Wird eine solche Kommission wirklich für Ordnung sorgen? Ich glaube, die Untersuchungen der Zentralen Kontrollkommission, nicht nur in der sächsischen Textilindustrie, sondern auch auf den volkseigenen Gütern in Mecklenburg, in der Industrie- und Handelskammer Sachsen-Anhalt, in der Textilindustrie in Thüringen, in thüringischen Ministerien und einer Anzahl Betriebe und Verwaltungsstellen haben gezeigt, daß unser Volk in der Kontrollkommission ein unbestechliches Organ geschaffen hat, das wirklich dafür sorgt, daß Mißstände beseitigt und die Garantien für die Erfüllung des Plans geschaffen werden. Die Zentrale Kontrollkommission hat sich schon bewährt.

Was ist notwendig, damit die Arbeit der Zentralen Kontrollkommission und der Landes-Kontrollkommissionen noch weiter entwickelt werden kann? Notwendig ist, daß die *Arbeit der Kontrollbeauftragten in den Kreisen* verbessert wird, daß die *Volkskontrollausschüsse in den Orten* ihre Arbeit entwickeln, daß die Mitglieder dieser Volkskontrollausschüsse besser geschult werden und daß die Arbeit dieser Volkskontrollausschüsse so verbessert wird, daß *sich die Kontrollorgane im Lande und in der Zone auf die ehrliche, unbestechliche, gewissenhafte Arbeit der Volkskontrollausschüsse stützen können*. Das wollen wir erreichen.

Mehr Wachsamkeit zur Verhinderung von Sabotage

Die Gegner speien in der letzten Zeit gegen unsere Wiederaufbaupolitik und die Hennecke-Bewegung Gift und Galle. Sie machen die größten Anstrengungen, diese große Sache zu diskreditieren. Das

wird und kann ihnen nicht gelingen. Es ist interessant, daß sogar die sozialdemokratischen Führer eine Hetze gegen die Hennecke-Bewegung treiben. Sie sind offenkundig darüber empört, daß Arbeiter und technische Intelligenz in der Ostzone die Betriebe besser leiten als gegenwärtig die Konzernherren in den Westgebieten Deutschlands. Die Leute reden von der Knechtung der Persönlichkeit durch die Aktivisten und die Hennecke-Bewegung. Umgekehrt ist es aber richtig: Wir sind jetzt endlich zur freien Entfaltung aller Persönlichkeitswerte, aller Fähigkeiten in unserer Volke gekommen.

Früher haben die Herren gesagt: Sozialismus, das bedeutet Gleichmacherei und Verelendung. Jetzt sehen sie, daß, wer leistet, auch besser lebt, besser versorgt wird, einen höheren Lohn bekommt. Die Herren speien Gift und Galle gegen die fortschrittliche Bewegung, weil sie selber unfähig sind, irgendwelche Leistungen zu vollbringen. Was haben denn die Schumacher und Konsorten fertiggebracht? Sie haben es zu ein paar Parlamentsanträgen gebracht; das ist alles, was sie fertiggebracht haben. Sie schwätzen über „Sozialismus als Tagesaufgabe“, sind aber nicht einmal imstande, einem Kriegsverbrecher seinen Betrieb wegzunehmen. Der Haß des Gegners beweist nur, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

In der letzten Zeit sind gewisse Beauftragte ausländischer Agenturen in die Ostzone gekommen, um *Sabotageakte* zu organisieren. Das muß für uns der Hinweis sein, die Sabotageabwehr in den Betrieben zu verbessern und die Wachsamkeit zu erhöhen. Auch das ist eine Aufgabe der Aktivisten, besonders wachsam zu sein, sich besonders dafür zu interessieren, daß das Volkseigentum geschützt wird, und alles zu tun, damit die Belegschaft aufgeklärt wird und die Gegner ihr schändliches Treiben nicht durchführen können.

Die wichtigsten Erfahrungen der Hennecke-Bewegung

Erlaubt mir nun einige Worte zu den Erfahrungen und Erfolgen der Hennecke-Aktivisten.

Die Aktivistenbewegung wurde eingeleitet durch die Initiative von Mädeln und Jungen der Freien Deutschen Jugend, die Arbeitsbrigaden bildeten und den Wettbewerb in einer ganzen Reihe von Betrieben organisierten. Wir müssen es hier dankbar anerkennen, daß diese

Mitglieder der Freien Deutschen Jugend durch ihre Initiative zur Organisierung von Wettbewerben eine große Tat vollbracht und die gesamte Aktivistenbewegung zur Entfaltung gebracht haben. Aus der Aktivistenbewegung entwickelte sich die Hennecke-Bewegung.

Was ist das Charakteristische der Hennecke-Aktivisten?

Es ist die Überschreitung der technisch begründeten Normen durch bessere Arbeitsorganisation, durch das Rechnen mit jeder Minute, durch die größere Sorgfalt in der Arbeit, durch Verbesserung der Qualität der Produktion. Die Hennecke-Aktivisten überschreiten nicht nur die technisch begründeten Normen, sondern sie arbeiten vorbildlich in bezug auf Sparsamkeit an Material und sind bestrebt, die Produktionskosten zu senken.

Hennecke-Aktivisten sind Menschen, die lernen, die studieren, die unermüdlich ihr Wissen im Interesse der Lösung der großen Aufgaben des Neuaufbaus vervollkommen.

Das grundsätzlich Neue besteht also darin, daß die Hennecke-Aktivisten in den volkseigenen Betrieben und auf den volkseigenen Gütern ihre Leistungen in dem Bewußtsein vollbringen, daß nur durch die Steigerung der Produktion ein besseres und schöneres Leben erreicht werden kann und die demokratische Ordnung gefestigt wird. Wir haben unzählige Beispiele der Überholung der technischen Normen durch bessere Arbeitsvorbereitung und Arbeitsorganisation. Wir haben ausgezeichnete Beispiele für die Erhöhung der Qualität der Produktion, für die Verminderung des Ausschusses, für die Einsparung von Energie und Rohstoffen und für die Beseitigung von Leerlauf. Heute kann man sagen, daß nicht nur jeder Industriezweig seinen Hennecke hat, sondern daß es auch in den einzelnen Sparten bereits Henneckes gibt.

Ich möchte einige Beispiele anführen:

In den Chemnitzer Baumwollspinnereien fehlte es an Streckwerkputzapparaten, die früher aus dem Westen bezogen wurden. Entschlossen gingen die Kollegen Walter und Fleischer an die Arbeit und konstruierten einen Apparat, der den alten Apparat an Leistungsfähigkeit sogar übertrifft. Dadurch haben diese Kollegen allen Spinnereien in der sowjetischen Besatzungszone geholfen.

Auf der Neptun-Werft in Rostock erreichte die Nieterkolonne des Kollegen Fett durch gute Vorbereitung ihrer Arbeit und Vermeidung von Leerlauf das Dreifache ihres Produktionsssolls.

In einer Gummiwarenfabrik in Leipzig konstruierte der Arbeiter Friedrich eine Vorrichtung, die das blockweise Schneiden von Gummi ermöglicht. Dadurch wurden Verletzungen vermieden, und die Leistung erhöhte sich auf 355 Prozent.

Die Schlosser Gabriel und Trasel vom Bahnwerk Neuruppin haben in 6 Stunden 70 Heizrohre für die Schweißung vorgerichtet und geschweißt und damit die Norm mit 146 Prozent erfüllt.

Es erscheint mir notwendig, daß die *einzelnen Industriegewerkschaften die neuen Arbeitserfahrungen als Anregung für alle Werk-tätigen in den Betrieben zusammenstellen.*

Ich will darauf verzichten, alle die vorbildlichen Leistungsbeispiele anzuführen, nachdem unser Freund Warnke bei seinem Vorschlag von Hennecke-Aktivistin für das Präsidium schon im einzelnen dargelegt hat, welche Leistungen vollbracht worden sind.

Worauf kommt es an? Es kommt darauf an, daß wir nicht einfach mitteilen: Der und der Aktivist hat die Norm um soundso viel Prozent übererfüllt, sondern es kommt darauf an, in der Öffentlichkeit, in den Abteilungsversammlungen, in den Betriebsversammlungen, in den Betriebswandzeitungen, in der Tagespresse im einzelnen zu zeigen, *wie* diese erhöhte Leistung vollbracht wurde, *wie* die Arbeitsvorbereitung erfolgte, welche bessere Organisation der Arbeit durchgeführt wurde. Das müssen wir jetzt zeigen, damit alle aus diesen einzelnen Beispielen hervorragender Leistungen von Aktivistin lernen.

Die nächste Aufgabe — die Entfaltung des Wettbewerbs

Meines Erachtens besteht die nächste Aufgabe darin, *die vorbildlichen Leistungen zum Ausgang der breitesten Arbeitsinitiative der ganzen Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen, der Jungarbeiter und der technischen Intelligenz zu machen.* Das Mittel dazu ist, den Wettbewerb zwischen den Arbeitsgruppen in den Betriebsabteilungen, zwischen den Betriebsabteilungen sowie zwischen Belegschaften der gleichen Industrie zu entwickeln. Der Wettbewerb zwischen Städten

oder Gebieten hat wenig Sinn, da es nicht möglich ist, dafür exakte Wettbewerbsverpflichtungen auszuarbeiten. Wir knüpfen also an die Wettbewerbsbewegung der Jugend, an die Tätigkeit der Jugendbrigaden an, aber wir geben diesem Wettbewerb einen breiteren Inhalt. Es genügt nicht, im Wettbewerb nur die Leistungssteigerung festzustellen, sondern in den Bedingungen des Wettbewerbs muß auch die Senkung der Kosten festgelegt werden, ferner neue Erfindungen, Erhöhung der Qualität der Produktion, Einsparung von Rohstoffen usw. Zahlreiche Belegschaften haben beschlossen, den Plan überzuerfüllen. Aber jetzt kommt es darauf an, in jeder Betriebsabteilung, in jedem Betrieb genau auszuarbeiten, welche neuen Methoden angewandt werden sollen, damit der Plan übererfüllt werden kann. Das heißt, die Kollegen der Abteilungen oder des Betriebes legen selbst fest, zu welcher Erfüllung der Aufgaben sie sich verpflichten, und machen diese Verpflichtung zum Inhalt der Wettbewerbsvereinbarungen mit anderen Betrieben.

Bereits vor einem halben Jahre haben wir vorgeschlagen, daß in jeder Betriebsabteilung regelmäßig *Produktionsberatungen* abgehalten werden sollen. Ich muß sagen, daß sich eine Anzahl Gewerkschaftsleitungen nicht genügend angestrengt haben, den Belegschaften und den Betriebsgewerkschaftsleitungen zu helfen, solche Produktionsberatungen durchzuführen.

Die Einbeziehung der Masse der Arbeiter, der technischen Intelligenz und der Angestellten erfordert in jeder Betriebsabteilung und in jedem Betrieb die regelmäßige Durchführung von Produktionsberatungen, das heißt *von Beratungen, in denen die fortschrittlichen Arbeitererfahrungen besprochen werden* und wo man Maßnahmen vereinbart, um die Verminderung des Ausschusses oder ungenügende Qualität der Produktion oder den Stillstand von Maschinen oder die unpünktliche Zulieferung zu beseitigen. Das ist die Produktionsberatung. *Diese Produktionsberatung zu organisieren, ist eine der vordringlichsten Aufgaben der Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben.*

Ein Mittel, um die Erfahrungen auszutauschen und auch die Mißstände aufzuzeigen und zu beseitigen, ist die *Schaffung von Wandzeitungen* in den Betriebsabteilungen der einzelnen Werke und von Betriebszeitungen für Großbetriebe. In den Wandzeitungen sollen die Arbeiter selbst ihre Vorschläge machen, und wenn Fehler vorhanden sind, wenn die Leitung durch die Direktion ungenügend ist, soll

man in der Wandzeitung Kritik üben. Man muß dazu übergehen, daß der *Direktor* regelmäßig monatlich im Betrieb berichtet und über seinen Bericht ein offener Meinungs-austausch stattfindet, bei dem die Aktivisten auftreten, zum Bericht des Direktors ihre Vorschläge machen und auch Kritik an Zuständen üben, die änderungsbedürftig sind. Gerade, weil wir der Meinung sind, daß im Betrieb eine einheitliche Leitung vorhanden sein muß — das sind der Direktor und seine Stellvertreter —, ist es zu gleicher Zeit notwendig, die Demokratie zu entwickeln, das heißt den offenen Meinungs-austausch über den Stand der Arbeit, die offene Kritik und Selbstkritik zu fördern. Ist es nicht an der Zeit, in jeder Betriebsabteilung eine Tafel anzubringen, auf der die tägliche Arbeitsleistung vermerkt wird, so daß jeder Werk-tätige tagtäglich die Produktionskurven erkennen kann?

Ich lenke die Aufmerksamkeit der Hennecke-Aktivisten besonders auf die Notwendigkeit, in allen Betrieben *die fachliche Schulung zu verbessern*. Durch den Hitlerkrieg haben wir einen Teil unserer Fachkräfte verloren. Während der Hitlerzeit sind wenig Fachkräfte herangebildet worden; die Jugendlichen haben schießen gelernt, haben aber nicht gelernt, ein gutes Arbeitsstück anzufertigen. Wir haben auch viele Umsiedler, die keinen Beruf erlernt haben. Damit wird die Frage der fachlichen Ausbildung, die Durchführung von Kursen und die Organisierung von Fachschulen bei den Betrieben in diesem Jahre eine der Hauptaufgaben.

Wir lenken eure Aufmerksamkeit besonders darauf, den *Berufswettkampf der Freien Deutschen Jugend* zu unterstützen, weil er mithelfen soll, das fachliche Können der Jugendlichen zu verbessern. Ihr als Hennecke-Aktivisten, ihr Ingenieure und Chemiker, sollt den Jugendlichen helfen, damit sie ihr Fach gut lernen und tüchtige Facharbeiter werden, und damit wir in einem Jahre sagen können, daß *alle Jugendlichen einen Beruf erlernen*. Dazu ist es aber notwendig, neue Lehrwerkstätten und Berufsschulen bei den Betrieben auszubauen. Wir haben viele volkseigene Betriebe, die heute noch keine Berufsschule haben, obwohl es durchaus möglich wäre, bei ihnen solche zu schaffen.

Ich möchte nun zu einigen Fragen des Leistungslohnes übergehen. Wir können feststellen, daß wir seit der Veröffentlichung des wichtigen Befehls 234 von Marschall Sokolowski über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität eine Erweiterung in der Anwendung des Leistungslohnes zu verzeichnen haben. Aber das geht noch sehr langsam.

Was ist die Grundlage des Leistungslohnes?

Es soll die technisch begründete Norm sein. Nun werden Kollegen sagen: Welche Garantie haben wir, daß die grundlegenden Normen nicht dauernd geändert werden? Die Garantie ist durch die Betriebsvereinbarung gegeben, die jährlich abgeschlossen wird. Wenn also die grundlegenden technischen Normen festgelegt sind, wird die Betriebsvereinbarung meinetwegen bis Ende dieses Jahres abgeschlossen und später für das nächste Jahr, so daß nicht die Gefahr besteht, daß dauernd Änderungen der festgelegten technischen Normen erfolgen.

Was heißt es, die technischen Normen ausarbeiten? Das heißt, die zweckmäßigste Ausnutzung der Maschinen, der Werkzeuge, der Rohstoffe und die zweckmäßigste Organisation der Arbeit festzustellen.

Dazu ist es notwendig, daß man in allen Betrieben Arbeitsvorbereitungsbüros schafft; denn es hat sich erwiesen, daß überall dort, wo die Arbeit gut vorbereitet und richtig organisiert wurde — und zwar so, daß genau feststand, wo die einzelnen Werkzeuge liegen und daß die Werkzeuge vorbereitet wurden —, eine wirkliche Garantie für gute Leistungen gegeben war. Die Arbeitsvorbereitungsbüros werden von der Direktion geschaffen. Ihre Angestellten, die Arbeitsinstruktoren, sollen besonders umfassend geschult werden, damit sie nicht im Sinne der alten Refamethoden arbeiten. Die *Arbeitsstudien*, die notwendig sind, sollen den gesamten Arbeitsprozeß analysieren und die gesamten praktischen Erfahrungen der Arbeiter, vor allem der Hennecke-Aktivisten, berücksichtigen. Der Zweck der Arbeitsstudie ist also die Steigerung der Produktivität durch eine *sinnvolle Organisation des gesamten Arbeitsprozesses*, durch die Einführung zweckmäßiger Arbeitsmethoden, die Ausschaltung aller arbeitshemmenden Faktoren, die Beseitigung des Leerlaufs, die richtige Auswahl und Anwendung der Arbeitsmittel und die verbesserte Konstruktion von Maschinen, Werkzeugen usw.

Besonderen Wert müssen wir darauf legen, daß durch diese Arbeitsorganisation erreicht wird, daß mit Materialien und Energie gespart, die Rentabilität der Betriebe verbessert wird und die Selbstkosten der Betriebe herabgesetzt werden.

Wie wird bei dieser Regelung das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften gesichert? Die allgemeinen Bestimmungen über Löhne und sonstige Arbeitsbedingungen sowie Rechte der Gewerkschaften sind im Rahmentarif enthalten. An Stelle der früheren Betriebsver-

einbarungen, die oft nur allgemeine Bestimmungen enthielten, tritt die Betriebsvereinbarung zwischen Direktion und Gewerkschaftsleitung. Die Betriebsvereinbarung enthält die genauen Bestimmungen über Lohnberechnung, Arbeitsschutz, Urlaub usw. Die Betriebsvereinbarung setzt aber voraus, daß nach der Ermittlung der technisch begründeten Leistungsnormen durch die Lohnkommission, der gleichberechtigt die Vertreter der Direktion und der Betriebsgewerkschaftsleitung angehören, die Leistungslöhne festgelegt wurden. Die Betriebsvereinbarung bedarf der Bestätigung durch die betreffende Vereinigung der volkseigenen Betriebe.

Mehr Aufmerksamkeit der Landwirtschaft!

Was ich hier für die Industriebetriebe sage, gilt ebenso für die *volkseigenen Betriebe in der Landwirtschaft*: die volkseigenen Güter und die Maschinenausleihstationen. Deshalb wurden auch zu unserer Konferenz die Vertreter von volkseigenen Gütern und MAS eingeladen. Das ist für uns eine besonders wichtige Frage. Heute werden die wenigen Traktoren, die wir haben, teilweise nicht einmal richtig ausgenutzt. Gleichgültig, ob der Treckerführer mehr oder weniger leistet, in vielen Fällen bekommt er denselben Stundenlohn. Warum können wir nicht den Leistungslohn einführen und dem Treckerführer dadurch besseren Lohn und sogar gewisse andere Zulagen gewähren? Ich denke, das ist absolut möglich, das heißt, dann hat nicht nur der Treckerführer den Nutzen, sondern auch der Bauer, da der Boden besser bearbeitet wird.

Wird es nicht die höchste Zeit, daß auf den volkseigenen Gütern dieselbe Ordnung eingeführt wird wie in den volkseigenen Betrieben? Dort haben wir immer noch eine Anzahl militaristischer Zahlmeister und anderer hoher Herren, die so tun, als ob sie etwas von der Landwirtschaft verstünden. Solche Fälle zeigen, daß unser *Landarbeiterverband noch nicht auf der Höhe* ist, denn auf wen müssen wir uns auf dem Lande stützen? In erster Linie auf die Landarbeiter, auf die klassenbewußten Arbeiter im Dorf, sie haben eine besondere Verantwortung für die Entwicklung des Bündnisses mit den werktätigen Bauern, mit den Kleinbauern und Mittelbauern. Wir haben den Eindruck, daß der Verband der Land- und Forstarbeiter nicht genügend Initiative entfaltet, um diese Aufgabe zu lösen.

Warum können wir nicht *auf den volkseigenen Gütern ebenso zum Leistungslohn übergehen* wie in anderen volkseigenen Betrieben? Es gibt Leute, die behaupten, die Arbeitsbedingungen seien andere. Aber, liebe Freunde, wenn in der Sowjetunion auf den Staatsgütern 90 Prozent der Arbeit im Leistungslohn durchgeführt werden, dann werden auch wir imstande sein, auf unseren volkseigenen Gütern zu zeigen, daß man diese fortschrittlichen Arbeits- und Lohnbedingungen anwenden kann, denn die Arbeiter und Werk tätigen auf den volkseigenen Gütern haben doch selber den Nutzen davon. Sie werden mehr Lohn bekommen, und für bestimmte Leistungen werden sie einen bestimmten Teil Lebensmittel erhalten.

Ich möchte also besonders die Notwendigkeit unterstreichen, daß sich die Gewerkschaftsleitungen darauf konzentrieren müssen, auf den volkseigenen Gütern und Maschinenausleihstationen die Aktivistebewegung zu entfalten.

Verbesserung der Arbeit der Gewerkschaftsorgane

Damit komme ich zum letzten Teil meiner Ausführungen, zu den Fragen der *Arbeit der Gewerkschaftsorgane*. Wir haben manchmal den Eindruck, daß es Industriegewerkschaftsleitungen gibt, die noch der Hennecke-Bewegung etwas fernstehen, und daß manche Funktionäre in Gewerkschaftsleitungen noch auf die alte Weise arbeiten. Diese Frage ist eine der wichtigsten Fragen, denn *für die Hennecke-Bewegung, für die Leitung der Aktivistebewegung, sind in erster Linie die Industriegewerkschaften und die Gewerkschaftsleitungen verantwortlich. Die Gewerkschaftsleitungen haben die Aufgabe, die Produktionsberatungen in den Betrieben zu organisieren und den Erfahrungsaustausch in den einzelnen Industrien durch Beratungen der Aktivistens zu organisieren.* Die Industriegewerkschaftsleitungen müssen auf Grund ihrer Kenntnisse des Plans wissen, auf welche Betriebe die Arbeit konzentriert wird. Ich muß sagen, daß wir heute noch nicht feststellen können, daß alle Gewerkschaftsleitungen *ihre Arbeit auf die entscheidenden Betriebe konzentrieren*. Also muß man hier die Arbeit der Gewerkschaftsleitungen verbessern. Sie müssen lernen, operativ zu arbeiten. Ihr wißt alle sehr gut, daß in der Verwaltung, in den leitenden Wirtschaftsorganen nicht nur überzeugte Antifaschisten oder etwa Sozialisten sitzen. Dort sitzen viele Leute,

die bestimmte Teilaufgaben gut erfüllen, aber nicht imstande sind, den gesamten Wirtschaftsplan mit Initiative durchzuführen, das heißt wir sind darauf angewiesen, daß die Gewerkschaftsleitungen überall helfen.

Der Gewerkschaftsfunktionär von früher mußte den Tarifvertrag, die Bestimmungen der Arbeitslosen- und Sozialversicherung kennen, aber der Gewerkschaftsfunktionär von heute muß zehnmal mehr wissen. Er muß etwas von Wirtschaftsplanung verstehen, er muß etwas verstehen von der Betriebsleitung, und er muß verstehen, die täglichen Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Selbstverständlich kommt es vor, und sogar häufig, daß die Verwaltungen nicht die Interessen der Werk tätigen, besonders der Jungarbeiter, berücksichtigen. Gestern hat man mir berichtet, daß in einem großen Metallwerk die Jungarbeiter die schlechtesten Schlafräume haben. Nun, wir werden das untersuchen lassen. Aber ich frage euch, ist es nicht Aufgabe der Gewerkschaftsleitungen, das zu ändern? In wie vielen Betrieben sind die Betriebskantinen in schlechtem Zustand, in wie vielen Betrieben sind die Arbeitsräume in einem Zustand, daß es keine Lust ist, zu arbeiten. Muß man das nicht ändern? Aber das erfordert, daß sich die Gewerkschaften, die Gewerkschaftsleitungen um alle Fragen des Gesundheitsschutzes, um den Ausbau der Polikliniken, um die Organisierung des Kuraufenthalts der Werk tätigen wirklich kümmern.

Die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften

In diesem Sinne fasse ich die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften wie folgt zusammen:

1. Es ist Aufgabe aller Gewerkschaftsmitglieder, die breiteste *Aufklärung über den Wirtschaftsplan 1949* und den Zweijahrplan durchzuführen und zu organisieren, daß in den Betrieben Beschlüsse gefaßt werden über die Verpflichtungen, die jede Belegschaft in bezug auf die erfolgreiche Durchführung des Plans übernimmt.

2. *Organisierung des Wettbewerbs*, Entfaltung der Hennecke-Bewegung zur Massenbewegung aller Werk tätigen, Verbreitung der Arbeitsmethoden der Hennecke-Aktivisten, damit sie zum Allgemeinut in den volkseigenen Betrieben werden.

3. *Organisierung der Produktionsberatungen*, Verbesserung der Qualität der Produktion, Einsparung von Material, Beseitigung der Mißstände, die gegenwärtig noch vorhanden sind.

4. *Breite Auswertung der Erfahrungen der Hennecke-Bewegung mit Hilfe von Wandzeitungen, Beratungen, öffentlicher Kritik und Selbstkritik*. Regelmäßige Berichterstattung des Direktors in den Betrieben und Berichterstattung in den Abteilungen.

5. *Breiteste Anwendung des Leistungslohns*, offene Stellungnahme gegen die Gleichmacherei. Wer mehr leistet, soll mehr verdienen, wer mehr leistet, soll besser leben.

6. *Kameradschaftliche Zusammenarbeit mit der technischen Intelligenz*; vor allen Dingen Vereinbarungen treffen mit der technischen Intelligenz, damit sie den jugendlichen und angelernten Arbeiterinnen und Arbeitern hilft, eine höhere Qualifikation zu erwerben. Die technische Intelligenz möge noch mehr an den Betriebsfachschulen, an den Lehrwerkstätten der Betriebe usw. mitarbeiten.

7. *Mehr Sorge um die Verbesserung der Lage der Werktätigen*, zusätzliche Versorgung der Betriebsbelegschaften durch Sonderzuweisungen von Lebensmitteln, wie ich das auf der Parteikonferenz der SED bereits begründet habe, Ausbau der freien Läden, mehr freie Läden in der Nähe der Großbetriebe schaffen. Wir müssen erreichen, daß durch die Steigerung der Produktion in der Industrie und die höhere Ergiebigkeit in der Landwirtschaft mehr Waren produziert werden, damit wir imstande sind, Schritt für Schritt die Preise in den freien Läden herabzusetzen.

Ausbau des Gesundheitsschutzes in den Betrieben und größere Fürsorge für die Arbeiter.

Das sind nach unserer Meinung die wichtigsten Aufgaben, die unmittelbar vor den Gewerkschaftsleitungen, vor den Leitungen der einzelnen Industriegewerkschaften, vor den Betriebsgewerkschaftsleitungen stehen. Wir, die wir an der Fertigstellung des Plans gearbeitet haben, wollen von euch lernen, wie ihr begonnen habt, mit neuen Methoden diesen Plan zu verwirklichen, und *wir alle zusammen wollen lernen, besser zu arbeiten, damit wir ein Beispiel für ganz Deutschland geben, damit es uns gelingt, die Mehrheit der Arbeiterschaft und der Werktätigen auch in Westdeutschland zu gewinnen*

für den Weg des demokratischen Fortschritts, für den Weg zu einem einheitlichen demokratischen und friedlichen Deutschland.

Man kann sagen, daß in der sowjetischen Besatzungszone ein Wettbewerb zwischen dem volkseigenen Sektor der Wirtschaft und den Genossenschaften auf der einen Seite und den privatkapitalistischen Unternehmungen auf der anderen Seite vor sich geht. Das Entscheidende besteht darin, die wirtschaftliche Kraft der volkseigenen Unternehmungen in Industrie und Landwirtschaft, der Volksbanken und der staatlichen Handelsorgane zu stärken. Mit ihrer Hilfe wird die gesamte Wirtschaftspolitik einschließlich der Preisgestaltung beeinflußt. *In diesem Kampf lernen die Arbeiter, Angestellten und Ingenieure sowie die leitenden Funktionäre der Wirtschaft, den Plan noch exakter auszuarbeiten, seine Durchführung zu sichern und die Wirtschaft tatsächlich zu leiten.*

Entscheidend für die weitere Entwicklung ist die Sicherung der führenden Rolle der Arbeiterklasse als der fortschrittlichsten Kraft, die nicht an den alten kapitalistischen Verhältnissen interessiert ist. Man kann nicht sagen, daß sich heute schon die Arbeiterklasse ihrer führenden Rolle völlig bewußt ist beziehungsweise sie immer so zur Geltung bringt, wie es den Gesetzen des gesellschaftlichen Fortschritts entspricht. Viele alte reaktionäre Überlieferungen stecken noch in den Köpfen vieler Werktätiger, und der tägliche Druck des Feindes durch seine Rundfunksendungen und illegalen Flugblätter hat eine gewisse Wirkung. Die Arbeiterklasse kann ihre führende Rolle nur verwirklichen, wenn ihre Partei, die SED, zur Partei neuen Typus wird, wenn die SED als einzige Partei, die von einer fortschrittlichen, wissenschaftlichen Theorie geleitet wird, mit der gleichen Kraft, mit der sie den Kampf für die Einheit Deutschlands führt und den ersten Wirtschaftsplan in Deutschland ausgearbeitet hat, nunmehr auch beweist, daß sie imstande ist, gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien und Organisationen diesem Wirtschaftsplan zum Erfolg zu verhelfen.

Wir sind uns bewußt, daß *das Ziel des Zweijahrplans — die Wiederherstellung der Friedenswirtschaft und die Verbesserung der Lage der Bevölkerung* — nur erreicht werden kann, wenn die demokratischen Kräfte es verstehen, die neue demokratische Ordnung zu festigen.

Das bedeutet Verstärkung der Rolle der Arbeiterklasse und ihres Einflusses in Staat und Wirtschaft.

Das bedeutet Stärkung des Bündnisses zwischen der Arbeiterschaft und den werktätigen Bauern und Festigung des demokratischen Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen.

Das bedeutet weitere Entwicklung des spezifischen Gewichts des volkseigenen Sektors in der Wirtschaft.

Das bedeutet Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen durch Erhöhung der Produktivität der Arbeit und rücksichtslosen Kampf gegen das Spekulantentum.

Das bedeutet Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur und die Verwirklichung des Grundsatzes: *Die fortschrittliche Kultur dem Volke!*

Rede auf der Konferenz der Hennecke-Aktivisten
in Berlin am 4. und 5. Februar 1949.

Antwort auf Fragen von Aktivisten

Erlaubt mir, daß ich auf eine Reihe der Vorschläge, die im Verlauf der Aussprache gemacht wurden, jetzt näher eingehe.

Unser bester Arbeitsaktivist, der Kollege Hennecke, hat gefordert, daß vor den Massen der Arbeiter, Angestellten und der technischen Intelligenz dargelegt wird, *wie* die Hennecke-Aktivisten arbeiten, *wie* sie ihre Leistungen erreicht haben. Ich möchte ihm antworten, daß die wichtigste Methode, der Masse der Arbeiter, Arbeiterinnen und jungen Arbeiter zu zeigen, *wie es gemacht wird*, darin besteht, daß wir *in den Betrieben und in den einzelnen Industriegruppen zum Wettbewerb übergehen*.

Der Kollege vom Bunawerk hat den Vorschlag gemacht, *die besten Betriebe zu prämiieren*, Symbole zu schaffen, Fahnen oder andere Symbole, die von den Betrieben verteidigt werden sollen. Ich glaube, diesen Vorschlag des Kollegen vom Bunawerk kann man annehmen.

Das wichtigste, um zu einer allgemeinen Anwendung der neuen Arbeitserfahrungen der Hennecke-Aktivisten zu kommen, ist jedoch die *Organisierung der Produktionsberatungen*. Ein Kollege hat in der Diskussion gesagt, sie hätten im Betrieb schon Produktionsberatungen, denn sie führten regelmäßig Beratungen der Direktion mit den Abteilungsleitern durch. Das habe ich aber nicht gemeint. Ich habe vorgeschlagen, daß von der Betriebsgewerkschaftsleitung unter Leitung des Gewerkschaftsfunktionärs der Abteilung die Produktionsberatung in jeder Abteilung durchgeführt wird. Das heißt, daß *alle Arbeiter, Ingenieure und Angestellten, die zu der Abteilung gehören*, die Probleme des Arbeitsprozesses beraten, die Erfahrungen austauschen, die Fehler aufzeigen und vereinbaren, welche Verbesserungen an den Maschinen angebracht werden müssen, und daß in diesen Beratungen die Arbeiter oder Spezialisten beauftragt werden, die diese Verbesserungen vorzunehmen haben. Das ist der Sinn der Produktionsberatungen. *Die Entfaltung des Wettbewerbs, verbunden mit der regelmäßigen Durchführung von Produktionsberatungen, das ist der Weg, auf dem wir vorwärtskommen werden*.

Die Berichte der Kollegen haben gezeigt, daß eine besonders wichtige Frage die Frage der *Arbeitsvorbereitung* ist. Ich hatte im Referat schon darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, *in jedem Betrieb ein Arbeitsvorbereitungsbüro* zu schaffen, um durch eine gute,

sorgfältige Arbeitsvorbereitung zu höheren Leistungen zu kommen und das zu verwirklichen, was hier in der Diskussion der Kollege Fromm aus Magdeburg sagte, der die Losung aufstellte: *Von Einzelleistungen zu Gesamtleistungen!* Darauf kommt es an. Wie kommen wir dazu?

Hier scheint es, daß vor allem *die Leitungen der einzelnen Industriegewerkschaften ihre Arbeitsweise ändern* müssen. Der Vertreter der Industriegewerkschaft Bau hat eine sehr interessante und bemerkenswerte Rede gehalten. Er hat dargelegt, wie sie neue Methoden angewandt haben, um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Das haben viele von euch hier auf ihrem Gebiet dargelegt. Aber der Vertreter der IG Bau ist gleichzeitig mit einer Broschüre gekommen, in der an Hand graphischer Darstellungen genau geschildert wird, wie man es macht. Wie wäre es, wenn auch jede andere Industriegruppe die Beispiele der besten Arbeitsleistungen in den einzelnen Sparten so zusammenstellte, daß alle Arbeitskollegen in den Betrieben von den besten, vorbildlichsten und erfolgreichsten Arbeitsmethoden Kenntnis erhalten? Ich denke, das wäre eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaftsleitungen in der nächsten Zeit.

Diese Aufgabe können wir nur lösen, wenn wir kameradschaftlich und freundschaftlich eng *mit der technischen Intelligenz zusammenarbeiten*. Ein leitender Ingenieur von der Max-Hütte hat hervorgehoben, daß die Harmonie in der Max-Hütte, die Kameradschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern und der technischen Intelligenz die Grundlage des Erfolges in diesem Betrieb war.

Ich möchte hierzu besonders hervorheben, daß zur Erfüllung des Plans die Max-Hütte entscheidend beigetragen hat. Die Max-Hütte ist das Werk gewesen, das das Produktionssoll nicht nur erfüllt, sondern sogar übererfüllt hat. Das war eine außerordentlich große Leistung, die nur gelingen konnte, weil die ganze Initiative aller Arbeiter, aber auch aller Angehörigen der technischen Intelligenz, entfaltet wurde.

In den Diskussionsreden wurde im einzelnen von euch selbst bewiesen, wie es möglich ist, durch höhere Arbeitsproduktivität zu einem besseren Leben zu kommen. Laßt mich einige Beispiele aus euren Reden zusammenfassen.

Die Kollegen aus dem Baugewerbe haben gezeigt, wie man mit neuen Arbeitsmethoden den Plan für den Wiederaufbau bestimmter wichtiger Stätten in kürzester Frist durchführen kann. Ich sage hier

ganz offen: Bei der Ausarbeitung des Plans für 1949 stand die sehr ernste Frage: Sind wir darauf vorbereitet, daß die 900 000 Tonnen Zement, die in diesem Jahre zur Verfügung stehen, tatsächlich richtig, das heißt sparsam verwendet werden und so, wie es der Aufbau erfordert? Sind die Vorbereitungen im Baugewerbe so getroffen worden, daß die Arbeiterwohnungen, die wir jetzt bauen wollen, mit dem geringsten Materialverbrauch und mit dem relativ geringsten Kräfteverbrauch erbaut werden können? Bisher waren diese Vorbereitungen ungenügend. Aber die Aussprache gestern und heute hat gezeigt, daß es die Kräfte gibt, die imstande sind, nicht nur die Aufgaben zu lösen, wie sie im vorigen Jahre in bezug auf den Bau von Neubauernhäusern vor uns gestanden haben, sondern auch neue Betriebsbauten durchzuführen und Arbeiterwohnungen bei den großen Werken zu erstellen. Das Beispiel des Baugewerbes zeigt, wie die Erhöhung der Arbeitsproduktivität von unmittelbarem Nutzen für die Arbeiter und Werktätigen ist.

Nehmen wir ein anderes Beispiel. Der Kollege von den Persilwerken schilderte, wie sie sich bemüht haben, ein für die ganze Bevölkerung brauchbares Waschmittel zu erfinden, und wie sie es erfinden haben.

Chemiker haben in einigen Werken einen Ersatzstoff für Leder geschaffen, der in der Tragbarkeit dem echten Leder gleichwertig sein soll. Die Produktion ist noch ungenügend. Wäre es nicht Aufgabe der Chemiker und Arbeiter in der chemischen Industrie, noch größere Anstrengungen zu machen, damit dieser Ersatzstoff in höchster Qualität hergestellt wird, um mehr Bedarfsartikel, mehr Schuhe usw. für die Bevölkerung herstellen zu können?

Ich möchte in diesem Zusammenhang euer Augenmerk besonders auf die *Produktion bestimmter Waren des Massenbedarfs* lenken. Wie viele Umsiedler leben noch sehr primitiv. Wie viele Beispiele haben wir, wo Betriebsarbeiter, die in einem Bergwerk oder einem metallurgischen Werk tätig sind, kaum eine Bettstelle haben. Wird es nicht höchste Zeit, daß unsere Kollegen in der Holzindustrie hochwertige Möbel in Massenfertigung so herstellen, daß die Werktätigen sie wirklich kaufen können oder, wenn es sich um Arbeiterwohnungen in den Betrieben handelt, daß die Betriebe die betreffenden Möbel für die Einrichtungen der Wohnungen beschaffen können? Ich denke, es ist notwendig, diesen Waren des Massenbedarfs mehr Augenmerk zu widmen.

Das gleiche gilt für Töpfe, Küchengeräte usw. Ich denke also, daß wir bei der Durchführung des Plans 1949 dieser Aufgabe mehr Aufmerksamkeit widmen müssen und daß alle mithelfen sollen, daß diese Waren in besserer Qualität hergestellt werden.

Nun noch ein Wort zu der Frage der *Lebensmittel*! Die Rede des Kollegen Rau hat lebendig demonstriert, daß wir, wenn wir besser arbeiten, in der Tat in der Lage sind, die Lebensmittelversorgung zu verbessern. Daß jetzt Sonderzuweisungen an Belegschaften möglich sind, ist das Ergebnis der Erfüllung des Plans vom vorigen Jahr. Die Erhöhungen waren erstens dadurch möglich, daß die Hektarerträge gesteigert wurden, zweitens aber dadurch, daß die Produktion für den Export erhöht wurde.

Zur Frage, ob wir in der Lage sein werden, die Lebensmittelzuteilungen zu erhöhen — was immer wieder bezweifelt wird —, kann ich folgendes sagen:

Selbstverständlich ist die Lebensmittelversorgung noch schwierig. Ich hatte in meiner Rede schon darauf hingewiesen, welche Politik wir in der Frage der Lebensmittelversorgung durchführen wollen. Einerseits wollen wir, daß die Betriebsarbeiter, die die Hauptarbeit leisten, sowie die Angestellten und die technische Intelligenz durch Sonderzuweisungen mehr Lebensmittel zu den jetzt geltenden niedrigen staatlichen Preisen erhalten, wie das auch jetzt von der Deutschen Wirtschaftskommission beschlossen wurde. Aber zur gleichen Zeit entwickeln wir den Handel auf dem Wege über die freien Läden, damit es nicht so weitergeht, wie es noch vor einem Jahr war, wo man sich nicht einmal ein Paar Schnürsenkel besorgen konnte.

Manche Kollegen haben die Frage gestellt: Aber warum sind die Preise in den freien Läden noch so hoch? Die Preise hängen wesentlich von der Menge der Waren ab, die zur Verfügung steht. In dem Maße, wie die Produktion steigt und die landwirtschaftliche Erzeugung zunimmt, sind wir in der Lage, in den freien Läden und auch in den freien Gaststätten die Preise allmählich zu senken. Das ist der Sinn unserer Politik, und auf diesem Wege kommen wir langsam zu normalen Handelsverhältnissen.

Jetzt wird mancher fragen: Warum habt ihr denn die freien Läden als staatliche Handelsorganisation aufgebaut? Wir antworten: Deshalb, damit wir im Verlauf der weiteren Entwicklung durch die Verkürzung des Handelsweges und durch die Ausschaltung der ver-

schiedenen Zwischenhändler zu einer zunehmenden Senkung der Preise kommen können. Das ist der Hauptgrund, warum die freien Läden als staatliche Handelsorganisation ihre Tätigkeit begonnen haben und weiterentwickelt werden. In dem Maße also, wie die Produktion wächst und die landwirtschaftliche Erzeugung zunimmt, werden wir auch imstande sein, das Kartensystem abzuschaffen. Schritt für Schritt kommen wir zu diesem Ziel. Wir machen nicht eine solche Politik wie in Westdeutschland, wo man zwar behauptet, man hätte den freien Markt, tatsächlich aber liefert man zu Schwarzmarktpreisen. Wir gehen einen anderen Weg: Wir sorgen dafür, daß es Sonderzuweisungen in den Betrieben gibt, daß die Arbeiter zu Staatspreisen Brot usw. bekommen, und gleichzeitig entwickeln wir die freien Läden, um allmählich dort im Verlauf der weiteren Entwicklung des Handels die Preise senken zu können. Das ist unsere Politik auf diesem Gebiet, und ich glaube, sie ist nicht schlecht. Jedenfalls hat sie schon zu gewissen Erleichterungen geführt.

Wir sind besorgt darüber, daß diese Intensivierung der Arbeit, der Umschwung, der in der Industrie erfolgt ist, sich noch nicht im gleichen Maße in der *Landwirtschaft* durchgesetzt hat. Ein Vertreter der Landarbeiter hat hier gesprochen, und er hat richtige Vorschläge gemacht, aber auf dieser Konferenz hätten zehn Vertreter aus der Landwirtschaft sprechen müssen. Ich glaube auch, daß die Hauptverwaltung für Landwirtschaft bei der Deutschen Wirtschaftskommission ein wenig Hennecke-Tempo vorlegen muß, um bestimmte Aufgaben zu lösen.

Die Antwort auf die Frage, welche Lebensmittelrationen im September dieses Jahres gegeben werden können, hängt davon ab, wie die Frühjahrsbestellung durchgeführt wird. Sie hängt davon ab, ob es gelingt, den Umschwung in der Landwirtschaft fertigzubringen, ob es mit eurer Hilfe, mit Hilfe der klassenbewußten Gewerkschaftler gelingt, jetzt die Maschinenausleihstationen zu organisieren. Es darf nicht so bleiben, daß wichtige Traktoren, die wir brauchen, irgendwo herumliegen, daß irgendwelche Leute Traktoren, die aus dem Bodenfonds stammen, verschleppen usw. Diesen Zustand darf man keinen Tag länger dulden. Wir müssen also in Verbindung mit den Vorbereitungen zur Frühjahrsbestellung Gewerkschaftler, überzeugte Antifaschisten ins Dorf schicken, damit sie in den Maschinenausleihstationen helfen, damit sie auf die volkseigenen Güter gehen und erreichen, daß diese nicht nur ihren eigenen Boden bestellen,

sondern auch mit Hilfe ihres Maschinenparks den Kleinbauern und Neubauern helfen. Damit wird die Arbeiterschaft Einfluß im Dorfe gewinnen, und das Bündnis der Arbeiter und Bauern wird gefestigt.

Das scheint mir eine der wichtigsten Schlußfolgerungen aus der Tatsache zu sein, daß auf dieser Konferenz bisher die Vertreter der volkseigenen Güter und der Maschinenausleihstationen nur durch einen Redner zu Worte gekommen sind. Wir müssen erreichen, daß die Maschinenausleihstationen und die volkseigenen Güter zu agrotechnischen und kulturellen Zentren in den landwirtschaftlichen Gebieten werden.

Wir hatten bisher die Losung: Mehr produzieren — besser leben! Die Aussprache auf der Konferenz hat diese Losung ein wenig ergänzt. *Mehr produzieren — besser produzieren, rentabler in den Betrieben arbeiten, das Material sparsamer verwenden:* das sind Gedanken, die in der Diskussion auf der Konferenz an Hand einer Reihe von Beispielen dargelegt wurden.

Ich möchte einige Beispiele besonders hervorheben. So hat ein Kumpel aus dem Mansfelder Bergbau unterstrichen, daß sie imstande waren, die *Selbstkosten* um 12,7 Prozent zu senken. Mir scheint, daß die Frage der Selbstkostensenkung von sehr großer Bedeutung ist; denn wenn wir die Selbstkosten senken, sind wir in der Lage, den allgemeinen Aufbau zu beschleunigen, und haben mehr Mittel für den Aufbau zur Verfügung.

Ich lenke in diesem Zusammenhang eure Aufmerksamkeit auf die wichtigen Direktiven, die in der Entschließung der Konferenz formuliert sind. Dort heißt es:

„Die Methoden der Hennecke-Aktivisten dienen der besseren Arbeitsvorbereitung, der Verbesserung der Organisation des Arbeitsprozesses, ihrer technischen Verbesserung. Die Hennecke-Aktivisten bemühen sich, die Zeit für den Arbeitsprozeß gewissenhaft auszunutzen. Sie gehen sparsam mit dem Material um und achten sorgsam darauf, daß keine Rohstoffe vergeudet werden. Ihr Bemühen gilt der unausgesetzten Verbesserung der Qualität der Erzeugung.“

Diese Direktive muß für alle Werktätigen in den Betrieben Allgemeingültigkeit erhalten.

Mehr produzieren — qualitativ besser produzieren, das hängt wesentlich ab von der *Fachschulung*, von der Durchführung von Kur-

sen, Fachschulen, von der Ausbildung von Ingenieurassistenten usw. Wir müssen daher in diesem Jahre Tausende und Zehntausende von Arbeitern, Jugendlichen, Frauen zu Fachkräften entwickeln, ihnen fachliche Kenntnisse beibringen, das System unserer Fachschulen erweitern. Der Zustand muß ein Ende finden, daß viele Frauen in den Betrieben arbeiten, sie aber manchmal als diejenigen betrachtet werden, deren Aufgabe es nur ist, die Büros aufzuwischen und zu reinigen. Wir müssen dazu übergehen, den Frauen und Mädchen zu helfen, einen richtigen Beruf zu erlernen. Mögen die Gegner höhnen. Eine wirkliche Gleichberechtigung der Frau ist erst dann vorhanden, wenn sie einen Beruf erlernt hat und imstande ist, eine gesellschaftlich nützliche Arbeit zu leisten.

Von diesem Standpunkt aus wenden wir uns dagegen, daß in einigen Betrieben, wo Umstellungen erfolgt und Arbeitsplätze überflüssig geworden sind, in erster Linie Frauen entlassen wurden. Wir sind entschieden gegen eine solche Praxis. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß man die Arbeiterinnen in den Betrieben beruflich schulen soll, und wenn es irgendwo überflüssige Arbeitskräfte gibt, soll man die Arbeiterinnen auf einen anderen Platz stellen, aber in erster Linie sollen die Arbeiterinnen in den Betrieben bleiben. Ich wende mich also gegen die Praxis, die in einigen Betrieben Berlins und Brandenburgs angewandt wurde, wo man Arbeiterinnen entlassen hat, weil vorübergehend zuviel Arbeitskräfte vorhanden waren.

Zu der besseren Schulung und beruflichen Ausbildung gehört auch, daß allgemein *das kulturelle Niveau* erhöht wird. Der Hennecke-Aktivist soll nicht nur in seiner Arbeit Bescheid wissen und nicht nur im Produktionsprozeß vorbildliche Leistungen vollbringen, sondern wir alle, auch die Kulturschaffenden, müssen helfen, daß die Hennecke-Aktivistinnen und alle Aktivistinnen zu kulturell höherstehenden Menschen werden. Nicht die Hennecke-Aktivistinnen sollen zu den Künstlern und Schriftstellern kommen, sondern *die Künstler, Schriftsteller, die Schüler der Musikhochschulen, die Maler, die Bildhauer usw., alle sollen zu den Betriebsarbeitern kommen und an Ort und Stelle helfen, die Kunst den Arbeitern in den Betrieben näherzubringen*. Warum können nicht die Ensembles der großen Theater in die Großbetriebe gehen? Das ist manchmal technisch schwierig, aber vielfach läßt sich auch das lösen.

Ich nehme einige Beispiele. Die Schüler der Musikhochschule in Rostock haben an der musikalischen Umrahmung der Betriebsfeiern

auf den Werften teilgenommen. In einigen Betrieben haben die Künstler von städtischen Theatern mitgewirkt. Schriftsteller sind in die Betriebe gegangen. Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft hat Betriebsveranstaltungen organisiert. Es gibt sogar schon einige Werke, in denen Werktheater geschaffen wurden. Wäre es jetzt nicht an der Zeit, daß man *Betriebsbüchereien ausbaut, Leseräume einrichtet*, kurz und gut, alles tut, damit der Betrieb auch zu einem kulturellen Zentrum wird?

Eine Anzahl Kollegen hat hier in der Aussprache hervorgehoben, daß es von der führenden Rolle der Arbeiterklasse abhängt, die demokratische Ordnung zu festigen und zu einem besseren Leben zu kommen. Das ist richtig. *Die Arbeiterklasse ist die stärkste und fortschrittlichste Kraft*. Von ihr hängt entscheidend der Neuaufbau, der gesellschaftliche Fortschritt ab. Früher gab es Leute, die waren der Meinung, der Fortschritt hänge davon ab, daß man in Wahlversammlungen geschickte Reden hält. Die Zeiten sind vorbei. Jetzt kommt es darauf an, daß die Arbeiterklasse ihre führende Rolle verwirklicht, indem sie lernt, die Betriebe, die Wirtschaft, die Landwirtschaft zu leiten, indem sie lernt, den Staat zu leiten. Das ist die Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse.

Indem wir den Kampf führen um die Erwerbung von Kenntnissen zur Führung von Staat und Wirtschaft, realisieren wir die führende Rolle der Arbeiterklasse. Und wenn die Gegner früher gehöhnt haben und sagten: Wie will denn ein Metallarbeiter einen Betrieb leiten können, wie will denn ein Bergarbeiter ein Bergbaurevier leiten können, so haben wir inzwischen nicht nur den Beweis erbracht, daß ein Bergarbeiter ein ganzes Bergbaurevier leiten kann. Wir haben sogar einen Bergarbeiter, der den gesamten Bergbau der Zone leitet, und noch mehr: Wir haben frühere Arbeiter, die inzwischen gelernt haben, Wirtschaftspläne auszuarbeiten, und sogar Wirtschaftspläne, deren Zahlen stimmen. Das heißt, es gibt bei uns schon Arbeiter, die sich die wissenschaftlichen Kenntnisse ahgeeignet haben, die notwendig sind, damit Wirtschaftspläne ausgearbeitet werden können, die notwendig sind, um die großen Aufgaben des Aufbaus zu lösen.

Die sachliche Arbeit der Arbeiter, Ingenieure und Angestellten sowie der Bauern auf dem Lande, die sachliche Arbeit zur Erfüllung des Plans, sie gibt das Beispiel dafür, daß unser Weg, der Weg des Neuaufbaus aus eigener Kraft, der einzige Weg ist zu einem neuen,

besseren Leben, zu einem einigen Deutschland, das von den Völkern geachtet wird, zu einem Deutschland, das in Freundschaft verbunden ist mit der Sowjetunion und mit allen friedliebenden Kräften in der Welt!

Schlußwort auf der Konferenz der Hennecke-Aktivisten
in Berlin am 4. und 5. Februar 1949.

Aufgaben der technischen Intelligenz

Aktivisten und technische Intelligenz

Ich komme nun zu der Frage des *Verhältnisses der technischen Intelligenz zur Aktivistenbewegung*. Hier wurde hervorgehoben, welche Bedeutung die allgemeinen Besprechungen und Beratungen zwischen Ingenieuren, Technikern, Chemikern usw. und den Aktivisten haben. Mir scheint, daß die Methode der Produktionsberatungen in den Betrieben noch sehr wenig angewandt wird. Daran sind beide Teile schuld, die Arbeiter und die Meister, aber auch die Ingenieure und Techniker. Die Produktionsberatung — das ist eine Methode, die früher nicht üblich war und aus diesem Grunde nur sehr schwer in Gang kommt. Das ist aber die einfachste Sache der Welt.

Da ist zum Beispiel eine Abteilung in einer Maschinenfabrik. Sie hat bestimmte Aufgaben. Es findet regelmäßig wöchentlich oder vierzehntäglich eine Produktionsberatung aller Mitarbeiter der Abteilung statt, vom kleinsten Lehrling bis zum Meister oder Ingenieur der Abteilung. Dabei werden alle Fragen der Produktion besprochen, welche guten Erfahrungen und welche Fehler es gibt. Es wird erörtert, welche Maßnahmen entwickelt werden müssen, damit die Produktion gesteigert werden kann.

Ich kann mir zum Beispiel vorstellen, daß auf einer solchen Produktionsberatung ein Ingenieur und ein Aktivist, der an einer bestimmten Maschine arbeitet, sich gemeinsam vornehmen, diese Maschine zu verbessern. Vielleicht dauert das ein halbes Jahr. Aber sie haben sich diese Aufgabe gestellt, die sie für lösbar und notwendig halten.

Mir scheint, diese Produktionsberatungen haben eine ungeheure Bedeutung. Das ist auch die wichtigste Methode, um die Arbeiter dazu zu erziehen, daß sie aus eigener Initiative arbeiten. Es genügt nicht, daß der Direktor Besprechungen mit den Abteilungsleitern und Meistern macht. Das ist selbstverständlich, genügt aber nicht. In den Abteilungen müssen Produktionsberatungen durchgeführt werden, darauf kommt es an. Dann werden Sie sehen, welche Initiative im Betrieb entwickelt werden kann.

Die Rentabilität der Betriebe sichern!

Bei der Durchführung der Produktionsberatungen ist die Frage der *Qualitätsarbeit* von besonderer Bedeutung. Es ist nicht mehr so wie vor einem halben Jahr, daß jemand sagen kann: Ich werde meinen Dreck schon los. In der Bevölkerung sagt man: Ich löse meine Punkt-karte jetzt nicht gleich ein, ich warte, bis bessere Qualitäten kommen. Die Leute haben absolut recht. Auch wenn die freien Läden Verträge abschließen, müssen sie auf gute Qualität Wert legen. Sonst werden sie die Ware nicht los.

Manche haben gedacht, beim Zweijahrplan handle es sich nur um die Steigerung der Produktion. Es ist viel mehr, es ist ein ganzes System wirtschaftlicher Maßnahmen, um die Produktion zu steigern, die Bevölkerung besser zu versorgen, aber auch, um Ordnung zu schaffen und alle Mißstände aufzudecken.

Es kommt gegenwärtig darauf an, daß die Leistungslöhne auf breiter Basis eingeführt werden. Wir müssen in diesem Jahr dazu kommen, daß 80 Prozent der Betriebsarbeiter in den Betrieben der volkseigenen Industrie im Leistungslohn beschäftigt werden, ebenso auch auf den volkseigenen Gütern und in den MAS. Was die volkseigenen Güter betrifft, so geht unsere Anweisung dahin, daß dort der Leistungslohn noch in diesem Jahr zu 80 bis 90 Prozent durchgeführt werden soll. Das erfordert, wie hier richtig gesagt wurde, die sorgfältige Berechnung der technisch begründeten Normen.

Dazu müssen die Arbeitsvorbereitungsbüros geschaffen werden, die Organe der Direktion sind. Daneben bestehen im Betrieb die Gewerkschaftsleitung und die Lohnkommission. Wenn die Gewerkschaftler mit den technisch begründeten Normen und mit der Festsetzung der Löhne nicht einverstanden sind, haben sie die Möglichkeit, in der Lohnkommission Einspruch zu erheben. Man muß dann zu einer Verständigung kommen, aber wir vermischen nicht Betriebsdirektion und Gewerkschaftsleitung.

Ich weiß, daß manche Bedenken dagegen haben und der Meinung sind, daß die Gewerkschaftsleitung sozusagen direkt zur Direktion gehört. Das ist nicht wahr. Die Gewerkschaftsorganisation ist die Klassenorganisation, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten hat und unter den Bedingungen einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung große wirtschaftliche Aufgaben des Kampfes um die Erfüllung und Übererfüllung des Plans auf sich genom-

men hat. Die Gewerkschaftsorganisation hilft bei den Fragen des Wettbewerbs und der Produktionssteigerung. Aber die Verantwortung für die Leitung des Betriebes trägt der Direktor. Das ist unser prinzipieller Standpunkt. Deshalb vermischen wir nicht Gewerkschaftsleitung und Direktion. Es kann sein, daß der Direktor und seine Stellvertreter einen falschen Standpunkt haben. Die Gewerkschaftler haben dann das Recht und sogar die Pflicht, ihren Standpunkt entschieden zu vertreten, und man muß zu einem Ausgleich kommen. Das wird auch erzieherisch auf den Direktor wirken.

Ich habe an die Ingenieure und Techniker die Bitte, daß sie mit-helfen, damit in den Arbeitsvorbereitungsbüros eine exakte Arbeit geleistet wird, und daß sie zu einer guten Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsleitungen kommen, um so die Entwicklung des Leistungslohnes auf breiter Basis zu erreichen.

Kritik und Selbstkritik — eine Lebensnotwendigkeit

Hier wurden einige kritische Bemerkungen über die Gefahr gemacht, die durch öffentliche Kritik entstehe. Vergewenwärtigen Sie sich die Entwicklung im Sommer vorigen Jahres. Mit welchen Methoden haben wir die Wendung in der Produktion fertiggebracht? Nur mit der Schilderung guter Beispiele? Nein, das geschah auch durch die Methode der Kritik und Selbstkritik. Wenn wir nicht die Leitungen der chemischen Betriebe und die der Schwerindustrie so scharf kritisiert hätten, dann hätten wir diese Frage bis heute nicht gelöst. Leider hat man meiner Ansicht nach zu spät kritisiert. Manchmal tut Kritik sehr weh, aber es gibt keine andere Methode. Glauben Sie, daß manche Gemeindevorsteher sehr begeistert waren, als ich sie als „Gemeindepaschas“ bezeichnete und sogar die Dörfer nannte, wo sie herrschen? Aber wir hatten keinen anderen Weg.

Als wir uns im Oktober vorigen Jahres darüber klar wurden, daß wir uns auf die Maschinenausleihstationen konzentrieren müssen, weil die werktätigen Bauern klagten, daß es so nicht weitergehe und sie es nicht schaffen könnten, haben wir zuerst Kontrolleure in eine Anzahl Maschinenausleihstationen geschickt. Auch die volkseigenen Güter haben wir kontrollieren lassen. Als wir genügend Unterlagen hatten, haben wir festgestellt, was geändert werden muß. Wir haben auf die Fehler hingewiesen, die dort vorgefunden wurden, und dann ging

die Sache. Die Regierung von Mecklenburg zum Beispiel ging auf die volkseigenen Güter, erklärte, was geändert werden muß, und die Landräte begannen, sich mehr um die Maschinenausleihstationen zu kümmern. Glauben Sie, daß man das mit Rundschreiben geschafft hätte oder mit einigen Verwaltungsangestellten, die hingefahren wären, um ein paar gute Lehren zu erteilen?

Wir müssen neue Kräfte heranziehen, und wir nehmen sie aus der Aktivistenbewegung. Das sind die Gründe, warum wir uns besonders an die technische Intelligenz gewandt haben. Sie soll diese demokratischen und ökonomischen Aufgaben verstehen und nicht denken, daß es nur darauf ankommt, auf dem eigenen Posten die Produktion zu steigern. Das ist wichtig, aber es geht um eine viel größere Frage. Das sind die Aufgaben, wie sie für 1949 gestellt sind. 1949 muß der Beweis erbracht werden, daß wir die Aufgaben lösen können. Die Hauptaufgaben für den Zweijahrplan müssen schon in diesem Jahre gelöst werden. Im Sommer 1950 werden wir uns schon mit ganz anderen Dingen beschäftigen, da werden wir den Fünfjahrplan vorbereiten. Hoffentlich sind wir aber dann in der Gewinnung der Mehrheit der werktätigen Kräfte in Westdeutschland weiter. Dann werden wir sehen, zu welchen Ergebnissen sie auf Grund der Erfahrungen des Lebens und der Ergebnisse unserer Politik gekommen sind.

Noch einen anderen Grund haben wir, daß wir keine weitergehenden Aufgaben stellen. Bei der Rückständigkeit der Massen in Westdeutschland würde jeder Schritt, den wir weiter gehen, den Kampf um die Einheit Deutschlands erschweren. Die Amerikaner und Engländer könnten das ausnutzen und einen großen Teil der Bevölkerung davon überzeugen, daß die Kolonisierung notwendig ist. Deshalb kämpfen wir in der Ostzone im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und werden diesen Block aller fünf Parteien festigen.

Die Maßnahmen, die wir durchführen, auch auf ökonomischem Gebiet, müssen auf der Verständigung zwischen den demokratischen Organisationen basieren. Das wird den Leuten in Westdeutschland beweisen, daß alle Kräfte — von den Sozialisten bis zu den Liberalen — zusammenarbeiten können. Wir werden den Amerikanern Westdeutschland nicht überlassen. Während sie mit Tanks gegen die streikenden Arbeiter vorgehen, werden wir antworten mit der Produk-

tionssteigerung der Industrie, mit dem Einsatz von Traktoren in der Landwirtschaft, mit der Steigerung der Ergiebigkeit der Landwirtschaft, mit einer ungeheuren Förderung des kulturellen Lebens. Dann soll die Bevölkerung entscheiden, wer den richtigen Weg geht. Der Zweite Volkskongreß hat diese Linie beschlossen, und wir werden sie konsequent durchführen.

Schlußwort auf der Sitzung des Wirtschaftsausschusses
des Deutschen Volksrates am 22. Februar 1949.

Jeder ein Meister seines Faches

Was ist das Neue in unserer Zeit?

Ihr Jungaktivisten singt mit Recht das Lied von der Jugend der neuen Zeit.

Das Neue, das sind die *volkseigenen Betriebe*, in denen die Erwachsenen und die Jugend keine Ausbeutung mehr kennen, in denen sie für sich selbst und für das Volk arbeiten. Das Neue, das sind die *Maschinenausleihstationen*, die ihr jetzt mithilfe aufzubauen, die den Bauern helfen, das Feld zu bestellen, und den neuen fortschrittlichen Geist ins Dorf bringen, die mithilfe, das Dorf zu demokratisieren. Das Neue, das sind die *volkseigenen Güter*, die Zentren des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts, die zu Musterwirtschaften in bezug auf Bodenbestellung, Viehwirtschaft und kulturelle Arbeit werden müssen. Das Neue sollen die *staatlichen Handelsorganisationen* sein, die dafür zu sorgen haben, daß die von den Werktätigen erzeugten Güter auf kürzestem Wege in die Hände der Bevölkerung kommen. Das Neue ist die Tatsache, daß *in den staatlichen Organen*, die das große Werk des friedlichen Aufbaus leiten und lenken, *Vertreter des werktätigen Volkes* tätig sind, die sich in ihrer Arbeit auf die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, auf die Parteien des Demokratischen Blocks, auf die Organisationen der Freien Deutschen Jugend, auf die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen stützen. Und das Neue unserer Zeit, das ist der *Arbeitsenthusiasmus*, die *große Arbeitsinitiative*, die die Aktivisten für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes, für den Neuaufbau einer fortschrittlichen, demokratischen Ordnung entfaltet haben.

Als wir vor einem Jahr in Zeitz auf dem Ersten Kongreß der jungen Aktivisten zusammen waren, da hatten wir noch keinen einheitlichen Plan des wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbaus. Damals gab

es zwar schon junge Aktivisten, die sich an die Spitze des Wettbewerbs stellten und viele Alte im Kampf um höhere Arbeitsleistungen mit vorwärtsrissen. Viele alte und junge Arbeiter gab es damals aber noch, die die Frage stellten: Wofür sollen wir mehr schaffen? Sie standen unter dem Einfluß jener alten Verhältnisse, wo der Arbeiter für irgendwelche unbekanntem Aktienbesitzer Tag für Tag schuftete mußte, wo der junge Landarbeiter seine schwere Arbeit verrichten mußte ohne irgendeine Aussicht auf ein besseres Leben, wo der arbeitenden Jugend der Weg zu den Hochschulen versperrt war, wo der Besuch der Kurorte und Erholungsstätten das alleinige Vorrecht der Besitzenden war.

Vor einem Jahr traten euch in den Betrieben noch viele alte Zweifler entgegen, die erklärten: Was hat die Produktionssteigerung für einen Zweck, wenn wir nicht genügend Rohstoffe, nicht genügend Maschinen haben, wenn man sich nicht besser kleiden kann und wenn wir nicht mehr zu essen bekommen?

Heute können die Aktivisten stolz vor die ganze Bevölkerung treten, denn es wurde der Beweis erbracht, daß es durch die gemeinsamen kameradschaftlichen Anstrengungen der Arbeiter und Angestellten sowie der technischen Intelligenz möglich war, die Qualität der Produktion zu heben und dadurch die Menge der Exportwaren für den Austausch gegen Rohstoffe aus dem Ausland zu vermehren. So manche Neuerung hat uns Steinkohle und auch Lebensmittel aus dem Ausland gebracht, und wieviel neue Werkstoffe wurden geschaffen, die es uns ermöglichen, früher eingeführte Rohstoffe zu sparen! Die Mehrerzeugung von Stahl war die Voraussetzung, um die Zellwollbetriebe auszubauen und die Schwefelsäureproduktion zu erhöhen, wodurch die Voraussetzungen für die Mehrerzeugung von Textilwaren geschaffen wurden. *Und während manche Leute über die mangelhafte Lebensmittelversorgung gejammert haben, haben wir die Schwierigkeiten an der Wurzel gepackt.* Die Schaffung der Maschinenausleihstationen gibt uns die Möglichkeit, höhere Hektarerträge zu erreichen. Die Steigerung der Produktion in den chemischen Werken bringt uns mehr Kunstdünger. *Und groß ist der Erfolg, daß wir durch die Arbeitsinitiative der Aktivisten das Vertrauen der Sowjetunion gewonnen haben, die uns jetzt 1000 Traktoren zur Verfügung stellt.*

Wer kann daran zweifeln, daß all diese ernstesten Maßnahmen zu einer Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung führen müssen?

Die Jungaktivisten wie die Aktivistenbewegung überhaupt können für sich die Ehre in Anspruch nehmen, daß sie als die Fortgeschrittensten, als die Weitsichtigsten ihre ganze Kraft eingesetzt haben, um die Grundlage für ein besseres Leben unseres Volkes zu schaffen. Immer weiter verbreitet sich die Erkenntnis, daß jede Mehrleistung dem Volke zugute kommt.

Wer mehr leistet, kann besser leben!

Wenn alle mehr leisten, kann das ganze Volk besser leben!

Jetzt ist der Weg sichtbar, der zu einer neuen Gesellschaftsordnung führt, in der der Grundsatz gilt: Alles durch das Volk, alles für das Volk. *Es genügt nicht, die Grundlagen der demokratischen Ordnung zu schaffen, eine neue staatliche Verwaltung zu organisieren, die Betriebe in die Hände des Volkes zu legen. Die größere, schwerere, wichtigere Aufgabe müssen wir jetzt lösen. Sie besteht darin, daß wir in der neuen Ordnung die Arbeitsproduktivität steigern, daß in den Betrieben mehr geleistet wird, damit das Volk besser leben kann. Die Aktivistenbewegung, das ist die Bewegung für die Entwicklung der neuen Arbeitsmethoden, aber auch für ein neues Denken.*

In anderen Ländern, wie in Polen, der Tschechoslowakei und anderen, sind die antifaschistischen Kräfte im Kampf gegen den Faschismus gewachsen und gestählt. Bei uns war das anders. In opferreichen Kämpfen hat die Sowjetarmee, in der die besten Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes heroisch kämpften, die faschistischen Machthaber in einem Drittel Deutschlands gestürzt und dem deutschen Volke und seiner Jugend den Weg frei gemacht zu einem besseren Leben. *Unterstützt von den Arbeitern, Bauern und Intellektuellen in der Uniform der Sowjetarmee, haben die Antifaschisten den Staatsapparat gesäubert, die Gutsbesitzer verjagt und die Betriebe der Kriegsverbrecher in die eigenen Hände genommen. Die Grundlagen der neuen, demokratischen Ordnung wurden geschaffen. Jetzt gilt es, diese neue Ordnung zu festigen.*

Ihr Jungaktivisten und alle Jugendlichen, die ihr weniger mit den alten kapitalistischen Gewohnheiten vorbelastet seid, ihr, deren Blick frei ist für die Erkenntnis der großen Fortschritte in der Sowjetunion und in den volksdemokratischen Ländern, ihr müßt mehr lernen, denn von eurem Bewußtsein, von eurer Energie hängt die Lösung der großen Aufgabe des Neuaufbaus entscheidend ab.

Jetzt ist der Weg für den Aufstieg der Jugend frei gemacht. Ihr als junge Aktivisten habt euch eine ehrenvolle und zugleich verantwortungsvolle Aufgabe gestellt. Ihr habt jetzt die Verpflichtung, alle Möglichkeiten auszunutzen, um alle Fähigkeiten in unserer Jugend voll zur Entfaltung kommen zu lassen zum Nutzen des arbeitenden Volkes und zum Nutzen von ganz Deutschland.

Die Jugend und der Wirtschaftsplan für 1949

In diesen Tagen wurde im Plenum der Deutschen Wirtschaftskommission der Wirtschaftsplan für 1949 beschlossen. Dieser Plan hat jenen Zweijahrplan zur Grundlage, der Ende Juni vorigen Jahres im Auftrage des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands von mir begründet wurde und von größter Bedeutung für die gesamte Jugend ist:

Der Plan enthält große Aufgaben des Wiederaufbaus, an denen die Jugend unmittelbar beteiligt ist.

Der Plan enthält wichtige Bestimmungen über den Ausbau des Schulwesens, der Berufsschulen, der Fachschulen, der Hochschulen und der Arbeiter- und Bauernfakultäten bei den Universitäten. Der Plan zeigt den Weg zu einem besseren Leben und enthält zugleich die großen Aufgaben zur Entwicklung einer neuen, fortschrittlichen Kultur.

Nach dem Plan soll die Industrieproduktion im Jahre 1949 um 16 Prozent gegenüber 1948 steigen. Zugleich soll aber auch die Qualität der Produktion bedeutend verbessert werden. Das ist nur möglich, wenn die *Erfahrungen der Aktivistenbewegung zur Sache aller Arbeiter, Angestellten und der technischen Intelligenz werden.*

Die großen Aufgaben können nur mit qualifizierten Facharbeitern gelöst werden. Deshalb muß die Steigerung der Produktion mit der Erhöhung der Zahl der Lehrlinge und dem Ausbau der Betriebsberufsschulen verbunden werden. *Vor allen Dingen ist es notwendig, die Zahl der Betriebsberufsschulen in den volkseigenen Betrieben zu vergrößern und dadurch eine größere Zahl von Lehrlingen direkt in den Betrieben zu schulen.*

Es genügt nicht mehr, daß Aktivisten der Jugend beim Bau von Maschinenausleihstationen Steine herbeischaffen, notwendiger ist

jetzt, daß die Jugendlichen *gründlich das Bauhandwerk erlernen*, daß sie tüchtige Fachleute werden. Manche von ihnen können sich dann auf dem Technikum weiterbilden, damit sie später, wenn der künftige Fünfjahrplan auf der Tagesordnung steht, den weiteren Aufgaben gewachsen sind.

Nach dem *Plan für die Landwirtschaft* soll in diesem Jahr der Ertrag je Hektar um 10 Prozent höher sein als im Vorjahr. Neben der Hilfe durch Traktoren und erhöhte Lieferung von Kunstdünger ist das wichtigste die agronomische Beratung der werktätigen Bauern. *Das heißt, die Durchführung des Plans erfordert die systematische agronomische Schulung der Jungen und Mädchen in der Landwirtschaft.* Ich wende mich besonders an die Aktivisten der volkseigenen Güter und Maschinenausleihstationen, mitzuhelfen, damit die bestehenden Hindernisse überwunden und den volkseigenen Gütern und MAS landwirtschaftliche Berufsschulen angegliedert werden. Bisher war es so, daß die Großbauern, die genügend Geld zur Verfügung hatten, ihre Söhne und Töchter auf die landwirtschaftlichen Schulen schicken konnten. *Jetzt wird es höchste Zeit, daß die Söhne und Töchter der Landarbeiter, der Neubauern, der Kleinbauern, der Mittelbauern die landwirtschaftlichen Fachschulen besuchen, damit auch der werktätige Bauer seine Wirtschaft auf Grund der Erfahrungen der modernen Agrarwissenschaft führen kann.*

Ich glaube, ein neues Moment des heutigen Aktivistenkongresses besteht darin, daß nicht, wie auf dem Kongreß in Zeitz, nur Aktivisten aus den Industriebetrieben anwesend sind, sondern daß die Aktivistenbewegung bereits auf die volkseigenen Güter und MAS übergegriffen hat, das heißt, daß auch der *Berufswettbewerb auf die volkseigenen Güter und MAS übertragen* werden muß und daß es mit Hilfe der Aktivistenbewegung auf den volkseigenen Gütern und MAS gelingt, die demokratische Entwicklung im Dorf vorwärtszuführen.

Ich nehme an, daß ihr alle den Plan eifrig studieren werdet. Wer sich gründlich mit der Materie vertraut machen will, der sollte den von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ausgearbeiteten Zweijahrplan lesen, sich besonders mit dem ersten Teil über die grundlegenden Veränderungen in der Ostzone vertraut machen und die Erläuterungen nachlesen, die ich zur Wirtschaftspolitik für das Jahr 1949 in meinem Referat auf der Ersten Parteikonferenz der SED entwickelt habe.

Die führende Rolle der Arbeiterschaft

Ihr werdet mir nun die Frage stellen: *Welche Garantie gibt es, daß unsere Leistungen, daß das Schaffen des werktätigen Volkes wirklich dem Fortschritt, der Festigung und Entwicklung der demokratischen Ordnung dienen?* Diese Frage ist berechtigt.

Ich sage euch darauf offen: Von entscheidender Bedeutung für die Festigung und Entwicklung der neuen, demokratischen Ordnung ist die *führende Rolle der Arbeiterschaft* im staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Ihr seid Söhne und Töchter der Arbeiterschaft, ihr seid die Jugend der neuen Zeit, Mädel und Jungen, die mithelfen wollen, eine neue Welt aufzubauen. Deshalb habt ihr recht, wenn ihr genau wissen wollt, wie der gesellschaftliche Fortschritt gesichert werden kann. In der Begründung des Zweijahrplans habe ich im Vorjahr ausdrücklich dargelegt, daß es nicht genügt, mehr zu arbeiten, sondern daß es notwendig ist, die gesellschaftliche Entwicklung bewußt zu lenken und zu leiten. Das kann aber nur geschehen unter der Führung der Arbeiterschaft, im Block mit den anderen demokratischen Kräften, gestützt auf die Massenorganisationen des werktätigen Volkes.

Entscheidend sind Erkenntnis und Bewußtsein der Arbeiterschaft. Und wenn die Aktivistenbewegung mit höheren Arbeitsleistungen, mit der Verbesserung der Qualität der Arbeit begonnen hat, so *sollen die Aktivisten doch nicht nur Vorbilder sein in der täglichen beruflichen Arbeit, sondern sie sollen die bewußten Erbauer der neuen Gesellschaft sein, sie sollen jene Menschen sein, die einen umfassenden Weitblick besitzen und die beste Schulung bekommen, um sich dieses umfassende Wissen anzueignen.*

Erlaubt mir einige Hinweise auf die nächsten Aufgaben, die in unserer ökonomischen Politik bei der Durchführung des Wirtschaftsplans stehen. Nach unserer Meinung ist es *das wichtigste zur Festigung der demokratischen Ordnung, die Überlegenheit der volkseigenen Betriebe in bezug auf Höhe der Arbeitsproduktivität, Qualität der Produktion, Senkung der Selbstkosten, Verbesserung der Lage der Werktätigen, Ausbau der kulturellen Einrichtungen* zu beweisen. Die geschichtliche Bedeutung des Zweijahrplans besteht gerade darin, daß zum erstenmal in Deutschland die Entwicklung im Staat, in der Wirtschaft und auf kulturellem Gebiet nicht mehr dem freien Spiel egoistischer, großkapitalistischer Interessen überlassen ist, sondern daß

die Arbeiterschaft im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz die Schlüsselpositionen in Staat und Wirtschaft in den Händen hat und auf Grund der wissenschaftlichen Erkenntnis von den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung planmäßig den demokratischen Neubau durchführt. *Nur die Arbeiterschaft kann diese Aufgabe lösen, denn sie ist die Hauptkraft in der Produktion.* Sie ist nicht an der Erhaltung der alten Verhältnisse interessiert. An der Spitze der Arbeiterschaft steht die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die als einzige Partei von der fortschrittlichsten wissenschaftlichen Lehre über die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung geleitet wird. Es kommt also in der gegenwärtigen Etappe der Entwicklung nicht etwa darauf an, auf kaltem oder heißem Wege zu enteignen. Das ist nicht die Aufgabe. *Die Hauptaufgabe ist die Festigung der demokratischen Ordnung.* Es gilt, den Beweis zu erbringen, daß der volkseigene Sektor der Wirtschaft den kapitalistischen Betrieben in der Ostzone und erst recht den kapitalistischen Großbetrieben in Westdeutschland überlegen ist.

Das Enteignen der Kriegsverbrecherbetriebe war nicht leicht, aber das haben wir immerhin ganz gut fertiggebracht. Und mit den alten Junkern und Großgrundbesitzern sind wir auch fertig geworden. Aber jetzt müssen wir beweisen, *daß die Arbeiter, daß die früheren Gewerkschaftsfunktionäre, ja ich sage, daß die Jungaktivisten verstehen, diese Betriebe, die in den Händen des Volkes sind, diese volkseigenen Güter, diese Maschinenausleihstationen besser zu leiten.* Euer heutiger Kongreß dient dem Zweck, die besten Erfahrungen auszutauschen und durch die Auswertung der Erfahrungen mitzuhelfen, damit die ganze Masse der Arbeiterschaft und der Jugendlichen von euren Erfahrungen Kenntnis erhält. Das ist, soweit ich verstehe, der Sinn eures Kongresses.

In der *Landwirtschaft* ist die Durchführung der Aufgaben noch komplizierter. Unter der Junkerherrschaft wurden die Landarbeiter niedergehalten, die Landarbeiterjugend unterdrückt und auch die Kleinbauern geknechtet. Jetzt gilt es, eine große Umwandlung im Dorf durchzuführen, *der Demokratie im Dorf zum Sieg zu verhelfen.* Das ist die Aufgabe, und das machen wir nicht so, daß wir mit Polizei kommen und einige Grundbesitzer enteignen, nein, wir kommen mit einer ganz friedlichen Entwicklung, wir kommen mit modernsten Traktoren ins Dorf. Und nicht nur das, wir haben die Absicht, die Erfahrungen der modernsten Agrarwissenschaft auszunutzen. Die größten Erfahrungen in der Agrarwirtschaft hat die Sowjetunion ge-

macht, weil die Sowjetunion als sozialistisches Land alle gesellschaftlichen Kräfte entwickelt hat. Heute sind wir in Deutschland in bezug auf die Anwendung moderner agrarischer Erfahrungen hinter der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern weit zurück. Ich denke, wir sollten uns anstrengen, die Erfahrungen dieser Länder auszunutzen, damit auch bei uns in der Ostzone die Erfahrungen der modernen Agrarwissenschaft Anwendung finden, und dann wollen wir sehen, wo die Hektarerträge höher sind: bei uns in Mecklenburg oder im reaktionären Oldenburg.

Auf dem Gebiet des *Handels* ist es notwendig, dafür zu sorgen, daß die erzeugten Güter auf möglichst kurzem Wege der Bevölkerung zugänglich gemacht werden, und zwar mit möglichst gering gehaltenen Handelsunkosten. Es gibt Leute, die fragen: Wollt ihr alles verstaatlichen? Wir sagen darauf: Wir wollen, daß die Hauptpositionen in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Handel usw. fest in den Händen zuverlässiger Demokraten sind. Was die Verteilung der Waren an die Bevölkerung betrifft, die durch Kleinhändler, Konsumgenossenschaften, Handelsorganisationen der freien Läden geschieht, so sind wir dafür, daß ein besonderer Wettbewerb zwischen diesen Geschäften durchgeführt wird; dann wird sich zeigen, wer die Kunden am besten bedient und wer am besten liefert. Wer die besten Waren führt, der wird Erfolg haben.

Nun hat man die Frage gestellt: Wird bei Durchführung des Zweijahrplans neben den volkseigenen Betrieben auch die Produktion in den privatkapitalistischen Betrieben eine höhere werden?

Ich sage offen, daß bei der Durchführung des Wirtschaftsplans nicht nur der volkseigene Sektor in der Wirtschaft wachsen wird, sondern auch die Produktion in den privatkapitalistischen Betrieben. Die Ausnutzung aller Möglichkeiten der Produktion ist notwendig. Wir sind daran interessiert, daß alles ausgenutzt wird, damit möglichst schnell die Lebenshaltung der Bevölkerung verbessert werden kann.

Demokratische Ordnung für ganz Deutschland

Nun hat man mir die Frage gestellt: Warum fordern wir nicht sofort den Übergang zum Sozialismus? Dazu möchte ich folgendes sagen: Der Übergang zum Sozialismus ist nicht eine Frage von For-

derungen oder Agitationslosungen. Wir verstehen sehr gut, daß die Werktätigen empört sind über die Schiebungen kapitalistischer Großhändler, über die Ausbeutung in kapitalistischen Betrieben, über die schlechte Behandlung der Landarbeiter durch Großbauern. Aber diesen Kampf gegen die Spekulanten und Schieber, für günstige Arbeitsbedingungen in den Privatbetrieben und für bessere Lebensbedingungen, diesen Kampf müssen wir jetzt unmittelbar führen, auch ohne daß heute der Übergang zum Sozialismus auf der Tagesordnung steht.

Den Freunden, die die Frage des Sozialismus als unmittelbare Aufgabe stellen, möchte ich offen sagen: Wir leben leider noch in einem gespaltenen Deutschland. Wir müssen unter diesen Bedingungen *solche Aufgaben stellen, die in ganz Deutschland verwirklicht werden können und von deren Richtigkeit die Mehrheit der Bevölkerung in ganz Deutschland überzeugt werden kann*. Ihr selber werdet zugeben, daß zum Beispiel die Jugend in Westdeutschland noch nicht einmal zum Kampf um die Entmachtung der Kriegsverbrecher und Großgrundbesitzer über 100 Hektar bereit ist. Man muß also die Mehrheit des schaffenden Volkes von der Notwendigkeit der Lösung der nächsten demokratischen Aufgaben überzeugen.

Es kommt aber noch ein anderer Grund dazu. Auch in der Ostzone müssen wir die Ungeduldigen, die alle möglichen radikalen Forderungen stellen, darauf hinweisen: *Die radikalste Aufgabe, die gegenwärtig zu lösen ist, ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität auf den Friedensstand und die Erhöhung der Ergiebigkeit in der Landwirtschaft auf Friedeshöhe*. Unter den gegenwärtigen Bedingungen von sozialistischen Maßnahmen oder vom Sozialismus als Tagesaufgabe zu sprechen, wäre eine Selbsttäuschung. Jetzt steht auf der Tagesordnung der Kampf um ein einiges demokratisches Deutschland, wobei die Festigung der Demokratie in der Ostzone von entscheidender Bedeutung ist. Je besser wir in der sowjetischen Besatzungszone den Wirtschaftsplan erfüllen und damit beweisen, daß es möglich ist, aus eigener Kraft die wirtschaftlichen Aufgaben zu lösen, um so eher wird sich die Bevölkerung Westdeutschlands gegen die kolonialen Bedingungen des Marshallplans wenden und mit uns gemeinsam einen Friedensvertrag und die Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung erkämpfen.

Es kommt also nicht darauf an, wie manche meinen, irgendwelche neuen, radikalen Losungen in der Ostzone zu entdecken, sondern zu

lernen, die führende Rolle der Arbeiterschaft — dazu gehören auch die Jungarbeiter — täglich zu verwirklichen. Die fortgeschrittensten Kräfte der Arbeiter und Jungarbeiter müssen lernen, den Staat und die Wirtschaft auf neue Weise zu leiten, das Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft zu festigen, die Intelligenz für die neuen Aufgaben zu gewinnen und gleichzeitig eine neue Intelligenz aus den Reihen der werktätigen Jugend zu entwickeln. *Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeiterschaft ihre Einheit festigt.* In der Einheit der Arbeiterschaft und ihrer Fähigkeit, die großen Lehren der Lehrmeister der Arbeiterbewegung — Marx, Engels, Lenin und Stalin — zu verstehen und anzuwenden, liegt die Gewähr für den Sieg des Fortschritts und für die Herbeiführung einer glücklichen Zukunft des deutschen Volkes.

Vergegenwärtigt euch einmal, welchen Weg wir nach 1945 gegangen sind. Wir haben nicht alles mit einemmal gemacht. Zuerst haben wir die Verwaltung gesäubert, dann wurde die Bodenreform durchgeführt. Damals kamen schon manche Freunde, die fragten: Warum werden die Betriebe nicht enteignet? Wir haben gesagt: Eins kommt nach dem anderen. Zuerst sorgt dafür, daß die Bodenreform durchgeführt wird, daß alle Kräfte der Arbeiter und der werktätigen Bauern auf diese eine Aufgabe konzentriert werden. Und als wir die Bodenreform durchgeführt hatten, da ließ der Volksentscheid über die Enteignung der Kriegsverbrecher in Sachsen nicht lange auf sich warten.

So haben wir Schritt für Schritt gemeinsam mit den anderen demokratischen Kräften die demokratische Umwälzung vollzogen, bis wir den Zweijahrplan ausgearbeitet haben. Und so werden wir weiter vorwärtskommen.

Die neuen Aufgaben der Aktivistenbewegung

Als die Aktivistenbewegung begann, da stellten sich die Aktivisten die einfache Aufgabe, bestimmte Mehrleistungen zu vollbringen. Aktivisten waren jene Jungen und Mädels, jene Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich bewußt waren, daß man im volkseigenen Betrieb, in dem für das Volk produziert wird, anders arbeiten muß als früher für die Großaktionäre.

Inzwischen hat sich die Aktivistenbewegung weiterentwickelt. *Heute kommt es nicht nur auf die höhere Arbeitsleistung an, sondern auf die Qualität der Arbeit, auf die Güte der Arbeit, auf die Sparsamkeit bei der Verwendung der Rohstoffe, auf die Senkung der Selbstkosten.* Inzwischen haben auch die Aktivisten gelernt, sie haben Kurse besucht, sie haben Bücher gelesen. Die Aktivisten, die jungen und auch die erwachsenen, haben viel gelernt, und im Kampf um die Erfüllung der großen Aufgaben entwickelt sich jeder einzelne. Und das ist richtig. *Wir wollen, daß die Aktivisten zu wirklich allseitig geschulten Menschen werden.*

Heute kann man sagen, daß die Aktivisten in den vordersten Reihen der fortschrittlichen, demokratischen Kräfte kämpfen, und wir betrachten es als besonders bedeutungsvoll, daß sich die Aktivistenbewegung der Jugend weiterentwickelt hat, denn *ihr Aktivisten seid die Träger der Zukunft Deutschlands.* Von den Aktivisten in den volkseigenen Betrieben hängt die künftige Entwicklung von Staat, Wirtschaft und Kultur ab.

Nach den vorliegenden Berichten ist die Zahl der *Jugendaktivist* seit dem Zeitzer Kongreß von 498 bis Februar 1949 auf 2863 gestiegen. Es wurden also in einem Jahr 2365 *Jugendaktivist* gegründet. Das ist ein großer Fortschritt. Im April 1948, zur Zeit des Zeitzer Kongresses, wurden 4000 *Jungaktivisten* gezählt, im Februar 1949 waren es bereits 19 000.

Es lassen sich die vielen *Leistungen der Jugendaktivist* schwer schildern. Ich möchte jedoch einige Leistungen hervorheben: Es war besonders wichtig für die Festigung der Bodenreform, daß Mitglieder der Freien Deutschen Jugend in 35 Millionen freiwilligen Arbeitsstunden 30 Millionen Ziegelsteine und eine Million Nägel für Neubauern geborgen haben. Sie haben ferner 10 000 Raummeter Holz geschlagen und beim Bau von 13 829 Neubauernhäusern mitgeholfen.

Jungaktivisten in Mecklenburg haben die 19 Kilometer lange *Eisenbahnlinie Rostock—Schwaan* wiederhergestellt und im Dezember 1948 dem Verkehr übergeben. Trotz der Einwände sogenannter Fachleute, die in ihrem Pessimismus die Lösung dieser Aufgabe für unmöglich hielten, haben die Jungen und Mädels das Gegenteil bewiesen, sie haben die Bahnlinie gebaut und damit ein bedeutendes Werk des Wiederaufbaus geleistet.

Ein anderes Beispiel ist *Unterwellenborn*. Als dort infolge ungenügender Niederschlagsmenge Wassermangel eintrat und die Aufgabe gestellt wurde, eine Wasserleitung von der Saale zum Hüttenwerk zu legen, haben Angehörige der Freien Deutschen Jugend, junge Volkspolizisten, Studentengruppen von den Universitäten Jena, Leipzig und Berlin sowie aus dem Studentenlager Wickersdorf mit zugefaßt und den Bau der so wichtigen Wasserleitung in Angriff genommen und vorfristig beendet.

Das *Hennigsdorfer Jugendaktiv* hat die ehrenvolle Aufgabe übernommen, die von der Sowjetunion gelieferte Doppel-Walzstraße unter Leitung erfahrener Ingenieure aufzubauen. In dem Vertrag, den das Jugendaktiv mit der Direktion des Werkes abgeschlossen hat, wurde genau festgelegt, zu welchen Terminen die einzelnen Aufgaben durchzuführen sind.

Lehrlinge und FDJ-Betriebsgruppe des RAW Schöneeweide stellten in freiwilliger Arbeit in insgesamt 800 Stunden einen Viertelzug der S-Bahn wieder her.

In der Betriebswerkstätte Stendal wurde aus jungem Fahrpersonal ein Jugendaktiv gegründet, dem eine eigene Lokomotive zugewiesen wurde. Die Lokführeranwärter Klahr und Wallner fuhren einen Schwerlastzug von 2000 Tonnen und unterboten dadurch den Fahrplan um 17 Minuten.

In der Grube „Aufstieg“ waren mehrere Pressen ausgefallen. Das Jugendaktiv konnte innerhalb sieben Stunden drei Pressen wieder produktionsfähig machen. Früher wurde die doppelte Zeit dazu gebraucht.

Im volkseigenen Karosseriewerk Bautzen erzielten der 18jährige Stellmacher Heinz Grohmann und der 19jährige Stellmacher Albert Selzer bei der Montierung der Aufbauten an zehn kombinierten Einsatzwagen die Erfüllung der Norm mit 160 Prozent.

Die 17jährige Aktivistin Marianne Lehnert erzielte in der Kammgarnspinnerei in Lugau 156 Prozent ihrer Soll-Leistung. Dieses Beispiel regte andere Kolleginnen zu Hennecke-Schichten an. Wichtig ist, daß sich trotz erhöhter Löhne die Herstellungskosten um 15 Pfennig je Kilogramm Garn verringerten.

Der 18jährige Metallarbeiterlehrling Gerhard Bartells von der volkseigenen Firma Hartung & Jachmann konnte durch Anbringen einer hydraulischen Öldruckvorrichtung den Arbeitsgang von 400 Minuten auf 30 Minuten herabsetzen.

Ich könnte noch eine große Zahl solcher vorbildlicher Beispiele der Arbeit der Jungaktivisten anführen; aber ich denke, ihr werdet das alles nachher in der Diskussion viel besser sagen, als ich das sagen kann.

Die wichtigsten Aufgaben der FDJ

Ich möchte nun zu einigen Aufgaben übergehen, die unmittelbar vor euch stehen. Ich habe schon erwähnt, daß bis Ende April aus der Sowjetunion 1000 Traktoren eintreffen werden. Es kommt hinzu, daß eine Anzahl alter Traktoren inzwischen repariert und wieder einsatzfähig gemacht wurde. Deshalb ist es besonders wichtig, daß die Freie Deutsche Jugend die Losung ausgegeben hat: „*FDJler, auf die Traktoren!*“ Ihr müßt dabei berücksichtigen, daß inzwischen auch in der sowjetischen Besatzungszone die Traktorenproduktion begonnen hat. Wenn ich von Traktoristen spreche, meine ich Jungen wie Mädchen ohne Ausnahme.

Das Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat die Deutsche Wirtschaftskommission ersucht, Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen, damit im Jahre 1950 in den Betrieben der Ostzone 4000 Traktoren hergestellt werden. Die Deutsche Wirtschaftskommission hat zugesagt, daß es möglich sein wird, 1950 diese 4000 Traktoren zu produzieren. Ihr könnt euch vorstellen, welche Bedeutung die Ausbildung der Traktoristen hat und welche Bedeutung wir den Maschinenausleihstationen zumessen.

Und wie ist die Freie Deutsche Jugend der Losung „*FDJler, auf die Traktoren!*“ gefolgt? Man kann sagen, daß hier die FDJ ein außerordentliches Beispiel gegeben hat. 850 Jugendliche haben sich innerhalb von 30 Tagen gemeldet, und inzwischen ist die Zahl auf 1000 gestiegen. Die Jugendlichen, die die meisten Vorkenntnisse hatten, wurden als erste auf die Traktorenkurse geschickt. In achtwöchigen Jugendlehrgängen erfolgt die Ausbildung zu Traktorenbrigaden der Freien Deutschen Jugend. Auch Mädchen haben sich schon als Traktoristinnen gemeldet. Die erste war Gisela Schmehle, die bisher im Werk Hennigsdorf gearbeitet hatte und dort, wie man uns sagte, auf der „Kommandobrücke“ ihres Elektrokarrens durch das Werkgelände fuhr. In Zukunft wird sie also Traktoren führen können und nicht nur so einen kleinen Elektrokarren.

Ihr seht an diesem einen Beispiel, wie sich die Aufgaben der Aktivistinnen im Rahmen der Durchführung des großen Wirtschaftsplans bereits erweitern.

Wenn ihr nun fragt, worauf es jetzt ankommt, dann sage ich euch: *Tut alles, damit eure Erfahrungen im Kampf um höhere Arbeitsleistungen, um Verminderung des Rohstoffverbrauchs, um Erhöhung der Qualität der Arbeit zur Sache aller Jugendlichen und Erwachsenen werden.*

Das wichtigste ist jetzt, den Wettbewerb zwischen den einzelnen Arbeitsgruppen in den Betrieben zu organisieren und die ganze Belegschaft in den Wettbewerb einzubeziehen. Aber die Grundlage für eine richtige Durchführung des Wettbewerbs ist die Organisation der Produktionsberatungen in den Betriebsabteilungen. Manche Gewerkschaftler waren der Meinung, Produktionsberatung, das ist eine Zusammenkunft, wo der technische Direktor mit den Abteilungsleitern spricht. Das stimmt nicht, die Produktionsberatung ist eine Zusammenkunft aller Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der technischen Intelligenz in der Betriebsabteilung, wo man sich über die Erfahrungen in der Produktion ausspricht, wo man feststellt, wie man die Arbeit besser organisieren kann, wo man sich berät, wie man bestimmte Maschinen verbessern muß, und sich darüber klar wird, welche Verbesserungen nötig sind.

Es ist Aufgabe der Gewerkschaftsfunktionäre, diese Produktionsberatungen zu organisieren, selbstverständlich aber sollen die Jungaktivisten daran teilnehmen, damit sie sich über die Erfahrungen in der Produktion unterhalten und Vorschläge zur Verbesserung machen.

Jugend, an die Maschinen!

Organisiert den Wettbewerb zwischen den Arbeitsgruppen im Betrieb, zwischen den Abteilungen und zwischen den einzelnen Betrieben. Setzt überall die Organisation von Produktionsberatungen aller Arbeiter, Angestellten und Ingenieure in den Abteilungen zum Erfahrungsaustausch und zur gegenseitigen Beratung, zur Erzielung höherer Arbeitsproduktivität durch.

Jugendliche, auf die Traktoren!

Meldet euch zu den Kursen für Traktorenführer, tragt mit den Traktoren den neuen Geist des Fortschritts ins Dorf! Helft mit, das Bündnis der Arbeiterschaft mit den werktätigen Bauern zu festi-

gen. Lernt nicht nur Traktoren fahren, eignet euch auch die notwendigen agrarwissenschaftlichen Kenntnisse an, hilft mit bei der Demokratisierung des Dorfes!

Junge Freunde, lest gute Bücher!

Erweitert eure Berufskennntnisse, macht euch mit den fortschrittlichen Werken der deutschen und sowjetischen Literatur vertraut, studiert die Fragen der Planwirtschaft und der Finanzpolitik, eignet euch ein umfassendes Wissen an! *Lernen, lernen und nochmals lernen, das ist das wichtigste für jedes Mädel und jeden Jungen.*

Berufswettbewerb und Berufsausbildung

Und nun zur Frage des Berufswettbewerbs und der Berufsausbildung. Man muß sagen, daß der Berufswettbewerb ein wichtiger Teil der Aktivistenbewegung ist. Die Teilnehmer am Berufswettbewerb haben sich verpflichtet, sich besondere Mühe zu geben, um sich ein hohes fachliches Können zu erwerben. *Der Berufswettbewerb ist der Ausdruck des neuen Verhältnisses der Lehrlinge zur Arbeit.* In den volkseigenen Betrieben ist das Recht auf schöpferische Arbeit verwirklicht. Jetzt hängt es von jedem Lehrling ab, durch unermüdliches Lernen, durch das *Studium der Fachliteratur* in kürzerer Frist als bisher hohes fachliches Können zu erwerben. In den volkseigenen Betrieben darf die Lehrzeit nicht künstlich verlängert werden, wie das in den kapitalistischen Betrieben der Fall ist, wo der Unternehmer den Lehrling, der meist schon im dritten Lehrjahr voll ausgebildet ist, noch ein viertes Jahr für niedrigen Lohn beschäftigt. Die Initiative der Freien Deutschen Jugend zum Berufswettbewerb ist ein großer Fortschritt.

Unter entscheidender Mithilfe der Freien Deutschen Jugend wurden seit dem Zeitzer Kongreß 207 Berufsschulen neu geschaffen. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß die Entfaltung des Berufswettbewerbs dazu führen möge, daß die Schwächen und Mängel in der Lehrlingsausbildung überwunden werden. Ich lenke die Aufmerksamkeit der Hauptverwaltung für Arbeit und die der Landesregierungen auf folgende Tatsachen:

Die mir vorliegende Statistik über die Berufsausbildung umfaßt 324 107 Lehrlinge. Davon sind beschäftigt:

in volkseigenen und SAG-Betrieben	69 083	Lehrlinge
in privatkapitalistischen Betrieben	73 715	Lehrlinge
in Handwerksbetrieben	166 658	Lehrlinge

Es erhält also nur wenig mehr als ein Fünftel der Lehrlinge seine Ausbildung in volkseigenen Betrieben. Obwohl in vielen Betrieben volkseigenen Charakters eine starke Überalterung der Belegschaft vorhanden ist, kümmern sich die Direktionen und Gewerkschaftsleitungen nur wenig um die Ausbildung des Nachwuchses. *Wir halten es für notwendig, daß die volkseigenen Betriebe und die SAG-Betriebe sich ernstlich für die Erweiterung der Lehrwerkstätten und die Verbesserung der Ausbildung der Jugendlichen interessieren und die notwendigen Maßnahmen durchführen.*

Nach unserer Meinung ist es Pflicht aller volkseigenen Betriebe, SAG-Betriebe und volkseigenen Güter, Lehrlinge über den Bedarf des Betriebes hinaus auszubilden. Wenn manche Wirtschaftsverwaltungen oder Direktoren behaupten, die Ausbildung der von uns geforderten Zahl von Lehrlingen sei mit der Rentabilität des Betriebes nicht vereinbar, so ist das nur ein Ausdruck von Kurzsichtigkeit, nicht von großer Sparsamkeit. Wenn man in diesen Betrieben untersuchen würde, wo noch gespart werden kann, dann würden wahrscheinlich mehr Mittel eingespart werden können, als für die ganze Berufsausbildung notwendig sind.

Es ist auch nicht richtig, wenn in der Direktion des Werkes Espenhain die Auffassung vertreten wird, die Lehrwerkstatt müsse sich selbst erhalten. Ohne Zweifel ist ein gewisser Zuschuß für die Lehrwerkstätten notwendig, den man selbstverständlich so niedrig wie möglich halten muß; aber ohne Zuschuß können die Lehrwerkstätten nicht auskommen.

Bessere Nachwuchsplanung durch die Verwaltung

Ich lenke die Aufmerksamkeit der Verwaltung für Arbeit ferner auf die Tatsache, daß in einer Reihe von Berufszweigen mehr Lehrlinge als notwendig ausgebildet werden, *während in wichtigen Industriezweigen ein Mangel an Lehrlingen vorhanden ist.* Der Bericht der Regierung von Sachsen-Anhalt über die Erfüllung des Nachwuchsplans im Jahre 1948 ergibt zum Beispiel folgende Tatsache: